

zumindest geleistet haben. Und dies mit einem herzhaften Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 16.41 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke, Herr Landesrat, für die Beantwortung. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Ach so, Entschuldigung, wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten des Liberalen Forums, der Grünen und der Freiheitlichen an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend qualitätsorientierte und kostenbewußte Gesundheitspolitik in der Steiermark. Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Dr. Christian Brünner das Wort zur Begründung dieser dringlichen Anfrage.

**Abg. Dr. Brünner (16.42 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landesrat Dörflinger, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, meine Damen und Herren!

Die Spitalskosten sind in den letzten Jahren, zwischen 10 und 12 Prozent gestiegen – und dies jährlich –, und sie haben auch die Grenzen der Finanzierbarkeit erreicht. Das zeigt auch die Grundsatzvereinbarung, die im März dieses Jahres zwischen den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung erreicht wurde, nämlich eine Grundsatzvereinbarung, die auch eine Kostendeckelung beinhaltet und darüber hinaus auch die Zahlungen des Bundes für den vereinbarten Zeitraum begrenzt – diese Zahlungen des Bundes an die Länder überdies an die Einhaltung verschiedener vorgegebener Grundsätze bindet, wie leistungsorientierte Finanzierung, Kostendeckelung, Krankenanstaltenplan und einheitliche Dokumentation. Die stetige Höherentwicklung und Technisierung der Medizin werden jedoch weiter steigende Mittel erfordern, soll eine qualitätsorientierte Versorgung und Betreuung gesichert sein.

Wir sind in der Steiermark einerseits wahrscheinlich mit Überhospitalisierung konfrontiert, andererseits stehen diesem Zuviel an Spitälern Defizite bei qualifizierter Nachbehandlung und Pflege gegenüber. Die Spitalstrukturen in der Steiermark stammen zu einem Gutteil aus der Zeit der Jahrhundertwende beziehungsweise aus der Nachkriegszeit. Es gibt kein Konzept betreffend die Umsetzung der bereits beschlossenen Reduzierung der Akutbetten bis zum Jahr 2001 oder 2003. Es wird hier so quasi ziferweise, tropfenweise, vorgegangen, je nachdem, welches Spital gerade ansteht. Ich verweise in dem Zusammenhang auf die Diskussionen betreffend das Landeskrankenhaus Hartberg. Es könnte sein, daß – und jetzt sage ich eine Hausnummer – ein Drittel der Standardspitäler umstrukturiert gehört in der Steiermark, und wenn ich von Umstrukturierung spreche, möchte ich nicht mißverstanden werden. Ich meine nicht zugesperrt, sondern umgestuft werden im Sinne eines abgestuften Versorgungssystems, insbesondere im Hinblick auf qualifizierte Nachbetreuung und Pflege. Es dürfte vor dem Hintergrund internationaler Zahlen betreffend die Bedarfssituation auch so sein, daß wir wahrscheinlich im Sektor Standardkrankenhäuser zu viele Krankenhäuser und im Sektor Schwerpunktkrankenhäuser zwei Krankenhäuser zu wenig haben.

Wie dem auch immer sei, ich habe den Eindruck, daß gerade bei der Frage der Strukturierung und

Bedarfssituation nur regionalpolitische Interessen im Vordergrund stehen und gesamtwirtschaftliche, gesamtgesundheitspolitische Überlegungen zu kurz kommen. Es wäre daher sehr schön, wenn bei dieser Frage der Strukturierung und Umstrukturierung intensiver als bisher auch Fachleute einbezogen werden.

Bei dieser Grundsatzvereinbarung vom März 1996 hat man sich auch darauf geeinigt, daß eine bundesweite Strukturkommission und in den Ländern Länderkommissionen eingerichtet werden. Herr Landesrat Dörflinger, ich habe Sie kurz nach dieser Grundsatzvereinbarung im März dieses Jahres auf die steirische Strukturkommission angesprochen. Ich habe Sie auch gebeten sicherzustellen, daß alle Landtagsparteien Vorschläge betreffend die Zusammensetzung dieser Strukturkommission machen können. Sie werden heute diese Strukturkommission verkünden, und ich bin sehr neugierig, wie da Ihr Vorschlag ausschauen wird. Faktum ist, daß erst ein halbes Jahr nach dieser Grundsatzvereinbarung in der Steiermark eine entsprechende Strukturkommission errichtet wird, geschweige denn, daß sie bereits zu arbeiten begonnen hätte.

Außerdem sind die einzelnen Sektoren – Spital, niedergelassener Bereich, Notarztsystem, Rehabilitation und Pflege – nicht optimal aufeinander abgestimmt. Meines Wissens gibt es in der Steiermark keinen Gesundheitsplan, der alle diese genannten Sektoren im Sinne eines integrierten und komplementären Systems zusammenfaßt.

Die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Rufbereitschaft – sie steht in aller Munde, und sie steht in allen Zeitungen – für Fachärzte in Standardkrankenhäusern bringt weitere Probleme mit sich. Ich verweise nur auf berufs- und haftungsrechtliche Probleme. Wer zum Beispiel trägt die Verantwortung, wenn ein in Rufbereitschaft befindlicher Facharzt nicht rechtzeitig gerufen wird? Überdies wurde vor ein paar Tagen die diesbezügliche Vereinbarung über die Rufbereitschaft stark gefeiert, nicht zuletzt von der Frau Gesundheitsministerin, mittlerweile wird sie wieder in Frage gestellt, nicht nur durch das mächtige Wien und Gesundheitsstadtrat Rieder. Auch bei Ihnen, Herr Landesrat Dörflinger, habe ich das Gefühl, daß Sie von dieser Grundsatzvereinbarung wieder abrücken, wenn Sie zwar dem Modus der Rufbereitschaft zustimmen, aber gleichzeitig sagen, daß Sie sich eine bundesweite Regelung gewünscht hätten, die den Ländern keinen Spielraum offenläßt.

Ich halte es auch im Sinne einer Hygiene- und Diskussionskultur nicht für sinnvoll, daß man die Bälle zwischen Ärzteschaft und Politik derart hin- und herschiebt, daß die eine Seite von fahrlässiger Tötung und die andere Seite von der Geldgier der Ärzte spricht und damit die Neidgenossenschaft mobilisiert.

Die Finanzierung einer qualitätsorientierten und kostenbewußten Gesundheitspolitik ist für mich ein Gebot der Stunde, und für mich ist es unerlässlich, daß Bestandteil dieser qualitätsorientierten und kostenbewußten Gesundheitspolitik unter anderem eine Strukturreform betreffend die Spitäler sein muß, wobei ich mir schon im klaren darüber bin, daß es politisch nicht leicht ist, eine solche Strukturreform durchzusetzen.

Darüber hinaus gebieten Fristen, so zum Beispiel der 1. Jänner 1997 betreffend die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, ein unverzügliches Handeln. Wie diese Strukturkommission, die auch die länderspezifische Ausformung dieser leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung vornehmen soll, bis zum 1. Jänner die Arbeit abschließen kann und wird, das werden wahrscheinlich Sie, Herr Landesrat, in der Beantwortung mir sagen.

Herr Landesrat Dörflinger, Sie sollen im Rundfunk am 19. Oktober 1996 sich dahin gehend geäußert haben, daß in der Steiermark bei den Spitälern alles beim alten bliebe und die Rufbereitschaft nicht eingeführt werde, obwohl Sie den auf Bundesebene getroffenen Vereinbarungen betreffend die Finanzierungsvolumina für die nächsten vier Jahre zugestimmt haben.

Beide Sachverhalte, Herr Landesrat, die Erfordernisse einer qualitätsorientierten und kostenbewußten Gesundheitspolitik einerseits und Ihre Äußerungen in der vorigen Woche andererseits, stehen meines Erachtens diametral gegenüber.

Für mich gibt es vor dem Hintergrund dessen, was ich gesagt habe, drei mögliche Szenarien.

Szenario eins: Es wird umstrukturiert, und das heißt, daß auch über die Umstufung von bestehenden Spitälern gesprochen werden muß. Ich halte es für besser, auf dem Gebiet der Akutmedizin eine gewisse Konzentration vorzunehmen, als die Sache zu verdünnen. Diese Verdünnung ist schlecht, weil sie nicht zu einer qualitätsorientierten Versorgung führt, und sie ist überdies auch teuer. Wenn man sich diesem mühsamen Unternehmen der Umstrukturierung stellt, dann können wahrscheinlich die Finanzierungsplafonds eingehalten werden, und die durch Umstrukturierung freiwerdenden Mittel können vernünftig, das heißt wiederum qualitätsorientiert umgeschichtet werden. Ich brauche nicht gesondert hinzuzufügen, daß ich mir die Verwirklichung dieses Szenarios eins wünsche.

Szenario zwei: Es wird nicht umstrukturiert, die Finanzierungsplafonds werden aber eingehalten. Dann kann ich mir die Geschichte nicht ohne Qualitätsminderung vorstellen, weil es nicht möglich ist, in allen Standardkrankenhäusern der Steiermark zum Beispiel jenes Niveau zu sichern, das wirklich der Qualitätsorientierung dient.

Szenario drei: Es wird nicht umstrukturiert. Um die Qualität zu halten, werden die Finanzierungsplafonds erweitert oder überschritten. Das geht aber nur mit Steuererhöhungen. Dann steht der ominöse Gesundheitsschilling im Raum, oder es geht nur im Bereiche der Sozialversicherung mit Selbsthalten und Beitragserhöhungen. Dem würde aber ein Set von Versprechungen der Politiker und Politikerinnen aller Couleurs, daß eben nicht erhöht wird, weder Steuern noch die Sozialversicherungsbeiträge, entgegenstehen.

In jedem Fall sollen alle Sektoren, ganz gleich, welches Szenario gespielt wird, effektiv gemacht und aufeinander abgestimmt werden. Ich meine die Spitäler, der extramurale Bereich, dort insbesondere die niedergelassenen Ärzte, die qualifizierte Nachbetreuung und die Pflege.

Die unterzeichneten Abgeordneten des Liberalen Forums, der Grünen und der Freiheitlichen stellen an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat Dörflinger, gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages folgende dringliche Anfrage:

Erstens: Gesundheitspolitik kann nur gemeinsam mit allen Anbietern von Gesundheitsleistungen gemacht werden. Grundlage für diesbezügliche kooperative und komplementäre Strukturen muß ein integrierter Gesundheitsplan sein.

a) Gibt es für die Steiermark einen Gesundheitsplan, in dem die Bereiche Spital, niedergelassener Bereich, Ambulanzen, Notarztsystem, Rehabilitation und Pflege integriert sind? b) Wenn ja, was ist Inhalt dieses Gesundheitsplans und welche Bedarfe werden für die einzelnen Sektoren ausgewiesen? c) Wenn nein, a) warum liegt ein solcher Gesundheitsplan noch nicht vor; b) bis wann ist mit einer Vorlage beziehungsweise Verabschiedung zu rechnen?

Zweitens: Für die einzelnen Sektoren des integrierten Gesundheitsplans und innerhalb dieser Sektoren für die einzelnen Leistungsträger muß das jeweilige Leistungsangebot definiert werden.

a) Liegen solche Leistungsangebotsdefinitionen vor? b) Wie schauen die Leistungsdefinitionen, die über die Festlegungen des Krankenanstaltenplans hinausgehen, für die steirischen Spitäler aus? c) Wenn ja, wie beziehungsweise unter Einbeziehung welcher Institutionen und Einzelpersonen sind solche Leistungsangebotsdefinitionen erstellt worden? d) Wenn nein, a) warum liegen solche Leistungsangebotsdefinitionen noch nicht vor; b) bis wann ist mit einer Vorlage zu rechnen?

Drittens: Voraussetzung für die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung ist es, in jedem Spital die Kosten der erbrachten Leistung zu kennen.

a) Liegen Kostenberechnungen für jede in den einzelnen Spitälern erbrachte Leistung vor? b) Wenn ja, wie schauen diese Berechnungen aus? c) Wenn nein, a) warum liegen sie noch nicht vor, b) bis wann werden sie vorliegen?

Viertens: Die Zahlungen des Bundes zwecks Krankenanstaltenfinanzierung sind unter anderem abhängig von einer effektiven Dokumentation. Eine effektive Dokumentation ist ohne leistungsfähige EDV nicht denkbar.

a) Liegt eine effektive Dokumentation beziehungsweise leistungsfähige EDV, die die Bedingung des Bundes erfüllt, bereits vor? Wie schaut sie im Detail aus? b) Wenn nein, a) warum liegt sie noch nicht vor, b) bis wann wird sie eingerichtet sein?

Fünftens: Die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung wird zu einem Sinken der Verweildauer des Patienten/der Patientin im Spital führen. Daraus folgt unter anderem, daß die Nachbetreuung wichtiger wird.

a) Sind Strukturen und Rahmenbedingungen für eine qualifizierte Nachbetreuung, die nicht Pflege ist, in der Steiermark vorhanden? b) Wenn ja, wie schauen diese Strukturen und Rahmenbedingungen aus? c) Wenn nein, a) warum liegen sie noch nicht vor, b) bis wann werden sie gegeben sein?

Sechstens: Die Strukturbereinigung im Sinne einer Konzentration im Bereich Standardkrankenhaus und eines Ausbaus im Bereich Schwerpunktkrankenhaus erscheint zum Zwecke einer qualitätsorientierten Versorgung, des effizienteren Umgangs mit Steuergeldern, der Finanzierungsgrenzen, der weiteren Höherentwicklung einschließlich weiterer Technisierung der Medizin, der „kritischen Masse“ für eine qualitativ hochstehende, quantitativ ausreichende und patientenschonende Ausbildung der Turnusärzte unumgänglich.

a) Willen Sie ohne Strukturbereinigung alle genannten Zwecke erreichen? b) Können Sie ausschließen, daß es ohne Strukturänderung a) zu einer Qualitätsminderung und/oder b) zu zusätzlichem Finanzierungsbedarf kommt?

Siebtens: Können Sie ausschließen, daß Sie in den nächsten vier Jahren, das ist der der Grundsatzereinigung der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung zugrundeliegende Zeitraum, für den auch die Zahlungen der Sozialversicherung und des Bundes fixiert sind, zusätzliche als die in Aussicht gestellten Mittel für eine qualitätsorientierte Führung aller steirischer Spitäler benötigen, dies insbesondere dann, wenn Sie a) auf den Standpunkt stehen, daß bei den Spitälern alles beim alten bleibt (Standortgarantie!) und b) verlauten lassen (Rundfunk, 19. Oktober 1996), daß es in der Steiermark keine Rufbereitschaft geben wird?

Achtens: Die KAGES ist nur für die Spitäler zuständig. Eine den Aufgaben der KAGES analoge Aufgabenerfüllung wäre auch für den Sektor der Nachbetreuung und der Pflege erforderlich.

a) Planen Sie den Aufgabenbereich der KAGES um die genannten Aufgaben zu erweitern oder dafür eine eigene Institution zu schaffen? b) Wenn ja, bis wann? c) Wenn nein, warum nicht? d) Gibt es eine in ihrem Geschäftsbereich und den von Frau Landesrätin Dr. Rieder umfassende Planung? e) Wenn ja, wie schaut sie aus? f) Wenn nein, a) warum liegt eine solche Planung nicht vor, b) bis wann wird eine solche Planung vorliegen, c) wie erfolgt bis zu einer solchen Planung die Koordination zwischen den zwei Geschäftsbereichen?

Neuntens: Gemäß der Grundsatzereinigung zwischen den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung ist nicht nur eine bundesweite Strukturkommission, sondern sind auch Länderkommissionen einzurichten. Eine der Aufgaben der Länderkommissionen ist die länderspezifische Ausformung des LKF-Systems, das zum 1. Jänner 1997 eingeführt werden muß.

a) Bis wann wird die Länderkommission in der Steiermark ihre Arbeit aufnehmen? b) Wie ist die Kommission zusammengesetzt? c) Wie ist das Verhältnis zwischen Politikern/Politikerinnen und Fachleuten? d) Ist gesichert, daß in der Steiermark per 1. Jänner 1997 die LKF eingeführt werden kann und wenn ja, wie gesichert?

Zehntens: Internationale Analysen zeigen, daß man für zirka 300.000 Einwohner ein Schwerpunktkrankenhaus braucht, und daß Standardkrankenhäuser der Zukunft einen Einzugsbereich von rund 150.000 Einwohnern haben und über Chirurgie,

Interne, Unfallchirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Kinderheilkunde, Anästhesie, Neurologie, Augen, HNO, Zentrallabor und ein Röntgen mit CT und Angiographie verfügen sollen. a) Stimmen Sie mit diesen Analysen überein? b) Wenn nein, warum nicht?

Elftens: Nach WHO-Standard soll es vier kardiologische Abteilungen pro Million Einwohner geben. Alleine in der Obersteiermark leben 380.000 Menschen.

a) Ist im Sinne der Chancengleichheit und flächendeckenden Fachversorgung eine Kardiologie in der Obersteiermark vorgesehen? b) Wenn ja, wo, und wie wird sie finanziert? c) Wenn nein, warum nicht?

Zwölftens: Warum stimmen Sie dem ausverhandelten Modus der Rufbereitschaft zu, wenn Sie gleichzeitig sagen, daß Sie sich eine bundesweite Regelung gewünscht hätten, die den Ländern keinen Spielraum offenläßt?

13. Warum wollen Sie bei Rufbereitschaft keinen Spielraum für die Länder? Können oder wollen Sie den eingeräumten Spielraum nicht ausfüllen, weil Sie das Ausfüllen nicht finanzieren können oder aus anderen Gründen eine qualitätsorientierte Versorgung nicht möglich ist?

14. Die derzeitige Regelung betreffend Rufbereitschaft benachteiligt die Peripherie gegenüber den Zenträrräumen. a) Wie werden Sie diese Benachteiligung beseitigen? b) Wie die Beseitigung finanzieren?

15. Gibt es internationale Bestimmungen, zum Beispiel in der WHO, aus denen abgeleitet werden kann, daß die Rufbereitschaft das Patientenrecht auf fachgerechte medizinische Betreuung verletzt?

16. Die Rufbereitschaft hat gravierende Folgen, nicht nur in Richtung einer Qualitätsminderung der Versorgung, sondern auch in berufs- und haftungsrechtlicher Hinsicht für das Pflegepersonal, die medizinisch-technischen Dienste und die Ärzte – Stichwort „Verantwortung für die Verständigung des Facharztes“.

a) Welche konkreten berufs- und haftungsrechtlichen Folgen für die genannten Personengruppen hat die Rufbereitschaft? b) Was ist zumutbare, was ist nicht zumutbare Verantwortung für die genannten Personengruppen? c) Wer trägt die Verantwortung für jenen Teil einer Verantwortung, der den genannten Personengruppen nicht zumutbar ist, a) wenn Rufbereitschaft landesgesetzlich geregelt wird, b) wenn es nur die bundesgesetzliche Regelung gibt?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (17.00 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Zu dieser dringlichen Anfrage erteile ich Herrn Landesrat Günter Dörflinger das Wort zur Beantwortung.

**Landesrat Dörflinger (17.01 Uhr):** Meine Damen und Herren, die Komplexität der Frage wird, glaube ich, am eindrucksvollsten dadurch unterstrichen, daß die Formulierer dieser Anfrage für die Frage selbst drei Seiten und 60 Unterfragen gebraucht haben. Ich gehe davon aus, daß es mir gelingen wird, in doch beträchtlich kürzerer Zeit die Fragen zu beantworten.

Ich bitte Sie aber um Verständnis, daß ich aus Achtung vor dem Landtag nicht ganz einfach zur Tagesordnung übergehe und die Frage mit ja oder nein beantworte, sondern schon das dazusage, was ich für wesentlich halte.

Zum ersten Punkt, die Ausgangssituation, meine Damen und Herren. Das Liberale Forum hat in seiner Anfrageformulierung drinnen, die Spitalskosten sind in den letzten Jahren um 10 und 12 Prozent gestiegen. Herr Prof. Brunner, es wäre sehr schön, wenn sie in den letzten Jahren um 10 Prozent gestiegen wären, sie sind jährlich um 10 Prozent gestiegen. (Abg. Dr. Brunner: „Das habe ich gemeint!“) Ach so, wenn Sie das gemeint haben, ist es gut. Sie sind jährlich um 10 Prozent gestiegen, das heißt in nackte Zahlen gekleidet, daß alleine das Budget der KAGES in den letzten zehn Jahren von 4,9 Milliarden auf 10 Milliarden gestiegen ist. Das heißt, daß es uns gelungen ist – und das ist auch ein positiver Aspekt dieses Gesamtbetrages –, den Investitionsbereich von 370 Millionen auf 1,6 Milliarden zu steigern. Das heißt aber auch, daß der Landeszuschuß in dieser gleichen Zeit von rund einer Milliarde auf 3 Milliarden Schilling gestiegen ist. Das hat dazu geführt, daß es diese Diskussionen um die Spitäler in der Steiermark gegeben hat, und das hat auch unter anderem dazu geführt, daß wir mit diesem Sparbudget des heurigen Jahres minus 10 Prozent heuer, minus 10 Prozent im nächsten Jahr damit rechnen und damit arbeiten müssen, daß den steirischen Spitalern eine halbe Milliarde Schilling in diesen eineinhalb Jahren, nämlich 500 Millionen, weniger zur Verfügung stehen als bisher.

Erste Ausgangsposition: 500 Millionen weniger für die Spitäler.

Zweite Ausgangsposition: Die Einigung hat grosso modo zwei Eckdaten. Der erste Eckpunkt dabei: Die Beiträge des Bundes an die Spitäler werden gedeckelt. Das zweite Eckdatum dazu: Die Beiträge der Sozialversicherungen an die Spitäler werden gedeckelt.

Zusammengefaßt heißt das, Bund und Sozialversicherung zahlen nicht mehr für die Spitäler, das Land zahlt weniger für die Spitäler, und es geht jetzt darum, mit diesen vorhandenen Mitteln, die deutlich weniger sind, als sie es früher waren, auszukommen. Und das wird eine schwierige Aufgabe werden. Wir unterziehen uns aber dieser Aufgabe, weil ich es für notwendig halte, weil auch die anderen Ressorts gewisse Finanzierungsbedürfnisse haben und ich davon ausgehe, daß es nicht gescheit wäre, wenn wir zwar das Gesundheitsressort voll ausstatten würden, aber in den anderen Ressorts budgetmäßig dann Nachzugsbedarf hätten oder andere Ressorts zu Lasten des Gesundheitsressorts massiver einsparen müßten, als sie das ohnedies jetzt tun.

Unter diesem Gesamtkontext, sprich weniger Geld, ist es primär einmal darum gegangen, die medizinische Versorgung in den Spitalern sicherzustellen. Es ist auch darum gegangen, das einzuhalten, was der Hohe Landtag beschlossen hat, nämlich die Standortgarantie für die Spitäler. Und ich sage gleich vorweg dazu, bei allen Diskussionen, die es gibt, bei allen Anregungen, die es gibt, ich stehe zu dieser Standortgarantie, weil ich es für wichtig halte, daß die bestehenden Standorte erhalten werden, weil Spitäler auch etwas mehr sind als nur Krankenversorgung. Sie

sind für die Regionen ein Wirtschaftsfaktor, ein Faktor für die klein- und mittelständische Wirtschaft als Zulieferer und damit auch ein Garant für Arbeitsplatzsicherheit in den Regionen, denen es ohnedies nicht immer gutgeht. (Beifall bei der SPÖ.)

Was, meine Damen und Herren, insbesondere notwendig sein wird, ist eine Vielzahl von Maßnahmen, ein Maßnahmenbündel, um mit dem vorhandenen weniger Geld alle Ansprüche zu erfüllen, die ich vorher gesagt habe. Und da kommt es, und erlauben Sie mir, Herr Prof. Brunner, daß ich das vorweg schon einmal sage, zu dem berühmten Zauberwort der Strukturreform, wo alle applaudieren, wo alle am Sonntag vormittag sagen, jawohl, das müssen wir machen. Das einzige Problem bei dieser berühmten Strukturreform besteht darin, daß unter Strukturreform in Wirklichkeit sich jeder etwas anderes vorstellt, wenn ich mir die Unterzeichner dieser dringlichen Anfrage anschau. Anhand von ein paar Beispielen: Was versteht man unter Strukturreform?

Die Grünen, Martin Wabl, mit großem Engagement, aus meiner Sicht durchaus berechtigtem Engagement, wollen – und Martin Wabl hat das in der letzten Sitzung ausgeführt –, daß zum Beispiel die Geburtenstation in Fürstenfeld aufrechterhalten wird – Strukturreform.

Sie, Herr Prof. Brunner, haben bei der Diskussion über das Krankenhaus und den Neubau des Krankenhauses in Hartberg gemeint, die Geb./Gyn. brauchen wir dort nicht, respektive, wenn wir sie brauchen, müßte man auch eine Kinderstation dazubauen, daß das richtig ist. Das ist auch eine Vorstellung von Strukturreform.

Die Kollegin Hartinger meint, in der Obersteiermark, am Beispiel Knittelfeld-Judenburg – und ich sage das wirklich wertfrei, nur damit Sie die Bandbreite der Möglichkeiten sehen, mit denen wir hier zu arbeiten haben –, unter Strukturreform, daß man zwei funktionierende Spitäler, nämlich Judenburg und Knittelfeld, aufläßt und in der Mitte ein neues baut. Das ist auch eine theoretische Möglichkeit, aber die Bandbreite zwischen Erhaltung der Geb./Gyn. in Fürstenfeld, einer zusätzlichen Kinderversorgung in Hartberg und dem Neubau eines Krankenhauses irgendwo an der Bezirksgrenze zwischen Judenburg und Knittelfeld ist natürlich eine sehr breite, und da werden wir noch sehr viel an Diskussionen haben, wenn wir eine gemeinsame Lösung finden wollen.

Um vorweg grundsätzlich auch einmal außer Streit zu stellen, worum es in Wirklichkeit geht. Wie hat diese Einigung am 29. März 1996 auf Bundesebene ausgeschaut? Sie beinhaltet nämlich nicht nur die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, sie beinhaltet sehr viel mehr. Ein paar Punkte aus dieser Einigung 29. März auf Bundesebene:

Laufzeit: Das Ganze, was vereinbart wurde, läuft bis zum Jahr 2000. Auf eine Kündigung wird innerhalb dieses Zeitraumes verzichtet.

Darüber hinaus geht es neben der Krankenanstaltenfinanzierung um die Erstellung eines österreichweiten Gesundheitsplanes – auch Teil dieses 29. März –, umfassend einen österreichweiten

Krankenanstaltenplan einschließlich Großgeräteplan, einen Spitalsambulanzenplan, einen Niederlassungsplan für Kassenvertragsärzte, einen Pflegebereichsplan und einen Rehabilitationsplan. Es geht um die Einrichtung von Landesfonds zur Umsetzung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung. Es geht um die Beiträge an die Landesfonds. Es geht – ein wesentlicher Punkt, der zu sehr vielen Diskussionen geführt hat – um die Neuregelung der Beziehung der Träger der Sozialversicherungen zu den Trägern der Krankenanstalten und den Landesfonds. Und der beinhaltet eben wieder den schon vorher angeführten berühmten Deckel, dieses berühmte Zauberwort in der Finanzierung für die Spitäler der letzten Monate. Diese Einigung vom 29. März beinhaltet die Finanzierung von Strukturformen, die Förderung des Transplantationswesens, Finanzierung von allgemeinen Planungskonzepten und von Grundlagenarbeit. Sie beinhaltet die Sicherstellung der bestehenden Dokumentation und Erfassung weiterer Daten – auch ein Teil Ihrer Anfrage, die Sie gestellt haben. Sie beinhaltet die Einrichtung der Strukturkommission und der neuen Landeskommissionen. Sie beinhaltet – und das ist für die Länder ein ganz entscheidender Punkt – den Konsultations- und Sanktionsmechanismus. Sie beinhaltet eine Schutzklausel für Bund, Sozialversicherung, Städte und Gemeinden, und sie beinhaltet die Lösung des in- und ausländischen Gastpatientenproblems. Auch etwas, was im Zuge der Reform ein wesentlicher Punkt war.

Wie schaut jetzt die Umsetzung auf Bundesebene aus? Wir haben ja vor dem Sommer über die Termine geredet, die vom Bund aus nicht eingehalten werden konnten. Es liegt nun ein neuer Terminplan des Bundes vor:

22. Oktober – also heute – Einbringung in den Ministerrat, soweit mir das bekannt ist, das ist bis heute noch umstritten, man wird sehen, ich gehe davon aus, daß es kommt.

Wenn die Einbringung heute gelingt, am 29. Oktober die Beschlußfassung im Ministerrat.

Am 13. November soll die Behandlung im Nationalrat erfolgen, im Anschluß daran die Behandlung im Bundesrat. Und wenn das alles gutgeht, wenn es da keine Verzögerungen gibt, können wir davon ausgehen, daß knapp vor Weihnachten – als etwas verfrühtes Christkindl – diese gesamte Reform dann beschlossen wird.

Aus diesem Grund war es sehr wichtig und notwendig, daß wir uns auf Bundesebene – Länder und Bund – darauf geeinigt haben, daß die Länder eine Sechsmonatsfrist für die Ausführungsgesetze bekommen, weil ich mir nicht vorstellen könnte, wenn das Bundesgesetz daliegt, daß wir zwischen Weihnachten und Neujahr dann die Ausführungsgesetze im Land machen und wir ja auch im Land Voraussetzungen brauchen, um zurechtzukommen. Wir haben mit dem Bund auch vereinbart, daß es möglich sein wird, Hilfskonstruktionen zu machen, um die Einführung aller notwendiger Maßnahmen zu ermöglichen, ohne die konkreten ausführungsgesetzlichen Regelungen in den Ländern zu haben. Wir wissen, daß wir unter Zeitdruck stehen, aber mit

dieser Regelung, die von den Gesundheits- und Finanzreferenten der Länder beansprucht wurde, scheint das Ganze möglich zu sein.

Ich komme jetzt, Herr Professor, auf Ihre konkreten Fragen:

Zur Frage eins: Über Antrag des damaligen Gesundheitslandesrates Dr. Dieter Strenitz wurde ein Gesundheitsforum im Rahmen einer Enquete mit zirka 60 Fachleuten initiiert. Daraus entwickelten sich in weiterer Folge Facharbeitsgruppen, die in mehrmonatiger Tätigkeit Grundlagen, Tendenzen und Zielsetzung des Steirischen Gesundheitsplanes erarbeiteten. Das Ergebnis dieser Tätigkeit lag als Steirischer Gesundheitsplan vor und stellte eine Arbeitsgrundlage für die weitere Entwicklung des Steirischen Gesundheits- und Krankenanstaltenwesens dar.

In ihrer Sitzung am 3. November 1992 hat die Steiermärkische Landesregierung diesen Steirischen Gesundheitsplan zur Kenntnis genommen. Der Plan wurde als Regierungsvorlage dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Am 9. März 1993 wurden Parteienverhandlungen über den Gesundheitsplan beschlossen. In fünf Arbeitssitzungen haben die von den Parteien in die Verhandlungsrunde entsandten Vertreter unter Beiziehung zahlreicher Fachleute die Inhalte des Gesundheitsplanes diskutiert. Der Steiermärkische Landtag hat in seiner Sitzung vom 29. November 1994 den Steirischen Gesundheitsplan beschlossen. In dieser Sitzung wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, einen Gesundheitsbericht zu verfassen, welcher Maßnahmen im Rahmen der Grundsatzkonzeption des Steirischen Gesundheitsplanes beinhaltet. Dieser Gesundheitsbericht wurde im Herbst 1995 fertiggestellt.

Der Gesundheitsplan, weil Sie auch gefragt haben, was im Gesundheitsplan drinnen ist, umfaßt folgende Inhalte:

Den Bereich der Krankenanstalten, sowohl öffentliche als auch private, die Psychiatrie, da den intramuralen und den extramuralen Bereich, die ambulanten Notfallversorgungen, Notarztsystem, Sonderkrankenanstalten für Rehabilitation, stationäre Versorgungen Alters- und Langzeitkranker, Pflege und Betreuung älterer Menschen, niedergelassene Ärzte, Hauskrankenpflege und Vorsorgeaktivitäten.

Zur Frage der Ausweisung des Bedarfs in einzelnen Sektoren:

Die Aufzählung des genauen Bedarfs in den einzelnen Sektoren könnte ich Ihnen jetzt anhand des Gesundheitsplanes vorlesen, aber wir würden dann wahrscheinlich um Mitternacht oder morgen in der Früh noch dasitzen. Ich glaube, daß es sinnvoller ist, wenn wir Ihnen den Plan übermitteln, damit Sie die Detailinformationen daraus entnehmen können.

Zur Frage zwei. Der derzeit in der Endphase der politischen Meinungsbildung befindliche Österreichische Krankenanstaltenplan 1996 verwendet als beschreibendes Element der Angebotsplanung noch Bettenobergrenzen je Fachabteilung. Es herrscht jedoch sowohl beim Österreichischen Bundesinstitut für das Gesundheitswesen (ÖBIG) als auch bei den zahlreichen Fachleuten in den Bundesländern, das gilt

auch für die Steiermark, zwischenzeitlich die Überzeugung, daß künftig das Datum „Bett“ als deskriptives Element der Angebotsplanung zunehmend an Bedeutung verlieren wird.

Im selben Maße werden ausgewählte medizinische Leistungen als Planungselement heranzuziehen sein, wobei nach Auffassung des ÖBIG dieser Prozeß bereits im Rahmen der vorgesehenen zweijährigen Aktualisierung des ÖKAP zunehmend Platz greifen wird. Für eine konsistente Planungshierarchie „ÖKAP - Steiermärkischer Krankenanstaltenplan - Zielplanungen für einzelne Spitäler“ ist jedoch eine österreicheinheitliche Definition der für die Planung verwendeten medizinischen Leistungsdefinitionen erforderlich. Und hier hat auch die Steiermark schon wieder einen Schritt gemacht, wo wir etwas weiter sind als die anderen. Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft hat ihr massives Interesse an der Mitgestaltung dieser künftigen Planungselemente insbesondere durch den Abschluß einer Rahmenvereinbarung mit dem ÖBIG schon heute dokumentiert und wird damit sicherstellen können, daß die im Entstehen begriffenen neuen Planungsmethoden zum frühest möglichen Zeitpunkt für die Angebotsplanung medizinischer Leistungen im Bundesland Steiermark zur Verfügung stehen werden.

Zum Punkt drei. Im Rahmen der KRAZAF-Vereinbarung wurde seit 1988 gemeinsam mit 20 ausgewählten Referenzkrankenhäusern ein erstes Modell einer leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung erarbeitet. Der Bund und die Bundesländer faßten den Beschluß, in den folgenden Jahren das auf österreichischen Datengrundlagen basierende Abrechnungsmodell weiterzuentwickeln und eine Reihe flankierender Maßnahmen zur Vorbereitung der Krankenanstaltenfinanzierungsreform durchzuführen.

Auf Grundlage dieses weiterentwickelten Finanzierungsmodells wurde ab dem Jahr 1993 eine vollständige LKF-Abrechnung für alle vom KRAZAF bezuschußten Krankenanstalten parallel zur laufenden Finanzierung vorgenommen, wobei die tatsächliche Finanzierung weiterhin nach dem bisher geltenden System erfolgt. Also, ich wiederhole noch einmal, seit diesem Zeitpunkt werden in den Spitälern Parallelabrechnungen gemacht, wo wir nach dem jetzigen System, aber auch nach einer leistungsorientierten Finanzierung abrechnen. Die Ergebnisse der LKF-Parallelrechnung wurden den Ergebnissen der Kostenrechnung und den Ergebnissen der Einnahmenerhebung gegenübergestellt und bilden eine wesentliche Grundlage für die weiteren politischen Entscheidungen in bezug auf das neue Finanzierungssystem.

Jedes durch den KRAZAF mitfinanzierte Krankenhaus ist darüber hinaus seit 1978 durch die Krankenanstaltenkostenverrechnungsordnung verpflichtet, eine Kostenstellenrechnung zu führen. Gemeinsam mit dem schon seit der zweiten KAG-Novelle 1974 eingeführten Buchführungssystem, das zur Kostenermittlung und Kostenstellenrechnung geeignet ist, bildet dieses Kostenrechnungssystem die Grundlage für die Entwicklung eines österreichspezifischen Krankenanstaltenfinanzierungsmodells.

Die mit der Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung ab 1. Jänner 1997 verwendeten Punktwerte für die Hauptdiagnosegruppen und die Gruppen von medizinischen Einzelleistungen wurden auf Grund der Kostenrechnungsergebnisse und der in den Referenzkrankenhäusern festgestellten Daten ermittelt. Mit Hilfe der Kostenrechnungsdaten können Vergleiche bewerkstelligt werden. Grundsätzlich ist zwischen Zeitvergleichen und Hausvergleichen zu unterscheiden. Weiters sind verschiedenste krankenhausspezifische Kennzahlen, das Ergebnis der Kostenrechnung, die zu temporären oder hausweisen Vergleichen herangezogen werden können, ich sage Ihnen einige Beispiele dazu: die Verweildauer, die Auslastung, aber auch der Durchschnittsbelag, stationäre Patienten oder etwa der Personalfaktor, der gerade dann bei der Berechnung mit dem Bundesland Wien, wo ja wesentlich höhere Personalkosten anfallen, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat und es sehr wichtig war, daß diese Daten auf dem Tisch lagen und daß wir mit diesen Daten agieren und arbeiten konnten.

Zu diesen Kennzahlen können die unterschiedlichsten Kosten in Relation gestellt werden. Zum Beispiel: Kosten je stationärem Patient, Kosten je tatsächlich aufgestelltem Bett, Kosten je Belagstag, Kosten je Pflagestag bis hin zur Frage Kosten je Mahlzeit und Kosten je ambulanten Fall. Sie sehen also, daß das eine sehr umfangreiche Dokumentation ist. Weiters sind auf Kostenstellenebene die einzelnen Häuser vergleichbar. In der Frage der Ambulanzen, der Abteilungen, der Intensivstationen, einzelnen Funktionsbereiche, wie Labor, Dialyse, Physiotherapie und so weiter.

Ein weiteres Ergebnis der Kostenrechnung sind die verschiedenen Kostenarten: Personalkosten, medizinische Ge- und Verbrauchsgüter, nichtmedizinische Ge- und Verbrauchsgüter, medizinische und nichtmedizinische Fremdleistungen, Energiekosten, Abgaben, Gebühren und sonstige Kosten oder auch kalkulatorische Zusatzkosten. Es besteht auch jederzeit die Möglichkeit, und ich mache Ihnen von diesem Platz hier auch das Angebot, daß Sie sich einmal im Rahmen einer KAGES oder auch im Rahmen anderer Privatspitäler anschauen, in welchem Maß die Dokumentation vorhanden ist und wie genau sie auch sein muß. Dieses Angebot steht, Sie sind herzlich eingeladen, sich das vor Ort einmal anzuschauen.

Zum Punkt vier. Es besteht für alle Krankenanstalten Österreichs seit 1. Jänner 1989 die Verpflichtung, die Diagnosen der in stationärer Behandlung befindlichen Patienten und nach der von der Weltgesundheitsorganisation (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Herr Landesrat, darf ich Sie ein Moment unterbrechen. Darf ich die Damen und Herren ersuchen, die Privatgespräche so weit einzustellen und zu reduzieren, daß man den Herrn Landesrat in seiner Anfragebeantwortung auch noch hören kann!“) veröffentlichten Klassifikation der Krankheiten (ICD 9), die neunte Revision, in der vom Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz herausgegebenen Fassung, zu erheben.

Darüber hinaus haben die durch den KRAZAF bezuschußten Krankenanstalten ebenfalls seit 1989 einmal jährlich einen maschinenlesbaren Diagnosen-

und Leistungsbericht an das Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz zu übermitteln, dessen Datenaufbau genau vorgegeben war und auf den ICD-9-Code beruht.

Diese bisher einmal jährlich gemeldeten Diagnosen- und Leistungsberichte wurden inhaltlich erweitert und müssen nun regelmäßig dem Landesfonds als Grundlage für die Abrechnung vorgelegt werden. Wir gehen davon aus, daß dies sogar monatlich passieren muß.

Diese Abrechnung erfolgt mittels des durch den Bund einheitlich für ganz Österreich vorgegebenen Scoring-Programms. Dieses Scoring-Programm ist so ausgerichtet, daß es in jedem steirischen Krankenhaus exekutiert werden kann. Somit ist jeder Rechtsträger von der EDV-Ausstattung her in der Lage, die Anforderungen des Bundes zu erfüllen. Dieses Programm setzt auf den in den Krankenhäusern vorhandenen Datensatz auf und kann mit der bestehenden EDV-Infrastruktur die seitens des Bundes geforderte Dokumentation erfüllen. Diese Dokumentation setzt sich aus vier folgenden Teilbereichen zusammen. Ich weiß nicht, ob Sie wollen, daß ich Ihnen die vier Teilbereiche vorlese. Ich sage, es sind die aufenthaltsbezogenen Daten, die patientenbezogenen Daten, medizinische Daten und LKF-Daten, die man der Reihe nach ausführen könnte. Ich gebe Sie Ihnen aber schriftlich, wenn Sie wollen.

Abschließend wird bemerkt, daß zwischen den steirischen Krankenanstalten und dem Bund laufend ein Datenaustausch und eine Abgleichung der Daten erfolgt, und ich dazu, erfolgen muß.

Zur fünften Frage. Erstens muß festgehalten werden, daß es durch die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung nicht dazu kommen wird, daß künftig halbkranken Patienten heimgeschickt werden, sondern daß auch das LKF-System garantiert, daß die Patienten ordentlich und den Richtlinien entsprechend versorgt werden. Es sind auch in Zukunft ausreichend Reserven in der Verweildauer vorhanden, die notwendig sein werden.

Grundsätzlich ist zu dieser Frage noch anzumerken, daß dabei dem niedergelassenen Bereich, speziell dem Hausarzt, erhöhte Bedeutung zukommt. So wie der Hausarzt in Zukunft auf der einen Seite die Rolle des „gate-keepers“ übernehmen muß, muß er auf der anderen Seite auch zur Stelle sein, wenn es um qualifizierte Nachbetreuung geht. Diese Überlegungen wurden auch bei der Einigung mit dem Bund am 29. März 1996 diskutiert und sind ein ganz wesentlicher Bestandteil dieser Einigung auf Bundesebene. Ich sehe darin eine wesentliche Chance für die vielen praktischen Ärzte, die heute schon eine sehr gute Arbeit leisten, im Zusammenspiel mit dem Krankenhaus und dem niedergelassenen Bereich, etwas weiterzubringen. Und wir gehen davon aus, daß wir in Kürze ein diesbezügliches Modellprojekt in der Steiermark in Angriff nehmen, wo es zu einer Vernetzung zwischen Krankenhaus, niedergelassenem Bereich und den Ärzten insgesamt kommt, um hier auch einmal ein Modellbeispiel vorzulegen.

Ich glaube schon, daß, Herr Prof. Brünner, ich nicht ausführen muß, daß es eine Vielzahl von Institutionen gibt im ambulanten Bereich, die diese Nachbetreuung

machen und durchführen, und man sollte nicht so tun, als ob wir heute da in ein Nichts und ins Niemandsland vorstoßen.

Zum Punkt sechs: Die starre Gliederung von Krankenanstalten in die drei Versorgungskategorien Standardkrankenanstalten, Schwerpunktkrankenanstalten und Zentralkrankenanstalten hat sich in der Vergangenheit in sämtlichen Bundesländern Österreichs als unflexibel herausgestellt und hat in Wirklichkeit zu einer Reihe von formalen Hilfskonstruktionen geführt, um in der Realität versorgungsadäquate Strukturen in das starre Schema dieser Versorgungsstufen zu pressen. So sind beispielsweise Schwerpunktkrankenanstalten häufig als Kooperationsmodelle zweier oder mehrerer Krankenhäuser definiert. Es gibt dazu Beispiele, etwa in Oberösterreich die Häuser Wels und Ried, im Burgenland Eisenstadt und Oberwart oder auch in der Steiermark das Beispiel Leoben und Bruck.

Der vorliegende Entwurf zum ÖKAP 1996 sieht deshalb als wesentlichen Fortschritt eine flexiblere Unterteilung in künftig sechs Versorgungstypen vor, wobei diesen kein fixes Abteilungsschema unterlegt ist, sondern lediglich Mindestanforderungen und gewisse ausschließende Kriterien formuliert sind.

Auch diese neue Definition von Versorgungstypen wird im Bundesland zu strukturellen Veränderungen in fast allen Versorgungssektoren führen, wobei diese Strukturanpassungen in vielen Fällen bereits im Rahmen konkreter regionaler Projektentwicklung vorgedacht wurden. Es gibt in der Steiermark auch dazu einige Beispiele, Radkersburg – Orthopädie, Kooperation Knittelfeld und Judenburg – schon mehrfach angesprochen, aber auch in einem anderen Bereich die Kooperation des Landeskrankenhauses Mariazell mit dem Pflegeheim, das sie wahrscheinlich auch kennen.

Über die genannten Kriterien der Technisierung der Medizin und der Turnusärzteausbildung hinaus ist es vor allem Ziel dieser Strukturanpassungsmaßnahmen, den einzelnen Fachabteilungen jene Patientenzahlen zu sichern, die für eine medizinische Qualitätssicherung durch ausreichende ärztliche Erfahrung und Übung auch international als notwendig anerkannt werden.

Ich sage da grundsätzlich noch einmal dazu – im Prinzip würde sich die Beantwortung Ihrer Frage deswegen erübrigen, da ich eine Zukunftsentwicklung in den Spitälern ohne Strukturänderungen, wie in der Frage ja indirekt unterstellt wird, für absolut unmöglich halte und damit ausschließe. Wir werden diese Strukturmaßnahmen machen, und wir werden sie durchführen müssen.

Zur Frage sieben, Herr Prof. Brünner, habe ich ein Verständnisproblem. Dürfte ich Sie bitten, ich lese Ihnen die Frage vor, wir haben sehr lange versucht herauszufinden, was Sie mit dieser Frage meinen. Die Frage heißt: „Können Sie ausschließen, daß Sie in den nächsten vier Jahren, das ist der der Grundsatzvereinbarung der Gebietskörperschaften der Sozialversicherung zugrundeliegende Zeitraum, für den auch die Zahlungen der Sozialversicherungen und des Bundes fixiert sind, zusätzlich als die in Aussicht gestellten Mittel für eine qualitätsorientierte Führung aller steirischer Spitäler, dies insbesondere dann,

wenn Sie a) auf dem Standpunkt stehen, daß bei den Spitälern alles beim alten bleibt (Standortgarantie) und b) verlauten lassen (Rundfunk, 19. Oktober 1996), daß es in der Steiermark keine Rufbereitschaft geben wird?

Ich bin davon ausgegangen, daß Sie mit dieser Frage meinen, ob ich zur Standortgarantie stehe. (Abg. Dr. Brunner: „Ich habe diese Anfrage bis halb ein Uhr in der Nacht geschrieben, und in der Hektik das Wort ‚benötigen‘ vergessen!“) Okay, dann sind wir auf das Richtige gekommen.

Also, was die Standortgarantie betrifft, habe ich schon bei einer der vorherigen Fragen eindeutig und klar festgestellt, daß ich als Referent selbstverständlich zur Standortgarantie stehe.

Was die Rufbereitschaft betrifft, glaube ich auch in Ihrem Interesse, daß es Ihnen nichts ausmacht, wenn ich sie dann bei den Punkten 12 bis 16 beantworte, die ja dort dann wiederkommen.

Also Standortgarantie, ein klipp und klares Ja. Ich stehe dazu. Ich halte es für notwendig aus den eben vorher angeführten Gründen.

Ich komme zur Beantwortung der Frage acht: Nein, es ist nicht geplant, dafür eigene Institutionen zu schaffen, da Strukturen bereits vorhanden sind, nämlich über die Hauskrankenpflege respektive über die großen Trägervereine, die hervorragende Arbeit leisten. Ich sage dazu, daß wir auch hier in konkreten Gesprächen mit Kollegin Rieder eine Koordination und eine sinnvolle Vorgangsweise, gerade im Bereich der Hauskrankenpflege, andiskutieren und in Vorbereitung haben, wobei, wie die Lösung jetzt ausschaut, wir in die Richtung gehen werden, daß die Hauskrankenpflege zukünftig im Bereich des Sozialressorts angesiedelt ist. Wie Sie ja wissen, ist dieser Bereich jetzt aufgesplittert zwischen dem Sozialressort, dem Gesundheitsressort und den Gemeindereferenten. Die Mitwirkung der Gemeindereferenten halte ich für unabdingbar notwendig. Daß wir aber die Organisation und Planung im Bereich des Sozialressorts zusammenfassen, halte ich auch für eine gute Möglichkeit, weil sie einen bestmöglichen Aufbau der integrierten Sozial- und Gesundheitsprengel gewährleisten werden.

Grundsätzlich sage ich, daß wir eine enge Kooperation mit dem Sozialressort haben. Im Rahmen der Verhandlungen über das neue Sozialhilfegesetz ist eine umfassende Planung betreffend die mobilen Dienste bereits vorhanden. Für morgen sind weitere Parteienverhandlungen angesetzt.

Gemäß 15a-Vertrag über das Pflegegeld sind entsprechende Bedarfs- und Entwicklungspläne zu erstellen, um die entsprechenden Strukturen im Bereich des Pflegegeldes in den Ländern zu entwickeln. Diese Pläne werden fristgerecht vorgelegt werden.

Sobald der Ausbau der mobilen Dienste abgeschlossen ist, werden in den Pflegeheimen zusätzliche Kapazitäten frei werden, denn, das sage ich auch sehr deutlich dazu, es wird nicht sinnvoll sein, jetzt überhastet zusätzlich Kapazitäten in Pflegeheimen zu schaffen, parallel dazu die ambulanten Dienste auszubauen, um dann in ein paar Jahren dazustehen, Überkapazitäten in Pflegeheimen zu haben und die

ambulanten Dienste trotzdem ausgebaut zu haben. Hier sollte man, glaube ich, die Kuh doch im Stall lassen und mit der nötigen Vorsicht und der notwendigen Seriosität auch ans Werk gehen.

Zum Punkt neun: Strukturkommission.

Herr Prof. Brunner, ich werde mit Sicherheit die Strukturkommission heute nicht verkünden. Das, was ich Ihnen aber sagen kann, ist, daß wir als Bundesland Steiermark in der nächsten Regierungssitzung am kommenden Montag, das ist der 28. Oktober, daß ich als Referent einen entsprechenden Vorschlag einbringen werde. Dieser Vorschlag wird die Anzahl der Mitglieder beinhalten. Dieser Vorschlag wird beinhalten das, was für das Bundesland so notwendig ist und auch Teil der Vereinbarung ist, daß wir eine Mehrheit des Landes sicherstellen, um uns auch in den entscheidenden Fragen gegenüber dem Bund artikulieren zu können.

Und ich sage dazu, als letzter Punkt der Frage, ich gehe davon aus, daß wir LKF mit 1. Jänner 1997 einführen werden, mit der Einschränkung, daß alle notwendigen gesetzlichen Maßnahmen klarerweise vom Landtag nicht mehr getroffen werden können, weil ja der Bund mit den Gesetzen, die wir für die Ausführung brauchen, erst so spät fertig wird. Wir haben vorgesorgt, und wir werden mit entsprechenden Hilfskonstruktionen gewährleisten, daß wir mit 1. Jänner 1997 starten können.

Zu Ihrer Frage zehn: Wie schon unter Punkt sechs ausgeführt, wird die von Ihnen zitierte starre Gliederung in Standard- und Schwerpunktkrankenhäuser mit einer fixen Zuordnung von Fachabteilungen gerade im Rahmen des neuen ÖKAP 96 in eine wesentlich flexiblere sechsstufige Typisierung überführt. In dieser Typisierung werden lediglich Minimalerfordernisse und ausschließende Kriterien formuliert und darüber hinaus größere Freiheitsgrade im Hinblick auf die konkrete Fächergliederung eingeräumt. Ich halte das für wesentlich und notwendig, weil man über den Plan alles festlegen kann, in der Realität dann aber daran scheitert, weil die Grundstrukturen in den Ländern unterschiedlich sind, die Voraussetzungen in den Ländern unterschiedlich sind, und wir nicht davon ausgehen können, daß man mit dem Rasenmäher über ganz Österreich drüberfährt und etwa in einem Wiener Stadtbezirk die gleichen Voraussetzungen schafft oder die gleichen Voraussetzungen glaubt zu haben, wie man es etwa im Bezirk Murau oder sonst irgendwo hat, weil es wirklich sehr unterschiedlich ist.

Ich halte dies für einen wesentlichen Fortschritt des neuen ÖKAP und kann schon heute sagen, daß die in der Steiermark vorgesehenen Strukturmaßnahmen vollinhaltlich in diese Neutypisierung eingepaßt werden können. Wir planen also nicht in eine Richtung, die dann vom ÖKAP her nicht realisierbar ist, weil der ÖKAP den Regelungen widerspricht, die wir haben wollen.

Ad elf: Die WHO definiert Standards hinsichtlich der Vorhaltung medizinischer Diagnose- und Therapieeinrichtungen. So dürfte in der gegenständlichen Fragestellung gemeint sein, daß nach den von der WHO veröffentlichten Schlüsselzahlen im Bundesland Steiermark vier Herzkathetereinrichtungen für diagnostische und therapeutische Eingriffe vorhanden

sein sollten. Mit der im November 1996 geplanten Inbetriebnahme einer zweiten Herzkatheteranlage in Graz werden wir diese Zahl von vier Herzkatheterplätzen erreichen, wobei die vier Herzkatheterplätze, zu Ihrer Information, zwei an der Medizinischen, eine an der Radiologischen und eine in St. Radegund installiert sind.

Das Fach Kardiologie ist im Sinne der Ärzteausbildungsverordnung kein eigenes klinisches Sonderfach, sondern ein Additivfach. Es ist daher krankenanstaltenrechtlich nicht notwendig, eigene Fachabteilungen für Kardiologie zu errichten, sondern kann dieses Fach im Rahmen von Abteilungen für Innere Medizin von Inhabern dieses Zusatzfaches vollkommen und auch rechtskonform abgedeckt werden. Derzeit besitzen zwei Primärärzte für Innere Medizin in der Obersteiermark dieses Zusatzfach und sind apparativ auch für die Wahrnehmung kardiologischer Leistungen mit Ausnahme von Herzkatheteruntersuchungen ausgestattet. Es ist dies Herr Primarius Borkenstein in Leoben und Herr Primarius Zenker in Mürzzuschlag. Im Falle der Notwendigkeit von Herzkatheteruntersuchungen werden die Patienten entweder an das LKH Graz überwiesen oder in einem Fall geht der obersteirische Primararzt mit den Patienten nach Graz, um diese erforderlichen Eingriffe vorzunehmen. Es bleibt daher festzustellen, daß eine kardiologische Fachversorgung auch in der Obersteiermark gewährleistet ist und die Gesamtzahl der vorhandenen Herzkathetereinrichtungen den Empfehlungen der WHO exakt entspricht.

Zur grundsätzlichen Frage Obersteiermark sage ich Ihnen, daß ich für die Einrichtung eines Herzkatheters in der Obersteiermark eintrete auf Grund der vorhin schon mehrmals zitierten begrenzten Ressourcen. Über eine Umsetzung und einen Zeitpunkt der Umsetzung kann aber noch nichts Konkretes gesagt werden.

Ich fasse die Fragen 12, 13, 14, 15 und 16 mit Ihrer Zustimmung zusammen, weil sie alle die Rufbereitschaft behandeln.

Ausgangspunkt der nun vorliegenden Regelung ist die Tatsache, daß es diese sogenannten Hintergrundbereitschaften bereits gibt, und zwar in einem nicht unerheblichen Ausmaß. Ich sage Ihnen dazu eine konkrete Zahl: Allein in der Steiermark werden monatlich etwa 1000 Dienste in Form dieser Hintergrundbereitschaft abgewickelt, und ich gehe davon aus, daß die steirische Bevölkerung, aber auch die verantwortlichen Mediziner die jetzige Versorgung als durchaus gut und als durchaus fachgerecht auch verstehen. Das heißt, allein in den steirischen Landeskrankenhäusern haben wir pro Monat 1000 Dienste nach dieser Rufbereitschaft in Form der jetzt genannten Hintergrundbereitschaft. Was darüber hinaus auch besonders interessant ist und vielleicht nicht alle wissen dürften, gerade alle jene Spitäler, jene Krankenanstalten, die auch nach außen hin einen sehr guten Ruf genießen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Darf ich die Damen und Herren im Zuschauerraum bitten, sich zu Gesprächen woandershin zurückzuziehen, damit wir in Ruhe den Ausführungen des Landesrates folgen können? Danke!“)

Es tut mir leid, daß das so umfangreich ist, aber es waren die Fragen so umfangreich, und ich will den Landtag nicht mißachten, indem ich die Fragen nicht beantworte.

Wir müssen also sehen, daß in den Landeskrankenhäusern etwa 1000 Dienste pro Monat nach dieser Form abgewickelt werden und daß vor allem jene Krankenanstalten, die auch in der Öffentlichkeit einen hervorragenden Ruf genießen, nämlich private und Ordensspitäler, eben diese Rufbereitschaft haben, seit Jahren mit dieser Rufbereitschaft agieren und diese auch nicht zu einer Einschränkung der medizinischen Versorgungsqualität geführt hat. Ich zähle nur auf Krankenhäuser mit Rufbereitschaft: die Elisabethinen in Graz, das Haus der Barmherzigen Brüder, das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Eggenberg, das Marienkrankenhaus Vorau, das Diakonissenkrankenhaus Schladming, das Krankenhaus Weiz oder, solange es noch als Akutspital existierte, das Krankenhaus in Kapfenberg.

Die Regelung, die jetzt auf Bundesebene getroffen wurde, paßt sich also in Wirklichkeit ausschließlich der Praxis, die vor Ort getroffen wird, an. Und wir sind heute am Vormittag mit Frau Landeshauptmann, mit dem für das Personal zuständigen Landesrat, mit den Vertretern der Ordens- und Privatspitäler und mit den Vertretern der KAGES hier in diesem Raum nebenan zusammengesessen, um diese Frage zu diskutieren. Es war sehr interessant, daß gerade die Ordensspitäler ganz, ganz massiv auf diese Regelung hingedrängt haben, weil sie aus dem Bereich der Illegalität herauskommen wollen, in einen legalen Bereich kommen wollen, der auf der einen Seite sicherstellt, daß ein Krankenhausbetreiber nicht, sehr steirisch formuliert, mit einem Fuß im Kriminal steht und trotzdem mit den vorhandenen Mitteln die Versorgung sichern kann. Es war also deswegen aus meiner Sicht sehr positiv, und ich glaube, ich habe Sie da nicht ganz richtig verstanden, daß es in der Steiermark zwischen Politik, Krankenhausträgern und den Vertretern der Ärzte nicht zu jenen Auswüchsen gekommen ist wie in anderen Bundesländern. Ich halte es für absolut nicht zielführend, wenn so eine Diskussion dazu herhalten muß und hergezogen wird, daß man Patienten verunsichert, daß man Leute verunsichert. Weil das, was zum Beispiel in Wien gefallen ist, ich sage ein Stichwort, die Legalisierung der fahrlässigen Tötung und so weiter, ist natürlich etwas, was im politischen Sprachgebrauch einmal über die Zunge kommt, was in Wirklichkeit aber bei Betroffenen, bei Leuten, die ihre Eltern, ihre Kinder ins Krankenhaus bringen, Reaktionen hervorruft, die ich eigentlich für unverantwortlich halte. Und ich halte auch diese Form der Diskussion für absolut nicht zielführend und in Wirklichkeit für verantwortungslos. Ich bin deshalb froh, meine Damen und Herren, daß es gelungen ist, in der Steiermark auch einen politischen Konsens herbeizuführen, daß wir heute dem Bund, der Bundesregierung, mitteilen konnten, daß wir mit dieser Regelung auf Bundesebene einverstanden sind, daß sich aber am Zustand in der Steiermark durch diese Regelung für den Patienten nichts ändern wird, daß wir diese Regelung, die wir jetzt haben, die wir jetzt machen können, in einer Form durchziehen können, wie sie für den Krankenhauserhalter notwendig und sinnvoll ist.

Und wir haben uns auch darauf verständigt, daß wir uns bemühen werden, im Rahmen der Möglichkeiten, sage ich dazu, die Versorgung zu verbessern, optimal und möglichst gut zu gestalten. Ich glaube, daß das in Wirklichkeit das ist, was die Menschen von uns erwarten, daß wir uns hinstellen, keine leeren Versprechungen machen, auch keine gesetzlichen Regelungen machen, die wir in der Realität dann nicht einhalten, weil wir genau wissen, daß wir zu wenig Fachärzte haben, weil wir genau wissen, daß wir zu wenig Geld haben, um das umzusetzen. Aus dieser Sicht war ich sehr froh, daß auch das Gespräch heute vormittag stattgefunden hat, und ich gehe davon aus, daß wir auch dieses Problem in einer sehr ordentlichen und für die Menschen anständigen Form gelöst haben. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.39 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Landesrat Dörflinger für die Beantwortung der Anfrage. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der freiheitlichen Abgeordneten betreffend Zerschlagung der Abteilung für Wirtschaftsförderung und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Bleckmann (17.40 Uhr):** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, lieber Landesrat!

Wir haben diese Anfrage zur Wirtschaftsförderungsabteilung schon mit einem ernsten Hintergrund auch gestellt. Weil du ja so getan hast, als ob das nur auf Grund irgendeiner Polemik gemacht wurde – es gibt hier –, wie es ja auch unsere Anfrage zeigt, sehr viele offene Fragen. Und wenn ich jetzt die Fragen durchgehe, dann muß man vorab feststellen, daß ein Großteil der Fragen nicht beantwortet wurde.

Frage eins: Stellt diese Reform eine Konzentration der Wirtschaftspolitik dar? Es wurde hier zugelassen, daß der Fremdenverkehrsfonds, der Fremdenverkehrsbereich, völlig aus der Wirtschaftsförderung weggekommen ist in den Bereich eines anderen Landesrates. Die Abteilung wurde von einer Abteilung zu einem Referat degradiert und läuft jetzt unter der Landesbaudirektion. Von der Landesbaudirektion wissen wir ja, daß sie überbesetzt ist und daß hier einige Leute nicht so gut beschäftigt werden können und daß sie froh sind, wenn sie etwas dazubekommen. Anstatt daß man jetzt die Landesbaudirektion auflöst und sagt, so, wie das ist, kann es nicht weiterlaufen, wurde hier ein Unterreferat gemacht und dadurch gezeigt, was die Wirtschaftspolitik wert ist. (Abg. Purr: „Das darf nicht wahr sein!“) Völlig richtig, das kann nicht wahr sein, völlig richtig, Kollege Purr.

Hier hat man gesagt, daß die Wirtschaftsabteilung zu einem Referat innerhalb der Landesbaudirektion degradiert wird.

Wenn ich die Antwort richtig interpretiere, die uns gegeben wurde, heißt das, du wünschst dir überhaupt keine Konzentration, denn es wird hier nur umgeschichtet und damit Unruhe in den gesamten Bereich hineingebracht.

Frage zwei: Kosten-Nutzen-Rechnung. Von einer detaillierten Kosten-Nutzen-Rechnung haben wir nichts gehört, daraus ist zu schließen, daß es keine gibt. Die einzige Zahl, die uns genannt wurde, ist eine Einsparung von 6 Millionen, das könnte jetzt auf die Seite des Nutzens geschrieben werden.

Über die Kosten reden wir scheinbar nicht, weil das bei uns im Land ja egal zu sein scheint, wieviel etwas kostet. Es ist ja sehr schön und gut, wenn hier von Einsparung gesprochen wird, aber ich kann nun einmal das Personal, das hier vorhanden ist, nicht einfach mit einem Schnips wegzaubern und sagen, jetzt seid ihr alle nicht mehr vorhanden. Das geht zum Glück nicht, denn die Personen sind vorhanden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wie geht das bei der Auflassung der Baudirektion?“) Das einzige, was eingespart wurde, und das haben wir ja gehört, ist, daß der Abteilungsleiter eingespart wurde. Durch glückliche Umstände konnte er in den Kulturbereich abgeschoben werden beziehungsweise hat sich freiwillig zur Verfügung gestellt, jetzt die Kultur zu übernehmen. Ein Glück für den Landeshauptmannstellvertreter, daß er hier endlich jemanden gefunden hat, der dieses Referat übernehmen wird, nachdem er ja schon mit dem Herrn Vujica Schiffbruch erlitten hat.

Und wenn es schon heißt, wir wollen Einsparungen machen, dann würde ich schon sehr darum bitten, sich das bei der SFG einmal genauer zu betrachten, denn ich verstehe nach wie vor nicht, warum wir in allen Gesellschaften im Nahebereich des öffentlichen Bereichs immer zwei Geschäftsführer haben müssen – einen roten und einen schwarzen. Warum kann das denn nicht so wie in der privaten Wirtschaft sein, daß wir uns nur einen nehmen und den dann als Besten und Wichtigsten dort hinstellen. Nein, bei uns müssen immer zwei Leute mit natürlich gleichem Salär hinein-nominiert werden. Und so schaut es ja auch in der Landesholding aus. Da gibt es nach wie vor zwei Vorstände, und nachdem wir ja jetzt in großkoalitionärer Eintracht sind, wird der zweite Vorstand noch aufgewertet, von heute auf morgen gleich um 20.000 Schilling, damit er hier angepaßt wird und damit der Kollege Kaltenböck dann auch in die SFG hineingeht. Wir haben ja gehört, daß das für ihn ein besonderes „Zuckerl“ war. Das wird ausgemacht – damit immer ein Vieraugenprinzip herrscht. Das wäre einmal genauer zu betrachten, denn hier wären Einsparungen zu treffen.

Ich frage mich, was sollen da die Förderungswerber machen. Müssen die sich jetzt auch deklarieren, ich bin schwarz, ich bin rot, damit ich zu dem einen oder zu dem anderen gehe. Und was tun dann die anderen, die unabhängig sind? Die dürfen dann zu gar keinem gehen und bekommen keine Förderungen, wenn wir dieses Prinzip hier konsequent weiterdenken.

Frage drei: Parallelität, erst in jüngster Zeit. Ich danke für diese klare Antwort, diese ehrliche Antwort, die uns hier gegeben wurde. Scheinbar bist erst du draufgekommen, daß es hier Parallelitäten gibt, denn die Frau Landeshauptmann hat noch in einer großartigen Bilanz gesagt, „Wirtschaftsförderung mit durchwegs positiver Bilanz“ – dies ist jedenfalls erfreulich, daß man draufgekommen ist, daß es Parallelitäten gibt.

Und ich danke für den Punkt b, für die klare Antwort, denn natürlich hat diese Parallelität die Frau Landeshauptmann in ihrer damaligen Funktion zu verantworten. Und somit ist dann auch klar, wer zu verantworten hat, daß es hier Parallelitäten gibt.

Frage fünf: Das war die Frage nach einem detaillierten Stellenplan. Wer, welcher Dienstposten wohin kommt. Wie das aufgeteilt wird. Welcher Mitarbeiter wird künftig auf welchem Dienstposten beschäftigt, mit welchen Agenden betraut. Welche Änderungen sind dazu im Dienststellenplan und in den Dienstpostenbeschreibungen erforderlich. Mit wieviel Mitarbeitern wurde Einvernehmen erzielt. (Abg. Vollmann: „Lesen können wir selber!“) Diese Fragen wurden nicht beantwortet. Darauf hat es keine Antwort gegeben. Das will ich damit klarmachen, daß ich das noch einmal vorlesen Kollege Vollmann. (Beifall bei der FPÖ.)

Hier ist er jede Antwort schuldig geblieben, was mit den 19 Leuten aus der Abteilung passiert, die nicht schon irgendwo beziehungsweise irgendwie untergebracht werden konnten. Und es wurde, und das hast du auch herausgearbeitet, kein Einvernehmen mit den zuständigen Personen erzielt, sonst wäre diese Frage ja auch ausführlich beantwortet worden – mit wieviel Mitarbeitern wurde Einvernehmen erzielt.

Es gibt nämlich einige, mit denen überhaupt kein Einvernehmen erzielt wurde. Das wurde auch bereits formuliert, wie hier mit einigen Personen, mit einigen Leuten aus dem Personal umgegangen wurde. Und wenn ich da allein das Zitat lese vom Herrn Landesrat, „wenn das einzelnen nicht paßt, so ist das ihr Problem“. Genau das ist die Einstellung. Wenn es einzelnen nicht paßt, dann sollen sie halt schauen, wo sie bleiben. 15 bis 20 Leute wissen aber nach wie vor nicht, was sie morgen machen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die meisten doch!“) Na, rede einmal mit deinen Beamten, rede einmal mit ihnen (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich habe mit jedem geredet!“), denn sie wissen nach wie vor nicht, wofür sie zuständig sind. Und wenn man dann einzelnen sagt, geh doch in die SFG, und dann werden dort in der SFG Gespräche geführt, ja, was soll ich denn dort machen, ein einhalbstündiges Gespräch, und nach dem Gespräch kommt dann heraus, na ja, sie können sich ihren Aufgabenbereich selber suchen, dann stimmt doch irgend etwas nicht. Und dieses Gespräch hat stattgefunden. Hier kann doch etwas nicht stimmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und so kann nun einmal nicht mit den Mitarbeitern umgegangen werden. Hier habe ich ein Zitat gefunden: „hoc volo, sic iubeo, sit pro ratione voluntas“. Das heißt: „Dies will ich, so befehle ich, statt eines Grundes gelte mein Wille.“

Genau nach dieser Art und Weise geht der Herr Landesrat gegenüber dem Personal vor. So kann es halt heute, habe ich zumindest gedacht, nicht mehr gehen, denn heute heißt es ja immer Teamgeist. Wir müssen unsere Mitarbeiter in die Vorgangsweise einbeziehen, wir müssen sie befragen – so habe ich es zumindest im Studium gelernt, aber vielleicht haben es andere woanders anders gelernt. Daß man seine Mitarbeiter motivieren soll, mit einbezieht und eben auch schaut, daß sie auch wissen, was sie tun sollen. So, wie hier vorgegangen wurde, ist das eher steinzeit-

mäßig und eine monarchistische Art und Weise. Das ist mein Wille, so habt ihr es zu tun, heute heißt es so, morgen heißt es so, und darauf müssen sich die Leute einstellen und wissen heute noch nicht, was sie tun sollen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und dann eben die Aussage, wenn es dem einzelnen nicht paßt, dann soll er halt schauen. Das ist sehr bezeichnend, wie hier vorgegangen wird.

Frage sechs: Ich danke für die klare Antwort, die uns gegeben wurde. Natürlich, bis jetzt gibt es die Zusagen von drei Mitarbeitern, daß sie in die SFG gehen, vor allem von einem, dem das sehr versüßt wurde, indem er dort eine eigene Gesellschaft bekommt. Ich danke für die klare Antwort. Jetzt wissen wir, daß dem wirklich so ist. Im Sinne der Konzentration wird aus dieser Gesellschaft – der SFG –, die aus zwei Untergesellschaften besteht, eine Gesellschaft mit drei Untergesellschaften. Vielleicht gibt es noch jemanden von den Beamten, die sich bereit erklären, in die SFG zu gehen, dann haben wir vier Untergesellschaften und dann können die Förderungswerber wieder vom einen zum anderen rennen, damit sie dann sehen, wo sie ihre Förderungen herbekommen. Das alles im Sinne der Konzentration.

Frage sechs b: Ist dies mit dem dafür zuständigen Landesrat für Finanzen besprochen?

Ich lese das jetzt wieder vor, weil es nicht beantwortet wurde. Daraus schließe ich, es wurde nicht besprochen.

Frage sieben: Von wem und wo werden die zirka 3000 evidenten Akten erledigt?

Die Antwort ist, die notwendige Bearbeitung wird erfolgen. Das war aber nicht die Frage. Die Frage war, wo und von wem soll das bearbeitet werden, denn die jetzt dafür zuständigen Beamten für diese 3000 Akten sind ja nicht mehr in dieser Abteilung. Diese Abteilung gibt es ja nicht mehr. Es gibt jetzt ein Referat, das hier Strategiearbeit macht, aber nicht die Akten erledigung. Es ist die Frage, was mit diesen 3000 Akten passiert, wer das bearbeiten wird. Diese Beamten, die dies bis jetzt gemacht haben, sind darauf eingeschult, sind qualifiziert, und hier stellt sich nun einmal die Frage, wer wird das in Zukunft machen. Das halbe Reich der Antwort war dann, „wir werden hier einige Altakte aufarbeiten beziehungsweise entfernen“. Ich habe das so verstanden, die werden halt genommen und irgendwohin geschauelt und vergessen und drüber die Decke, es spricht niemand mehr davon.

Das ist auch eine Methode, nur ich weiß nicht, ob es die rechtlich richtige und auch eine vernünftige Methode ist, hier so vorzugehen. Ich habe das mit den Altakten so verstanden. Es gibt ja noch die Möglichkeit, das aufzuklären. Ich wäre froh, wenn dem nicht so ist, weil hier 3000 Akte vorliegen, und es wurde scheinbar noch nicht überlegt, was damit unternommen wird. Und diese Frage wurde nicht beantwortet.

Frage acht: Wer erledigt jene Agenden, die in der alten Geschäftseinteilung beinhaltet sind, aber im Regierungsantrag keinen Niederschlag finden?

Hier ist es schon sehr bezeichnend, daß der Herr Landesrat scheinbar nicht weiß, daß hier neun Bereiche woandershin eingeteilt wurden. Denn wenn ich die Änderung der Geschäftseinteilung mache,

dann muß ich schon alle Bereiche, die jetzt in der Abteilung für Wirtschaftsförderung drinnenstehen, woanders zuordnen.

Es fehlen hier neun Bereiche, die jetzt in der Luft schweben. Und da kann ich nicht sagen, sie werden schon irgendwo ihren Unterschlupf finden. Dann muß ich das auch explizit hineinschreiben, wenn ich meine, diese Agenden sollen hier oder dort bearbeitet werden. Denn das sind Agenden, die niedergeschrieben wurden, die es gibt. Wahrscheinlich wird jetzt gesagt, na ja, die gibt es halt dann nicht mehr. Ist auch ein Weg, nur, auch das muß man hineinschreiben. Was passiert mit der Liegenschaft für Betriebsansiedelungen? Was passiert mit der Dienststelle für Angelegenheiten des Außenhandels und anderen mehr? Ich will diese neun Bereiche jetzt nicht alle aufzählen, das wäre zu mühselig. Und es ist sehr bezeichnend, daß der Herr Landesrat nicht einmal weiß, daß hier neun Geschäftsbereiche fehlen. Genau deshalb haben wir ja gefragt. Ich habe mir hier schon Aufklärung erhofft, was damit passieren wird. Und einfach die Antwort zu geben, das werden wir schon alles machen und das werden wir schon sehen, da muß man schon fragen, wie soll das gemacht werden und was werden wir sehen. Es ist hier nicht sichergestellt, die Bereiche hängen in der Luft, diese neun, die im Regierungsantrag nicht explizit drinnenstehen.

Frage neun: Sind die Vertragspartner des Landes verpflichtet, die Vertragsbedingungen aus bestehenden Förderungsverträgen auch gegenüber einer ausgegliederten Gesellschaft zu erfüllen, und ist die Amtsverschwiegenheit innerhalb der SFG gesichert? Die Antwort heißt, na sicherlich. Da hätte ich mir schon erwartet, so wie in den anderen Bereichen, wo gleich ein Gutachten von Prof. Wielinger herausgezogen wird, daß es hier ein Gutachten gibt, denn das ist eine ernste Frage, die wir hier stellen. Was passiert mit denen, die bereits mit dem Land Verträge abgeschlossen haben, beim Land ist die Amtsverschwiegenheit klar geregelt. Was passiert mit denen, wenn jetzt diese Bereiche einfach zu SFG hinüberwandern und das dort in einer Gesellschaft bearbeitet wird. Das sind Fragen, die hier auf dem Tisch liegen, die nicht beantwortet worden sind. Ich hätte mir schon erwartet, daß es hier ein rechtliches Gutachten gibt, das unsere Besorgnis hier außer Kraft setzen kann oder unsere Besorgnis beseitigen kann, daß das geregelt wird und das es hier eine fundierte Grundlage gibt für diese Entscheidung. Denn man muß sich das doch vorher überlegt haben, was mache ich mit diesen Bereichen, mit den Verträgen, die schon vorher abgeschlossen worden sind, wie führe ich die über in die neue Gesellschaft. Die Antwort war nicht ausreichend.

Frage zehn: Paragraph 21 des Wirtschaftsförderungsgesetzes ist der Mittelstandsförderungsfonds, und der ist laut Gesetz vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung zu verwalten. Jetzt wandert der in die SFG. Ja, dazu hätte das Gesetz geändert werden müssen. Und für Gesetze sind schon noch wir im Landtag verantwortlich, und es wäre sinnvoll gewesen, wenn wir diese Dinge, die hier notwendig sind, vorher zur Erledigung bekommen hätten, bevor ich die Agenden woanders hinlege, wo ich sie eigentlich nicht erfüllen kann, weil es gesetzlich

vorgeschrieben ist, daß sie im Amt der Steiermärkischen Landesregierung erledigt werden müssen und nicht in der Gesellschaft in der Ges. m. b. H. Das sind zwei unterschiedliche Dinge, die man vorher hätte regeln müssen. Und uns ging es hier darum, aufzuzeigen, wie hier vorgegangen wird, daß es noch sehr viele offene Fragen gibt. Wir haben uns schon eine ausreichendere Beantwortung erwartet. Das wurde hier nicht erfüllt. Die Abteilung wurde zerschlagen. Wir haben mit Absicht diese Wortwahl gewählt, denn es wurde hier mit der Holzhammermethode vorgegangen, ohne sich ausführlich und genug mit dem Personal auseinanderzusetzen. Ich kann mir vorstellen, daß das mühsam ist, weil es beim Personal natürlich sehr schwierig ist – und das ist sicherlich nicht nur bei den Beamten, sondern das ist generell bei jeglichem Personal, daß es gewisse Motivationshürden zu überwinden gibt. Aber bitte, genau dann muß man sich ausführlich und genug mit den Betroffenen auseinandersetzen und sie darüber genauer informieren und ihnen auch helfen, die Hemmnisse, die sie haben, zu überwinden. Ich kann sie eben nicht einfach vor den Kopf stoßen, indem ich sage, du bist für mich oder du bist gegen mich, und so soll dann entschieden werden. Es sind hier einschneidende Maßnahmen getroffen worden, ohne den Rechnungshofbericht abzuwarten, der angeblich in Kürze vorliegen soll. Und auch für die Regierung sollen Rechnungshofberichte als Entscheidungsgrundlage gesehen werden. Es ist schon traurig, daß es hier scheinbar für den Herrn Landesrat nicht notwendig war, diese Entscheidungsgrundlage abzuwarten.

Uns ging es hier darum aufzuzeigen, wie ungeordnet und wie chaotisch vorgegangen wurde, und das wurde uns auf Grund der Anfragebeantwortung bewiesen, daß es hier noch sehr viele Fragen gibt, die zu beantworten wären, und deshalb stellen wir den Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Porta, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend die Zerschlagung der Abteilung für Wirtschaftsförderung. Trotz zahlreicher Fragen, die im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Wirtschaftsförderungsgagenden noch immer offen sind, hat die Landesregierung in ihrer Sitzung vom 21. Oktober 1996 die Zerschlagung der Abteilung für Wirtschaftsförderung mehrheitlich beschlossen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Ihren Beschluß vom 21. Oktober 1996 hinsichtlich der Zerschlagung der Abteilung für Wirtschaftsförderung auszusetzen bis folgende Voraussetzungen vorliegen:

Erstens: Das Ergebnis der diesbezüglichen Prüfung des Landesrechnungshofes sowie zweitens eine detaillierte Klärung hinsichtlich der personellen Komponente und drittens die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie hier mitgehen könnten, damit diese Bereiche, die dem Landtag obliegen, vorher geklärt werden können und dann erst

weiter darüber nachgedacht wird, wie man hier mit der Zerschlagung der Wirtschaftsförderungsabteilung vorgehen wird. (Beifall bei der FPÖ. – 17.59 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster ist zu Wort gemeldet der Abgeordnete Hohegger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger (17.59 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Bevor ich mich auf die Sachebene begeben, möchte ich kurz eine Anmerkung hier zum Vorgehen der freiheitlichen Fraktion geben. Aus meiner Sicht – ich bin noch nicht so lange im Landtag –, aber für mich zum ersten Mal, ich bin eigentlich sehr betroffen über den Stil, der heute hier von Vertretern der freiheitlichen Fraktion an den Tag gelegt wurde, insbesondere von Ihnen, Herr Ing. Peinhaupt, und möchte darauf verweisen, daß man Oppositionspolitik auch in anderer Form in diesem Hause machen kann, und ich habe derartige polemische Untergriffe – das darf ich hier sagen – weder von den Grünen noch von den Liberalen, noch von sonst irgend jemandem hier mitbekommen. Ich bin nicht der, der die freiheitliche Fraktion belehrt, das steht mir nicht zu, ich möchte nur meine Betroffenheit hier zum Ausdruck bringen.

Und zum ersten, Herr Ing. Peinhaupt, zur Selbstdarstellung des Herrn Wirtschaftslandesrates, möchte ich festhalten, daß in unserer Mediengesellschaft sich niemand selbst darstellen kann. Es sind immer die Medien und die Journalisten, die hier schreiben und darstellen und nie eine Persönlichkeit selbst. Und wenn Sie hier ein Defizit haben, dann wird es wahrscheinlich so sein, daß der Wirtschaftslandesrat für die Medien etwas interessanter ist als Sie. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist die eine Komponente. Zum zweiten, Herr Ing. Peinhaupt – (Abg. Mag. Bleckmann: „Ist das der sachliche Beitrag?“)

Der kommt noch. Ich verweile ein bißchen in der Polemik, wie Sie das ausreichend in Anspruch genommen haben.

Und nun, Herr Kollege Peinhaupt, haben Sie sehr zynisch das Konzept vom Herrn Wirtschaftslandesrat in größerem Format hergezeigt. Ich möchte dazu folgendes sagen: Herr Ing. Peinhaupt, wo ist Ihr Konzept für die steirische Wirtschaftspolitik? (Abg. Ing. Peinhaupt: „Herr Magister, Sie wissen ja, Wirtschaft ist alles Aussage von Herrn Landesrat Paierl!“) Herr Ing. Peinhaupt, ich habe von Ihnen kein Konzept gesehen, und darüber hinaus hat der Wirtschaftslandesrat anlässlich der Budgetdebatte alle Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages eingeladen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gebt's uns das Ressort! Gebt's uns das Ressort!“), zu diesem Konzept Stellung zu nehmen. Und bis dato ist gerade von der freiheitlichen Fraktion beim Wirtschaftslandesrat zu diesem Konzept keine Idee, keine Kritik, kein Vorschlag eingegangen, bis das heute hier zynisch dargestellt worden ist. Es fällt mir schwer, aber doch eines, ich muß, damit ich mich auf das Niveau des Herrn Ing. Peinhaupt begeben, auch etwas absenken, einen Unterschied, Herr Ing. Peinhaupt, zwischen

Ihnen und dem Herrn Landesrat Paierl gibt es. Er ist und bleibt Landesrat, und Sie wären es gern. Das ist einmal fürs erste der Unterschied. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Er wird's auch noch. Haben Sie den letzten 13. Oktober nicht registriert? Er wird es schon noch!“) Kann durchaus sein. Kann sein.

Frau Mag. Bleckmann, auch zu Ihnen, zur internen Geschäftsverteilung. Das haben Sie kritisiert. Hier ist der Zustand in Österreich so, daß man die Geschäftsverteilung von Bund, Land und Gemeinden von oben herunter und von unten hinauf durchaus anzweifeln kann. Hier gibt es durchaus Dinge zu verbessern. Nur, bitte, eines möchte ich schon sagen, man möge nicht von einem Mitglied der Landesregierung, ich bin konkret jetzt, vom Wirtschaftslandesrat Paierl, allein Erwartungshaltungen sozusagen in den Raum stellen. Das ist immer eine gesamte Angelegenheit der Landesregierung und nicht einer allein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dann soll er ein Wirtschaftskonzept machen. Das ist ihm nicht zumutbar, oder wie?“) Herr Landesrat, dann könnte man sagen, dann hätte der Herr Dipl.-Ing. Schmid das auch schon alles allein verändern können. Einer allein kann das nicht, es müssen immer alle gemeinsam sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Der Paierl soll ein Wirtschaftskonzept machen. Das ist schlüssig!“) Ich bin neugierig, Frau Mag. Bleckmann, Sie haben ja jetzt die Idee der Auflösung der Landesbaudirektion in den Raum gestellt, ob das dann auch Zerschlagung heißen wird, wie Sie das benennen werden.

Und zu den zwei Geschäftsführern möchte ich in Erinnerung rufen, bei der Wirtschaftsförderungs-gesellschaft, daß dort Ihr Herr Dr. Krünes sozusagen im Aufsichtsrat sehr wohl vertreten ist, und er kann da ja durchaus in dieser Angelegenheit tätig werden.

Frau Mag. Bleckmann, auch noch persönlich zu Ihnen, und dann komme ich auf die sachliche Ebene zurück: Wenn Sie dem Wirtschaftslandesrat Paierl alle möglichen Führungsschwächen vorwerfen, dann würde ich das nur von einer Person – das ist das Problem von Paierl –, aber ich würde das nur von jemandem hinnehmen, der in seinem Privatberuf bereits Führungserfolge aufzuweisen hat. Und das müssen Sie, was er an Führungskompetenz, zumindest bei der STEWEAG, schon bewiesen hat und auch im Wirtschaftsressort, möchte ich Ihnen vorschlagen, bevor Sie ihn so anschütten, erst selbst einmal in der Weise unter Beweis stellen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Hartinger: „Sie hat das studiert!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Heißt das, daß ein junger Mensch den Mund halten soll?“) Das heißt es überhaupt nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Herr Magister, heißt das, daß ein junger Mensch nach dem Studium den Mund halten soll? Das sehe ich nicht ein, das sehe ich wirklich nicht ein!“) Bevor man andere kritisiert und hier im Hohen Haus anschüttet, sollte man selber bessere Ideen und bessere Konzepte vorweisen. Das ist mein Verständnis. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist Ihr Verständnis. Geben Sie kein Urteil über eine Eierspeis ab, nur weil Sie noch kein Ei gelegt haben, oder wie ist das?“)

Und nun zur Sache: Ich möchte mich doch auch in aller Kürze auf die Sache beschränken. Ich komme zurück zur zitierten Zerschlagung. Worum geht es in Wirklichkeit? Es geht um die Umsetzung von Be-

schließen, die in der Chronologie so ausschauen, daß im Jahre 1990 begonnen wurde, daß es im Jahre 1990 einen Regierungsbeschuß für das Grobkonzept gegeben hat, daß im Jahre 1991 die Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet wurde (Abg. Ing. Peinhaupt: „Bitte, ich darf Sie korrigieren, im Jahr 1990 hat es drei Regierungsbeschlüsse gegeben!“), ja, oder drei, ist ja völlig egal (Abg. Ing. Peinhaupt: „Um bei der Sachlichkeit zu bleiben!“), und daß im August 1995 dieses Konzept der steirischen Wirtschaftsförderung vom Wirtschaftsforschungsinstitut evaluiert wurde, vom WIFO evaluiert wurde, und da ist zu lesen: „Die Privatisierung wird als durchaus erfolgreicher Ansatz einer Ausgliederung betrachtet. Die Möglichkeiten, die eine Privatisierung bieten, sind noch nicht voll ausgeschöpft.“ Das ist eine Stellungnahme vom WIFO. Das kann nach meinem Verständnis keine Zerschlagung sein. (Abg. Mag. Hartinger: „Herr Mag. Hochegger, eine Ausgliederung ist keine Privatisierung!“)

Ich habe das nur vom WIFO zitiert, und das steht so drinnen.

Jetzt vielleicht noch, worum geht es wirklich? Es geht hier – und um das geht es, Sie können da Wortspielereien betreiben –, es geht in Wirklichkeit – (Abg. Mag. Hartinger: „Ausgliederung und Privatisierung ist ein Unterschied, es ist keine Wortspielerei!“) Ja, ist ein Unterschied.

Es geht um eine Umschichtung. Es geht hier um eine Aufgabenänderung und um neue Prioritäten in der ganzen Angelegenheit.

Und es geht auch darum, soweit ich informiert bin, daß von der Beamtenschaft, die hier voll zu berücksichtigen ist, niemand einen Arbeitsplatz verliert, im Gegensatz zu dem, was sich in der Wirtschaft abspielt. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Sogar der Arbeitgeber bleibt sinngemäß der gleiche. Es gibt keine Einkommenskürzung und gar nichts. Und ich denke, was in der Wirtschaft Tag für Tag vonstatten geht, daß dies durchaus auch im Landesbereich zuzumuten ist. Ich bin auch der Meinung, daß hier für die Zukunft der Beamtenschaft ordentlich Vorsorge zu treffen ist, und das wird auch noch passieren. Jede Veränderung führt zu Beruhigungen und zu Aufregungen, und das ist auch hier ganz einfach der Fall.

Wenn man Mitarbeiterorientierung lebt, und ich sage Ihnen das, auch ich als Geschäftsführer des WIFO Steiermark habe eine Menge von Mitarbeitern zu führen, darf man bei aller Mitarbeiterorientierung, die heute unerlässlich ist, die Ergebnisorientierung nicht aus den Augen verlieren.

Das ist für mich der eigentliche Punkt der ganzen Diskussion.

Es wird überhaupt nicht von den Ergebnissen gesprochen. Die Ergebnisse und die Aktivitäten sind das Entscheidende, was die Wirtschaftspolitik des Landes hier braucht, und nicht die landesinterne Selbstbeschäftigung.

Wenn ich die Ergebnisse und die Aktivitäten des Wirtschaftsressorts anführen darf, kann ich mich kurzfassen, aber möchte trotzdem auf wesentliche Punkte (Heiterkeit bei der FPÖ.) eingehen. Ich fasse mich kurz und darf anführen:

Erstens: Wir haben vor kurzem oder überhaupt in der letzten Landtagssitzung hier die Steirische Bauinitiative beschlossen. Das war ein wesentlicher Anteil, der hier auf den Wirtschaftslandesrat, auf das Wirtschaftsressort zurückzuführen ist.

Zweitens: Ich wiederhole mich, auch die Aktion „Werde Unternehmer!“ hat in der Steiermark in kurzer Zeit zu 60 Neugründungen im Hochtechnologiebereich geführt.

Die Aktivitäten rund um den Kfz-Verbund, die Automobilhauptstadt Graz sind hier österreichweit ein beachteter Vorgang.

Weiters wurde vom Wirtschaftsressort das Thema Telekommunikation positioniert und auf die politische Tagesordnung gebracht.

Fünftens: Es gibt die Aktion der Gründerschecks, der Bildungsschecks für Lehrlinge. Weit über 1000 Steirerinnen und Steirer haben das in Anspruch genommen.

Es gibt die Aktion „Plus ein Lehrplatz“. Wer hat sich hier speziell sonst noch um diese Problematik gekümmert? (Abg. Ing. Peinhaupt: „Herr Mag. Hochegger, wann ist die Aktion eingesetzt worden und wann ausgeführt?“) Und an dieser Aktion „Plus ein Lehrplatz“ haben sich bis dato über 1000 steirische Ausbildungsbetriebe beteiligt.

Ich darf darauf verweisen, daß auch vom Wirtschaftslandesrat das Thema „Fachhochschulstudium Automatisierungstechnik“ in der Regierungssitzung am 16. September angekickt wurde. Heute läuft das Projekt. Auch hier hat sich der Wirtschaftslandesrat eingemischt, und es wurde zu einem Erfolg. (Abg. Mag. Bleckmann: „Da ist der Landeshauptmannstellvertreter zuständig!“)

Frau Mag. Bleckmann, für mich ist in der Landesregierung jeder für steirische Anliegen zuständig. Alles, was für die Steiermark gut ist, ist im Verantwortungsbereich eines Regierungsmitgliedes.

Weiters darf ich zitieren – wir haben heute Dienstag –, gestern hat die steirische Landesregierung für die VOEST-Alpine-Betriebe im Mur- und Mürztal eine Forschungs- und Entwicklungsförderung im Ausmaß von 21 Millionen Schilling beschlossen.

In der gestrigen Regierungssitzung wurde die Weichenstellung für eine steirische Risikokapitalgesellschaft vorgenommen.

Und auch gestern, und hier geht es um den Arbeitsplatz Landwirtschaft und Arbeitsplatz Wirtschaft, wurde beispielsweise in der Steiermärkischen Landesregierung für die Firma Steirer-Obst ein Förderungsbeitrag von 27 Millionen Schilling beschlossen. Es gebe noch sehr, sehr viel hier aufzuzählen, aber ich möchte die Zeit nicht zu sehr strapazieren.

Ich komme zurück auf eine Analyse, was das Investitionsklima in Österreich anbelangt. Hier ist die Situation so, daß derzeit in der Steiermark das Investitionsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 49 Prozent zugenommen hat, und der Österreichschnitt beträgt 26 Prozent.

Ich zitiere hier auch noch einmal Medienberichte, wobei hier folgendes zur Wirtschaftspolitik des Landes zum Ausdruck gebracht wurde. Ende August, „Kleine Zeitung“ „Strukturpolitik Steiermark hat die Wende

geschafft“, „Arbeitsmarkt hat sich hierzulande deutlich besser als in anderen Bundesländern entwickelt“, „Technologiewandel scheint gelungen“, eine WIFO-Stellungnahme. Und ich glaube, man kann das nicht einfach alles so wegdiskutieren, daß hier überhaupt nichts passiert.

Wir müssen uns in der Steiermark eigentlich entscheiden, was wir eigentlich wollen. Und ich darf auch hier zitieren. Da wird dem Landesrat vorgeworfen, auch die freiheitliche Fraktion bezieht sich ja auf Pressemeldungen, das darf ich hiemit auch tun. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie könnten tun, was Sie wollen!“)

Ich darf hier die „Kronenzeitung“ vom 8. September 1996 zitieren: „Paiertl wird von den Kontrahenten als Ankündigungspolitiker geschmäht, der nichts weiterbringe, etwa mit der Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung“. Also wollen wir eigentlich? Auf der einen Seite die Kritik, wenn es nicht passiert, jetzt passiert es, und es paßt wiederum nicht.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, sollten wir wirklich die Dinge auch so sehen, wie sie eigentlich zu sehen sind. Im Interesse der steirischen Wirtschaft ist das primär von Relevanz, was hier an Wirtschaftsförderungsaktivitäten sozusagen passiert, und nicht die interne Selbstbeschäftigung, ob das eine Referat da oder dort zugeordnet wird und die Geschäftseinteilungswesen und die Geschäftsordnungskapriolen, die wir hier dauernd führen. Entscheidend ist auch, was die Wirtschaftsförderung angeht, welches Budget zur Verfügung steht. Das sind die relevanten Dinge und nicht die interne Selbstbeschäftigung. In diesem Sinne herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP. – 18.15 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wabl (18.15 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erstens verspreche ich, daß ich die 20 Minuten nicht ausschöpfen werde, weil mein Kollege Hochegger, der hat ja zitiert, ich zitiere nichts, daher brauche ich nicht so lange zu suchen, und daher werde ich auch kürzer sein. Aber offensichtlich hast du nicht so viele Zeitungsartikel, die Positives bekundet haben, gefunden, denn sonst hättest du nicht so lange bei deinen Unterlagen suchen müssen. (Abg. Ing. Mag. Hochegger: „Ich habe nicht lange gesucht!“) Oder man sollte sie gleich griffbereit haben, dann kann man die Redezeit optimal ausnützen. Also ich werde nicht zitieren, ich werde aus meinem Gedächtnis reden. (Abg. Dr. Karisch: „Kommen Sie zur Sache!“) Ich komme gleich zur Sache. Frau Kollegin Karisch, ein humorvolles Wort zur Einbegleitung wird wohl noch erlaubt sein, oder?

Ich möchte gleich am Anfang den Kollegen Hochegger zitieren, indem ich sage, das Entscheidende ist der Erfolg, ob wir in der Steiermark eine positive Wirtschaftsförderung betreiben oder nicht, und alle anderen Fragen treten in den Hintergrund, da gebe ich dir völlig recht. Ich bin auch schon lange in diesem Landtag, und hintennach ist man in vielen Fragen gescheitert, und eine Wirtschaftsförderung, die optimal erfolgreich ist, kann es nicht geben, weil es eine

Gratwanderung ist zwischen einer Förderung, zwischen einer Hilfestellung, wo man letztlich dann doch Erfolg hat oder dann der Mißerfolg eintritt.

Aber ich möchte jetzt auch gleich zur Sache kommen, nachdem du auch gleich zur Sache gekommen bist, nachdem du einige Argumente gebracht hast. Ich persönlich – und das sage ich gleich in aller Deutlichkeit heraus –, Herr Landesrat Paiertl, ich bin überzeugt davon, daß du Wirtschaftsförderung nach bestem Wissen und Gewissen betreibst. Ich habe das Gefühl, daß am Anfang und auch jetzt noch, die Bereitschaft, etwas in Schwung zu bringen, gerade, was Lehrlingsausbildung angeht, was Wirtschaftsförderung angeht, was Forschungsförderung angeht, daß du es gut meinst und daß du auch die nötigen Voraussetzungen hast. Weil ich bin der Meinung, Wirtschaftslandesrat muß jemand sein, der gewisse Kenntnisse und Fähigkeiten hat. Bei der STEWEAG – ich war nicht mit allem einverstanden dort, dein Vernachlässigen der alternativen Energien war mir etwas zu offensichtlich, aber insgesamt muß ich sagen, daß dort einiges in Bewegung gekommen ist, und mir hat es nur leid getan, daß einer deiner Nachfolger dort dieses Erbe relativ bald begraben wird.

Aber ich glaube, und da bin ich ganz anderer Meinung als du, daß diese Art von Ausgliederungen letzten Endes am Thema und am Kernproblem vorbeigehen, weil letztlich kann auch Wirtschaftsförderung im Rahmen der Landesverwaltung erfolgreich sein. Das stimmt nicht, daß die Strukturen so geschaffen sind, daß man unbedingt eine Wirtschaftsförderungseinrichtung oder eine Gesellschaft braucht, die dynamischer ist. Wenn die Spitze, in dem Fall der Landesrat, entsprechend dynamisch ist und entsprechende Strukturen mitschafft, alles kann er nicht alleine gestalten, dann wird das auch möglich sein. Und ich behaupte immer eines, und da stimme ich zum Teil mit den Anfragern überein, daß sehr oft, und da gehört die Holding dazu, da gehört auch die KAGES in manchen Bereichen dazu, die Ausgliederung nur jenen nützt, die dort beschäftigt sind oder die ausgegliedert worden sind. Und ich sage immer, daß die gleiche Arbeit, die vorher im Landesdienst gemacht worden ist, dann von der doppelten Anzahl von Menschen mit dem vierfachen Gehalt gemacht wird. Das ist sehr oft der Fall. Und ich sage auch, warum ich zu dieser Erkenntnis gekommen bin. Ich will nicht die Arbeit der KAGES in Frage stellen, da haben wir dann auch noch Zeit. Aber ich erinnere mich daran – ich habe damals dagegengestimmt –, ich war einer von denen, die damals schon dabei waren bei der Ausgliederung der KAGES. (Abg. Schinnerl: „Aber bei der SPÖ!“) Bei der SPÖ damals, ja. Und ich habe gesagt, für mich ist diese Krankenanstaltenpolitik in der Steiermark auch einigermaßen erfolgreich gewesen, und ich glaube nicht, daß die Vorgaben, die man der KAGES macht, daß die so erfolgreich sein werden, Einsparungsziele und so weiter. Und was war dort? Es gab einen Beschluß des Landtages oder auch der Landesregierung, daß dort ein Maximum von Personen sein darf – ich glaube, man hat damals gesagt, 70 Personen in der KAGES müssen die Arbeit verrichten –, heute haben wir, glaube ich, 180 oder 190, und damals haben wir einen

Hofrat gehabt in der Landesverwaltung, und der war im normalen Schema beschäftigt. Heute, von der Bezahlung her – und ich freue mich für Sie, Frau Kollegin Hartinger, wenn Sie auch Hofrätin sind nach der Bezahlung, ich weiß es nicht –, aber heute bin ich überzeugt davon, daß zahlreiche Hofräte dort beschäftigt sind, die ein entsprechendes Gehalt kriegen.

Und da bin ich schon bei der Landesholding, die auch die Wirtschaftskörper unter sich vereinigt. Dort hat man auch ausgegliedert. Der Feldbaumer war der zweite, und dort ist gesagt worden und jetzt im Zuge der neuen steirischen Harmonie zwischen Landeshauptfrau und zwischen Landeshauptfraustellvertreter hat natürlich unbedingt der zweite, der Sozialist – und das hat mich gewundert, daß ich da keinen Aufschrei höre von Vertretern, die hier im Landtag sind, die sagen, es gibt soundso viele Notstandsbezieher, soundso viele Arbeitslose. Es gibt soundso viele Menschen, die ein bescheidenes Gehalt haben und nicht wissen, wie sie mit dem auskommen. Da hat man mit einem großzügigen Umgang mit Steuergeldern einfach um 20.000 Schilling erhöht. 20.000 Schilling mit einem Federstrich! Er macht ja keine andere Arbeit jetzt, aber jetzt haben wir die neue steirische Harmonie und die steirische Gemeinschaftlichkeit, daher muß der Feldbaumer, gegen den ich persönlich nichts habe, um 20.000 Schilling mehr haben. Oder, Kollege Paieryl – ist er fort, nein er sucht auch Aktenunterlagen. Es freut mich, daß ihn meine Wortmeldung dazu veranlaßt, daß er Aktenunterlagen suchen geht. Das zeigt ja, daß meine Wortmeldung sehr fundiert sein muß. (Heiterkeit bei Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl.) Kollege Paieryl, du warst damals, ich weiß nicht, ob als Ohrwurm des damaligen Landeshauptmannes oder als Diener, Kabinettchef.

Ich erinnere nur an die Geschichte, und das paßt eh gut dazu, der ersten versuchten Ausgliederung der Wirtschaftsförderung. Das war ja eine unendliche klägliche Geschichte, muß man sagen. Da ist damals diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet worden mit zwei Geschäftsführern – nach dem Vieraugenprinzip. Damals war die Harmonie bei euch zwar nicht so groß, aber die Harmonie, zwei Geschäftsführer zu bestellen, rot und schwarz, zu den gleich hohen Geldern, die war immer schon sehr groß. (Abg. Schinnerl: „Die war immer schon sehr groß!“)

Die war immer schon sehr groß, aber die ist jetzt noch im verstärkten Ausmaß vorhanden, was ja bei der Ferngas der nächste Schritt sein wird. Dort ist man ja schon in den Startlöchern, um rot und schwarz zu installieren mit entsprechenden Gehältern. Und zwei andere oder einen anderen zumindest wird man in Pension schicken mit 200.000 Schilling im Monat. Aber das stört ja die Vertreter der Arbeitnehmerklasse nicht und vor allem auch nicht der benachteiligten.

Und beim Feil war es damals so: Der Feil ist kurz vorher – das wirst du noch wissen – mit Bomben und Granaten, mit viel Trara zum Leiter der Wirtschaftsförderungsabteilung bestellt worden, weil man gesagt hat, er hat so viele Kenntnisse erworben, daß er dort tätig sein muß. Inzwischen hat man auch erfahren, daß er alle seine Zulagen mitnehmen hat müssen, und er war, glaube ich, ich weiß nicht, ob er es jetzt noch ist, der bestbezahlte Hofrat im Landesdienst. (Abg.

Riebenbauer: „Meinst du den Flecker?“) Der Flecker, ich weiß nicht, wieviel der hat, er ist jetzt bescheidener worden.

Böse Zungen oder gute Zungen, je nachdem, wie man es mit ihm meint, behaupten, er hat 140.000 brutto. Ich bin überzeugt davon, daß sehr viele Landesbedienstete auch sehr fleißig arbeiten und sich sehr glücklich schätzen würden, wenn sie dieses Gehalt hätten. Dann ist man draufgekommen, was macht eigentlich der Feil jetzt? Die tatsächliche Wirtschaftsförderung ist damals ausgegliedert worden, aber der Feil hat weiterhin Kompetenzen gehabt, wobei man sich bewußt war, daß das hier nicht mehr ganz zusammenpaßt. Und eigentlich hat man seit damals ein schlechtes Gewissen, weil der Hofrat Feil, man hat ja damals nicht gewußt, daß er dementsprechende kulturelle Ambitionen oder Kenntnisse oder Fähigkeiten von internationalem Rang hat, hat seit Jahren in der Wirtschaftsabteilung dahingewerkt, wenig gearbeitet, aber viel bezahlt bekommen. (Abg. Schinnerl: „Ist auch eine Kunst!“)

Das war eine Kunst, so lange an der Spitze zu bleiben, deshalb wird er auch Chef der Kulturabteilung. Schade, daß der Herr Landeshauptfraustellvertreter nicht da ist, weil ich hätte ihn gefragt. Der Kollege Steps ist nämlich früher dort gesessen, auch ein Landesbediensteter, der hat, dieser Trottel, kann man sagen, dieser Wappler, wie er sich selber bezeichnet. (Heiterkeit bei der FPÖ.)

Ja, wirklich, er sagt das selber, er war ein Tepp, daß er dort hingegangen ist, im Vertrauen auf die Landesverwaltung, auf die Glaubwürdigkeit dieser Institution, sich einem Hearing unterzogen, mit acht weiteren steirischen Beamten, die geglaubt haben, daß sie von Kultur etwas verstehen. Dann haben alle einigermaßen bestanden. Der Hofrat Breisach – ein guter Freund des Vujica – hat dann gesagt, weil der Vujica im letzten Augenblick gekommen ist, die sind alle ungeeignet. Dann ist der Vujica bestellt worden, und die weitere Folge kennt man ja. Mir hat einer gesagt, ich weiß nicht, wer damals geredet hat, da war auch irgendeine dringliche Anfrage, da hat es geheißten, werdet sehen, der Vujica nimmt das nie, der ist ja nicht teppert, daß er in Wien vom „Standard“ weggeht, denn wenn er selbst weggeht, verliert er seine Abfertigung von ein paar Millionen. So einen Vogel hat der nie. Und ich habe schon damals gehört, daß der Vujica gesagt hat, da habe ich mir schön etwas eingebrockt, ich Tepp gehe in die Steiermark als Kulturhofrat. Das war aber kurz nachdem er ernannt worden ist von den Mächtigen dieses Landes. Da hat es geheißten, jetzt geht es in der Steiermark mit Vujica im Kulturbereich aufwärts. Da hat zu mir schon jemand gesagt, daß er schon selber sagt, na, da habe ich mir schön etwas einfallen lassen. Und wenige Wochen darauf ist er ja dann zurückgetreten.

Jetzt kommt der Hofrat Feil. Ich muß ehrlich sagen, was mich deprimiert, ist – es ist fast zum Lachen, aber es ist auch zum Weinen –, daß neun hochkarätige Beamte der steirischen Landesverwaltung zu einem Hearing gejagt werden, die bereiten sich vor. Bei der STEWEAG hat man nämlich kein Hearing gemacht, weil der damalige Hofrat Kois hat nämlich geglaubt, es kommt ein Hearing, und hat daher einen Bilanzbuchhaltungskurs bei der WIFI gemacht, damit er

wenigstens ein paar Ziffern lesen kann, aber dann hat man das Hearing wieder abgesetzt. Daher ist er dann Generaldirektor der STEWEAG geworden mit den entsprechenden Erfolgsaussichten, die wir uns in ein, zwei Jahren ja vorstellen können.

Und der Hofrat Feil ist nun, ich weiß nicht, ob das bei euch auch nicht merkwürdig auffällt, zum Kulturhofrat bestellt worden, nachdem er zehn Jahre lang in dieser verunglückten Landesverwaltung gewerkt hat.

Ich komme zum Schluß und möchte eines sagen. Ich persönlich werde die Entwicklung genau beobachten, falls ich dazu ausreichend Gelegenheit habe.

Eines möchte ich auch noch sagen, Frau Kollegin Bleckmann, ich gebe Ihnen da völlig recht. Ich finde es wieder einmal ungeheuerlich, daß heute diese Ausgliederung passiert, ein Gesetz eigentlich auch novelliert werden müßte.

Ihr habt's schon so oft in letzter Minute eine Regierungsvorlage hergeknallt auf den Tisch, und wir – wir eh nicht –, aber die zwei Regierungsfractionen haben das dann vollzogen. Ich sage immer, wir sind manchmal eine der höchstbezahlten Legalisierungseinrichtungen. Ein Notar wäre manchmal billiger. Der hat zwar hohe Honorarkosten, aber er ist zumindest als Einzelperson eher bezahlbar.

Ich hätte mir auch gedacht, Kollege Paieryl, entschuldige, daß ich Kollege sage, aber das bin ich schon so gewöhnt, daß man die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen, wenn man schon ausgliedert, und das ist ja schon in der Regierung passiert, trifft. Wenn nicht eine Anfrage gemacht worden wäre, wäre der Landtag gar nicht damit befaßt worden, weil Wirtschaftsförderung, das ist ja nicht etwas, was uns angeht oder interessiert, das interessiert ja nur die zwei mächtigen Parteien in der Regierung, aber zufällig interessiert es uns jetzt, weil wir diese Anfrage diskutieren, aber wir nehmen das eh zur Kenntnis. Das gleiche ist bei der Energieholding. Das passiert ja immer wieder. Ich hätte mir gewünscht, vielleicht kommt es bei der nächsten Sitzung, daß man zumindest dieses Gesetz repariert.

Insgesamt, und ich glaube, ich habe in manchen Dingen schon recht gehabt. Ich habe da hier oft Wortmeldungen gehabt, die sich dann bewahrheitet haben. Ich hätte einmal bei der Atomkraft gleich dafür stimmen sollen, daß aufgesperrt wird. Ein paar Monate später war dann Tschernobyl. Es hat auch andere Dinge gegeben. Aber ich bin überzeugt davon, Herr Landesrat Paieryl, daß du, und das sage ich jetzt ohne alle Umschweife, sicherlich ein Wirtschaftslandesrat bist, wo das nicht stimmt, daß nur angekündigt wird. Ich glaube, daß du etwas davon verstehst.

Ich glaube, daß du mit dieser Ausgliederung, abgesehen von den personellen Schwierigkeiten und von anderen, die sich noch ergeben, von den menschlichen Problemen, daß die Leute nicht wissen, was sie arbeiten werden, von der Nutzlosigkeit, mit der sie dann sich konfrontiert sehen, wenn sie dort sitzen und nichts Gescheites zu tun haben, die Struktur halte ich für ungeeignet.

Trotzdem hoffe und wünsche ich uns, daß die Wirtschaftsförderung in der Steiermark erfolgreich sein wird, weil ohne gesunde Wirtschaft hat die Steiermark

keine Chance, die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 18.30 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

**Abg. Purr (18.30 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Nach diesen Ausführungen des Vorredners im Plauderton fällt es eigentlich schwer, zur Ernsthaftigkeit wieder zurückzukehren. (Abg. Dr. Wabl: „Ernst genug, aber das verstehst du wahrscheinlich nicht!“)

Ich darf sagen, was hier zu Beginn dieser Debatte gesprochen wurde, vom Abgeordneten Peinhaupt über Selbstdarstellung, Herumschlagen eines Ertrinkenden, blindes Herumschlagen, Herr Kollege Peinhaupt, das kannst du, wenn du willst, auf dich beziehen. Eines steht fest, ich verbitte mir namens meiner Fraktion den Stil und den Ton, der an Gehässigkeit grenzend hier zur Schau getragen wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

Was die Privilegienwirtschaft, von dir angezogen, betrifft, lieber Herr Kollege, würde ich es den Journalisten überlassen, wann sie im Privilegienstadl ganz bestimmter Gruppierungen mit ihren Aufdeckungen beginnen. Ich als Abgeordneter dieses Hauses werde mich damit nicht beschäftigen.

Was unser Landesrat Paieryl vorhat, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Sichbekennen zur steirischen Wirtschaft, und er hat sich eine große organisatorische Aufgabe gestellt in einem völlig veränderten wirtschaftlichen Umfeld. Und laut Aufzählung der Daten und auch der Fakten ist es wirklich kein Zufall, daß es zu einer Neustrukturierung auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung kommt. Die dienstrechtlichen Fragen wurden abgeklärt, und wenn Paieryl sagt, daß er mit der Arbeit zurecht kommen wird, dann sollten wir es einmal erwarten können, daß auch die Akten, die sich derzeit, laut Aussage hier, 3000 an der Zahl, dort bearbeitet werden.

Wenn der Regierungskollege von Landesrat Paieryl hier plötzlich über verschiedene Beschlüsse nichts mehr weiß und so tut, als hätte sich das alles so zufällig ergeben und überraschend, so wundert mich das wirklich sehr. Ich könnte ihm gerne die Frage stellen, wie schaut es eigentlich bei der Kosten-Nutzen-Rechnung in seinem Ressort aus, wie schaut es im Hochbau aus. Die Antwort könnten Sie mir wahrscheinlich nicht sofort geben. Vielleicht sollte man im eigenen Hause einmal Ordnung machen, bevor man sich zur Türe des anderen begibt, die erst geöffnet werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung ist mehr als notwendig. Die Wirtschaftsförderung soll kompetent und effizient ein Partner der Kunden sein, die Doppelgeleisigkeiten müssen endlich ein Ende nehmen, die Fachabteilung des Landes einerseits und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft andererseits haben in der Vergangenheit eine Zweigeleisigkeit gehabt, die auf die Dauer nicht in dieser Form erhalten werden konnte. Es wird in Zukunft eine einzige Anlaufstelle geben, in einem einzigen Haus und nicht fünf verschiedene Standorte. Und wenn Paieryl in

seiner Antwort sagt, es geht ihm auch um das Tempo der Erledigung, so ist das auch im Interesse der heimischen Wirtschaft. Die Zusage der Wirtschaftskammer, daß sie für Gewerbeangelegenheiten plötzlich nur mehr zwei Wochen in Anspruch nimmt, zum Unterschied von vorhin sechs, dann ist es ein guter Wille, aber ich glaube, hier müssen alle zusammenarbeiten, die Verantwortung in diesem Land für die Wirtschaft tragen. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft selbst wird weiterhin alle monetären Förderungen innehaben. Fortschritte für unser Land, für unsere Wirtschaft können wir dann erreichen, wenn Politik, Verwaltung, Unternehmer und Mitarbeiter alle an einem Strang ziehen. Ich schließe damit, wie Paiarl es sagt, das Unternehmen Steiermark, vor allem aber die Wirtschaftsförderung müssen jene Flexibilität und Effizienz erreichen, welche unsere Unternehmer selbst schon längst haben. (Beifall bei der ÖVP. – 18.35 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als letzter zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Paiarl. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (18.35 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ganz kurz noch. Ich wiederhole nichts von dem, was ich in meiner Anfragebeantwortung gesagt habe, aber zu Magda Bleckmann doch ein paar Dinge, weil sie, wie man schön sagt, draufgeblieben ist. Und weil auch Martin Wabl das angesprochen hat, offensichtlich überzeugt, daß es so wäre, daß man nicht wüßte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Ressort, was und wo sie zu arbeiten haben. Das stimmt nicht. Und ich werde Ihnen auch beweisen und exakt nachweisen können, bei welchen Gelegenheiten es möglich war, wenn hinter meinem Rücken noch etwas anderes behauptet wird, ich bitte Sie, diese Erfahrungen macht man da oder dort im Leben immer, daß nicht ehrlich gearbeitet und ehrlich geredet wird. Ich kann Ihnen die Listen geben, und es hat sie auch der Personalreferent, denn er ist Dienstbehörde, die Rechtsabteilung 1. Jede und jeder weiß, wo sein Platz ist. Ich habe sozusagen eine Beschäftigungsgarantie in meinem Ressort gegeben, damit keine Verunsicherung da besteht, aber gleichzeitig freigestellt, daß, wenn es Arbeit, sinnvollere Beschäftigung anderswo gibt und ein Dienstposten frei ist, natürlich auch dort besetzt werden kann, im Sinne eines gesamtunternehmerischen Fortganges.

Und eines bitte auch hier ganz deutlich gesagt. Eine Chronologie, die, wie gesagt, alle Regierungsmitglieder seit Wochen haben, zeigt Ihnen, daß beginnend mit August 1995 die Evaluierung der steirischen Wirtschaftsförderung einer sehr langwierigen WIFO-Studie (Wirtschaftsforschungsinstitut) ganz zentral die Aussage enthalten hat, daß diese Teilprivatisierung aus dem Jahre 1990/91 durchaus erfolgreiche Ansätze hat, aber natürlich das zu vollenden ist. Das wäre Auftrag genug, nach den Wahlen, sozusagen, wenn man wieder Kraft und Energie und Konzentration hat, dies anzugehen. Ich habe am 16./17. Februar eine Gesamtressortklausur gehabt, so wie man es macht, Frau Kollegin Hartinger,

Kollege Schreiner, ich habe Sie angesprochen – ich spreche Sie bewußt als Kollegen an, weil ich weiß, insbesondere vom Letztgenannten, aus meiner beruflichen Erfahrung, daß er ein erfolgreicher Manager ist. Wie geht es denn? Nur so, indem man mitarbeiterorientiert agiert, indem man sich selbst dem stellt. Ich nenne jetzt keine Namen, aber da würde ich wirklich alle Führungskräfte dieses Landes einladen dazu, diesen Prozeß einer Organisation zur Personalentwicklung vom 17. Februar an durchzumachen. Ich kann Ihnen hier Daten nennen, wie den 22., 23., 26. April, den 9., den 15., den 28., den 30. Mai, wo es immer Klausuren gegeben hat, wo es mehrstündige Klausuren gegeben hat zum Großteil mit meiner persönlichen Anwesenheit, bis wir den Beschluß am 10. Juni gefaßt haben, der heute in einer sehr – ich habe nicht gedacht, daß Polemik so viel Phantasie auch innehaben kann, daß man das so verdreht, ein einstimmiger Beschluß der Landesregierung, die Neuordnung und Strukturvereinfachung der steirischen Wirtschaft ab 1. Juli einzuleiten. Und dann haben wir auch offiziell die Personalvertreter miteingebunden. Ich habe mehrmals, sowohl vom Dienststellenpersonalvertreter, Herrn Gangl, als auch von Herrn Dr. Königswieser für die Landespersonalvertretung, hier auch im Rittersaal das persönlich ausgesprochene Lob gehört, ja wenn es überall so ginge. Hier nenne ich keine Namen, Magda. Ich nenne keine Namen, weil ich niemanden anschwärze. Es muß jeder in seinem eigenen Haus mit seinen Hausaufgaben fertig werden. Aber das lasse ich nicht im Raum stehen, daß ich mich diesbezüglich, was die Mitarbeiterorientiertheit, dieses Prozeßhafte anlangt, nicht mit voller Energie und mit ganzem Geschäft, ich bin nirgendwo herumgefahren in dieser Zeit, ich habe mich dem 100prozentig gewidmet. So wie jetzt auch, und ich darf da etwas ankündigen, und da komme ich dann zum Martin.

Es ist ja auch im Berufsschulbereich riesiger Reformbedarf, und dort, Martin, hast du vollkommen recht. Ich muß nicht ausgliedern. Nur, ich habe hier einen Bestand, ich habe Partner dabei. Ich habe die Wirtschaftskammer, ich habe die gesamte steirische Bankenwelt dabei als Mitgesellschafter in den Tochtergesellschaften der SFG, da kann ich nicht so einfach zurückeingliedern. Selbstverständlich war das auch eine theoretische Variante ganz am Anfang, aber nur eine theoretische, weil die Rückeingliederung geht in dem Fall nicht. Also, da bitte ich wirklich jenes Informationsangebot, das von meiner Seite immer da war, anzunehmen! Ich danke, daß ein Klub mich heute eingeladen hat, in seinem eigenen Bereich, Parteivorstand, mir ist völlig Wurscht, wer das ist, dort völlig ungeschützt von meiner Seite zu informieren. Herr Dr. Sik ist der Zeuge, bei mir gibt es diese Schwarz-Rot-Politik in der Führungstätigkeit, meiner Ressortführungstätigkeit, nicht. Er sitzt seit dem ersten Tag mit bei mir am Besprechungstisch. Jede Woche ein Jour-fixe und immer, wann wir es brauchen.

Ich hoffe, daß diese Kultur, diese Miteinander-Kultur kann man es auch nennen, diese landesorientierte Kultur auch in anderen Ressorts Platz greift. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Bleckmann: „Warum konnte kein Einvernehmen erzielt werden?“) Magda, ist alles in Ordnung, nur da bist du ungerecht. Und ich

habe gesagt, ich tue mir sonst in meinen Emotionen relativ viel Geißel an. (Abg. Mag. Bleckmann: „Es wurde kein Einvernehmen erzielt, und darum geht es ja auch!“)

Schau, das habe ich ja vorgetragen, du kannst kein – (Abg. Mag. Bleckmann: „Man konnte kein Einvernehmen erzielen! Ja, wenn man nicht will, kann man nicht!“)

Da verstehe ich auch die Mitarbeiter sehr. Ich habe mich dem stundenlang in der Fachabteilung selbst, in der Salzamtsgasse beziehungsweise im Palais Trauttmansdorff als auch bei mir im Büro gewidmet, daß ich sage, ich muß natürlich zuerst einmal wissen, wie schaut denn die Struktur aus. Die haben sie mir vorgelegt, und dann kommt es ja Zug um Zug. Es ist ja nicht von heute auf morgen möglich, weil es ein Prozeß ist. Wir werden ihn hoffentlich, wenn wir nicht weiter behindert werden und wenn nicht von außen weitere Verunsicherungen hereinkommen, die sind hinderlich, sage dir aber trotzdem, wir werden weiter draufbleiben, weil ich ja so überzeugt bin, durch Zurufe von außen, durch unsere Kunden. (Abg. Mag. Bleckmann: „Die anderen sind schuld an der Verunsicherung?“)

Nein, ich sage ja, ich bin ja sehr dankbar, daß der Beschluß jetzt gefaßt wurde. Alle wissen jetzt, woran sie sind, und wir können auf dem aufbauen.

Ich habe unterbrochen oder nur einen halben Gedanken anbringen können zum Martin Wabl, man kann auch im Rahmen der Verwaltung das effizient, bürgernah und kundenorientiert, wie ich sage in meiner Sprachenwelt, machen. Ja, selbstverständlich, wir haben auch im Bereich des Berufsschulwesens einen großen Reformbedarf, Sie dürfen nicht vergessen, 30.000 Lehrlinge waren wir einmal, jetzt sind wir 20.000, da muß sich etwas verändern, da verändert sich auch etwas, mit den Betroffenen in der Verwaltung.

Dort habe ich nicht diese Vorgabe, daß ich Partner dabei habe. Ein bißchen werde ich natürlich das Gefühl nicht los, und da gibt es einige Indizien dafür, politische meine ich jetzt, auch parteipolitische, strategische, das soll niemandem verboten werden, daß folgendes passiert ist. Es hat schon einmal das Wort des Ankündigungspolitikers gegeben, ich bin auch schon einmal geziehen worden, daß wir zu schnell unterwegs sind. Jetzt wird etwas getan, und jetzt paßt es auch wieder nicht. Es wäre vielleicht für den einen oder anderen oder für die eine oder andere Fraktion lustiger gewesen, zuerst einen Skandal mit Rechnungshof- oder sonstigen Berichten zu erzeugen, zu beurkunden, vielleicht auch da oder dort, und dann zu kritisieren. Ich bitte um Entschuldigung, das ist auch nicht mein Politikverständnis.

Und selbstverständlich werden alle Akten bearbeitet. Ich meine, das ist ja fast peinlich, daß ich auf das noch eingehen muß. Da sind ja alle meine Mitarbeiter seit Wochen dran. Das ist ja auch schon vereinbart. Wir haben ja vor dem Sommer eine Vereinbarung mit allen Betroffenen gemacht, daß wir jetzt eine Strukturbereinigung bei vielen Altakten vornehmen.

Auch zu der Frage der Kosten-Nutzen. Ein Blick, wenn man will, Magda, wenn man will, in den heute aufgelegten Rechnungsabschluß 1995, ein Blick in das

Budget 1996/97 zeigt hier ganz transparent, was kostet die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft und ihre Tochtergesellschaft. Da steht es ganz fix drinnen.

Nicht kannst du, zumindest habe ich bisher keine Antwort vom Rechnungshof, eine Vollkostenrechnung des Amtes entnehmen. Ich würde auch gerne wissen, was kostet mein Büro. Was kostet der Betrieb des Büros? (Abg. Mag. Bleckmann: „Es ist an euch, das selber herauszuarbeiten. Das muß ich in meiner Abteilung selber wissen!“) Ja, wir tun es. Wir tun es, und es soll sich dann niemand schrecken, wenn dann Ergebnisse hervorkommen, die den einen oder anderen, weil es neu ist, weil es innovativ ist, ein bißchen verunsichern.

Ich bin schon am Ende, meine Damen und Herren, weil, wie gesagt, die Debatte selbst ja einiges hervor gebracht hat, meine ich, an Motiven und Überlegungen, die dahinterstehen, die, so glaube ich, doch sehr deutlich zeigen, daß sie nicht unmittelbar mit der Wirtschaftsförderung etwas zu tun haben.

Ich halte mich dabei an die Botschaften aus einem erfüllten Leben eines großen steirischen Wirtschafters, eines Wissenschafters, dem viel auf diesem Sektor gelungen ist, uns auch ein Beispiel zu geben, und zwar an den verehrten Prof. DDR. Hans List, der vor kurzem 100jährig verstorben ist. Er hat hier vier Botschaften aus einem erfüllten Leben hinterlassen:

Erste Botschaft: Nur Entschlossenheit und Zielstrebigkeit bringen im Leben Erfolg. Zweite Botschaft: Es zählt nicht, was wir reden, es zählt, was wir tun. – Zum heutigen Tag besonders wichtig anzumerken. Dritte Botschaft: Bei allem Denken und Handeln bewahre dein inneres Gleichgewicht. – Auch das erlege ich mir selbst auf. Vierte Botschaft: Was immer uns widerfährt, wir müssen den nächsten Schritt positiv setzen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.46 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Die Debatte ist hiermit beendet. Es liegt ein Beschlusantrag vor, über den es abzustimmen gilt. Jene Damen und Herren, die dem Beschlusantrag, eingebracht von der Abgeordneten Mag. Bleckmann, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der Abgeordneten des LIF, der Grünen und der FPÖ betreffend qualitätsorientierte und kostenbewußte Gesundheitspolitik in der Steiermark und weise auch hier auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Brunner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Brunner (18.47 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Landesrat Dörflinger, ich möchte so wie Sie in einem Vorspann ein paar Dinge Ihres Vorspanns ansprechen und dann auf jene Fragen unserer dringlichen Anfrage eingehen, die Sie meines Erachtens nicht ausreichend beantwortet haben.

Gleich zu einem zentralen Punkt Ihrer politischen Position, Herr Landesrat Dörflinger, zur Standortgarantie. Niemand als ein Politiker gibt lieber Standortgarantien ab, weil man der Bevölkerung, und ich sage jetzt bewußt, vorgaukeln kann, daß man mit Standortgarantien qualitätsorientierte Versorgung sicherstellen kann. Aber das ist nicht mehr als Vorgaukelung. Sie sagen ja selber, daß die Finanzierungsströme des Landes sinken, daß die Finanzierungsströme des Bundes und der Sozialversicherung gleichbleiben auf Grund der Grundsatzvereinbarung, und gleichzeitig wollen Sie qualitätsorientierte Versorgung sicherstellen. Und wieder gleichzeitig sagen Sie aber, wenn es darum geht, in der Obersteiermark einen Herzkatheter zu installieren, daß man zwar daran arbeitet, aber daß derzeit zu wenig Geld dafür da ist. Das ist das Grundproblem, Herr Landesrat, das ich mit solchen vorschnell abgegebenen Standortgarantien habe. Es zeigt das Grundproblem nämlich ganz genau auf, nämlich daß eine Verzettlung von Geldern auf der Basis einer Standortgarantie eben zu einer Minderversorgung führt. Nochmals, siehe kein Herzkatheter in der Obersteiermark.

Herr Landesrat Dörflinger, wenn ich von Standortgarantien und Strukturbereinigung rede, dann glaube ich schon, daß ich weiß, wovon ich rede, denn im Bereich der Universitäten, Herr Landesrat, haben wir im Grunde genommen das gleiche Problem. Auch dort gibt die Politik Standortgarantien ab, und dann kann nicht qualitätsorientiert gearbeitet werden. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir haben drei Astronomiestandorte an den österreichischen Universitäten, aber wir können uns die 30 Millionen Schilling nicht leisten, die der Beitritt zum ESO – zum European Southern Observatory kosten würde. Eine wichtige Forschungseinrichtung für die Astronomen. Die Standortgarantie für drei Astronomiestandorte vermindert somit die qualitätsorientierte Forschung.

Wie Sie also diese Grätsche schaffen wollen – Standortgarantie, geringere oder gleichbleibende Finanzierungsströme und gleichzeitig qualitätsorientierte Versorgung –, das haben Sie mir in Ihrer Anfragebeantwortung nicht plausibel machen können.

Ein Zweites: Landeskrankenhäuser seien Wirtschaftsfaktoren in den Regionen, sagen Sie. No na, Herr Landesrat, auch das bestreite ich nicht. Natürlich sind das Wirtschaftsfaktoren und sind auch sonstige wichtige gesellschaftliche Zentren, abgesehen von ihren gesundheitstechnischen und gesundheitspolitischen Aufgaben. Nur wenn man eben bestehende Landeskrankenhäuser in qualifizierte Nachbetreuungseinrichtungen umfunktionieren würde, dann wären eben diese die entsprechenden Wirtschaftsfaktoren in den Regionen. Ich möchte daher, wenn ich von Strukturreform spreche, nicht mißverstanden werden, vielleicht sogar absichtlich mißverstanden werden. Ich plädiere nicht für das Zusperrn von Landeskrankenhäusern. Von mir aus können die Standorte bleiben, aber nicht alle ausschließlich für Spitäler, sondern ein Teil davon für qualifizierte Nachbetreuungseinrichtungen, die wir meines Erachtens nicht in ausreichender Zahl haben und in Zukunft mehr als bisher brauchen werden. (Landesrat Dörflinger: „Darf ich Sie etwas fragen? Erklären Sie mir Ihre Definition von Standortgarantie.

Sie sind für die Standortgarantie. Man soll aber an den Standorten keine Spitäler haben. Was ist das für eine Standortgarantie?“) Ich verstehe die Standortgarantie, die vom Landtag beschlossen worden ist und von der Sie sprechen so, daß im großen und im ganzen, von Kapfenberg vielleicht abgesehen, die Standortgarantie für Spitäler ausgesprochen ist. (Landesrat Dörflinger: „Im Einvernehmen mit den Leuten dort!“)

Und ich stehe auf dem Standpunkt, daß man von mir aus 21 Standorte haben kann, aber nicht nur für Spitäler, sondern daß man einzelne Spitalsstandorte umfunktioniert in qualifizierte Nachbetreuungseinrichtungen, die ebenso Wirtschaftsfaktoren wären wie Spitäler.

Wenn Sie mir schließlich bei der Frage, daß unter Strukturreform Unterschiedliches verstanden wird, den Herrn Kollegen Wabl zurückspielen, dann möchte ich schon festhalten, ich würde mich freuen, Herr Landesrat, daß Sie bei der Geschäftsordnungsreformdebatte im nächsten Jahr in Ihrer Fraktion eine Lanze dafür brechen, daß unter Umständen ein Klub eine dringliche Anfrage stellen kann. Sie wissen, daß wir mindestens vier Unterschriften brauchen und daß es eben eine Vereinbarung zwischen den Grünen und uns gibt, uns gegenseitig zu helfen, daß Anträge das Licht der Öffentlichkeit des Landtages erblicken, obwohl wir in verschiedenen politischen Fragen nicht einer Meinung sind.

Und was die Position von Frau Kollegin Hartinger angeht, glaube ich, daß wir betreffend den Begriff Strukturreform, Frau Kollegin Hartinger, überhaupt nicht auseinanderliegen, sondern die gleichen Vorstellungen von Strukturreform haben, nämlich, daß medizinische Leistungsangebote definiert werden.

Daß das gegeben sei – Herr Landesrat, das haben Sie nicht nachweisen können in Ihrer Anfragebeantwortung, da würde ich Sie bitten, daß Sie mir die entsprechenden Unterlagen geben – nämlich also, daß medizinische Leistungsangebote definiert werden und daß auch konzentriert wird, und zwar qualitätsorientiert konzentriert wird und nicht daß verdünnt wird vor dem Hintergrund der Standortgarantie.

Ich möchte ein Beispiel für das geben, was ich Verdünnung nenne, was ich unter Verdünnung verstehe. In Judenburg Computertomographie, in Knittelfeld Magnetresonanz. Zwei Fachgebiete, die von der Ausbildung in der Röntgenologie oberste Spitze sind, das heißt, wenn ich in Judenburg Computertomographie und in Knittelfeld Magnetresonanz betreiben möchte – ist legitim, ist richtig –, dann brauche ich aber das entsprechende Fachpersonal, um das in diesen beiden Krankenhäusern tun zu können. Kann ich nicht das entsprechende Fachpersonal zur Verfügung stellen, dann ist das im Grunde genommen Geldverschwendung, weil die entsprechenden Einrichtungen nicht entsprechend genutzt werden können. Das ist ein konkretes Beispiel, Herr Landesrat, für das, was ich unter Verdünnung vor dem Hintergrund der von Ihnen abgegebenen Standortgarantie für Krankenhäuser verstehe.

Nun zu einzelnen Beantwortungen von einzelnen Fragen. Ich möchte mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit nur auf die Beantwortungen einiger weniger Fragen beziehen.

Zur Frage zwei, wo es darum geht, daß die einzelnen Sektoren im integrierten Gesundheitsplan von ihrem Leistungsangebot her definiert werden und wo eben das Leistungsangebot jedes Krankenhauses definiert werden sollte. Wieder eine konkrete Frage, Herr Landesrat, Landeskrankenhaus Fürstenfeld, dort wird, weil das das Spezialgebiet eines Arztes ist, Hämatologie betrieben. Zählt jetzt die Hämatologie zum vom Land, also von der Politik, definierten Leistungsangebot oder zählt sie nicht und ist quasi ein Hobby des dort tätigen Arztes? Je nach dem, ob das ein definiertes Leistungsangebot oder (nur) ein Hobby des dort tätigen Arztes ist, ergeben sich ganz gravierende Folgen, strukturelle Folgen für dieses Krankenhaus, finanzielle Folgen, wenn es eben zum definierten Leistungsangebot gehört. Also noch einmal, und ich bitte Sie, ich habe das schon eingangs gesagt, daß Sie mir jenes Papier, jene Unterlage, jenen Beschluß zukommen lassen, in dem nicht nur die Leistungsangebote der Sektoren des Gesundheitsplanes, sondern die Leistungsangebote aller Landeskrankenhäuser tatsächlich definiert sind.

Zur Frage fünf. Ich habe nicht gemeint bei der Verweildauer, Herr Landesrat, wenn ich sage, sie wird sinken, daß noch nicht fertig behandelte Patientinnen und Patienten auf die Straße gestellt werden. Also ich gehe davon aus, daß das nicht der Fall ist. Aber wie die Erfahrungen mit dem leistungsorientierten Krankenhausfinanzierungssystem in Vorarlberg zeigen, wird die Einführung dieses Finanzierungssystems zu einem Sinken der Verweildauer führen, und das macht qualifizierte Nachbetreuungseinrichtungen, das ausreichende Vorhandensein und die qualitätsorientierte Führung umso wichtiger. Und ich habe Sie nach Strukturen und Rahmenbedingungen für eine qualifizierte Nachbetreuung gefragt. Nachbetreuung kardiologischer, neurologischer, chirurgischer, geriatrischer Art. Auch da, Herr Landesrat, habe ich in der Geschwindigkeit beim Zuhören nicht das gehört, was ich gerne gehört hätte. Auch da bitte ich Sie, daß Sie mir entsprechende Unterlagen geben. Gerade bei der qualifizierten Nachbetreuung ist die Regionalisierung ganz wichtig. Dort bin ich nicht für die Konzentration, da ist die Regionalisierung so quasi als Behandlung vor Ort besonders wichtig. Sie sagen bei diesem Punkt, Herr Landesrat, daß der Hausarzt mehr Bedeutung gewinnen wird und dieser Sachverhalt, Sinken der Verweildauer, Notwendigkeit der Nachbetreuung, die Chance für praktische Ärzte ist. Sie sind mir nicht böse, wenn ich bei diesem Punkt das Gefühl habe, daß Bälle zwischen den Krankenhausenträgern und der Sozialversicherung hin- und hergeschoben werden, weil es zumindest nach meinem Verständnis, nach meinem Wissenstand keinen integrativen Ansatz der Finanzierung des Gesundheitswesens gibt. Natürlich sagen Sie als Vertreter des Krankenhausenträgers, da sind jetzt die Ärzte besonders wichtig. Ist ja klar, weil die Krankenhäuser dual finanziert werden, von der Sozialversicherung beziehungsweise Bund und von den Ländern, sie sind natürlich interessiert, daß der niedergelassene Arzt hier gewisse Aufgaben übernimmt. Umgekehrt ist aber die Sozialversicherung mit einem umgekehrten Interesse ausgestattet, nämlich die sind wieder interessiert, daß die Krankenhäuser die entsprechenden Leistungen erbringen, damit sie

nicht finanzieren müssen. Und der Beitrag, den die Sozialversicherung zu den Krankenhäusern leistet, der ist ja gedeckelt, der ist limitiert, das heißt eine ganz feste Kalkulationsgrundlage für die Sozialversicherungsträger. Ich habe ein bißchen die Sorge, Herr Landesrat, ohne daß ich Ihnen da irgend etwas unterstellen möchte, daß gerade bei dem Punkt angesichts des Fehlens einer integrativen Finanzierung des Gesundheitswesens so ein bißchen zwischen Krankenhausenträgern und Sozialversicherungen der Ball hin- und hergeschossen wird, und ich fürchte, daß, wenn das so wäre, der Patient auf der Strecke bleibt.

Zu Punkt achtens, wo ich Sie gefragt habe, ob nicht analog der Aufgaben der KAGES für die Spitäler auch eine Erweiterung des Aufgabenkataloges der KAGES stattfinden könnte. Ich habe nicht – da haben Sie mich mißverstanden – für die Einrichtung einer eigenen Institution plädiert. Ich bin dafür, daß der Versorgungsauftrag der KAGES im Hinblick auf Pflegeversorgung und Nachbetreuung erweitert wird, weil ich glaube, daß dort ein sachverständiger Ort wäre, um die entsprechenden Aufgaben zu erfüllen.

Sie haben die Hauskrankenpflege und die großen Trägervereine genannt, die leisten hervorragende Arbeit, aber ob die die entsprechende Koordination mit allen anderen Sektoren des Gesundheitswesens leisten können, das wage ich zu bezweifeln, zumindest mit einem Fragezeichen zu versehen.

Auch haben Sie ausgeführt, daß eine Koordination mit Frau Landesrätin Dr. Rieder in Vorbereitung sei. Da würde mich auch interessieren, wie diese Koordination aussieht. Ich meine, es ist löblich, wenn so eine Koordination erfolgt, aber die beiden Ressorts gibt es ja schon sehr lange im Land Steiermark, und ich frage mich, ob bisher schon ausreichende Koordination stattgefunden hat.

Zur Frage neun sagen Sie, daß in der Steiermark die Einführung der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung mit 1. Jänner 1997 gesichert sei, auch wenn die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen nicht alle geschaffen werden können, angesichts der Sachverhalte, die Sie angesprochen haben. Da habe ich kein Problem damit. Nur, ich habe Sie auch gefragt, wie diese Einführung mit 1. Jänner 1997 gesichert werden kann angesichts des Sachverhaltes, daß die Strukturkommission erst nächste Woche eingesetzt wird und dann erst zu arbeiten beginnt. Auch hätte ich mir bei dieser Frage, Herr Landesrat, erwartet, daß Sie die Auswirkungen der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung auf den Landesfonds mir dargestellt hätten, sofern es eine diesbezügliche Analyse der finanziellen Auswirkungen auf den Landesfonds gibt.

Zur Frage elf, kardiologische Abteilungen, vier in der Steiermark, habe ich Ihnen schon gesagt, es gibt eben keinen Herzkatheter in der Obersteiermark. Und es ist löblich, wenn Sie sagen, der wird irgendwann einmal eingerichtet werden, aber das ist gerade wieder der Punkt, wo ich sage, Verdünnung ist auf der Tagesordnung, wenn Standortgarantie gegeben wird. (Landesrat Dörfinger: „Entschuldigen Sie, wenn es einen Herzkatheter mehr gibt, muß ich eine sehr philosophische Betrachtung haben, daß ich daraus eine Verdünnung mache. Das ist mir ein bißchen zu hoch, Herr Professor!“) Herr Landesrat, ich habe

versucht, weil es mir wichtig ist, nicht abstrakt zu reden. Ich habe versucht, ein Beispiel dafür zu geben, und ich habe Ihnen dafür ein anderes Beispiel für Verdünnung gegeben, nämlich Knittelfeld-Judenburg. Und es ist ja nicht anders möglich, als daß es Verdünnung gibt, wenn ich einerseits Standortgarantie für über 20 Spitäler abgebe, andererseits Finanzierungsplafonds habe und angesichts der Weiterentwicklung und Technologisierung der Medizin mit steigenden Kosten konfrontiert bin und mit der Notwendigkeit der Qualitätsorientierung.

Der Herzkatheter ist ein Beispiel für mich. Standortgarantie ja, aber Herzkatheter in der Obersteiermark nein. Das ist etwas Typisches für solche Garantien. (Landesrat Dörflinger: „Ich habe gesagt, es gibt einen Herzkatheter mehr, und Sie sagen, das ist ein Beispiel für Verdünnung!“)

Die Fragen 12 bis 16, Herr Landesrat, sind Sie mir nicht böse, die haben Sie mir nicht beantwortet. Die haben Sie zwar zusammengefaßt, weil Sie – wie haben Sie gesagt? Sie den Landtag nicht mißachten wollen. Also, ich finde es nicht als Mißachtung des Landtages, wenn Sie die Fragen ausführlich beantworten, im Gegenteil, ich freue mich darüber.

Sie haben mir die Frage 12 nicht beantwortet. Warum hätten Sie sich eine bundesweite Regelung gewünscht, die den Ländern keinen Spielraum offenläßt? Wenn Sie mir die Frage nicht beantworten, dann muß ich Vermutungen anstellen. Das will ich an sich nicht. Ich hätte gerne gewußt, warum Sie sich zumindest heute in den Medien so geäußert haben.

Sie haben mir die Frage 14 nicht beantwortet. Eine Disparität zwischen der Peripherie und den Zentralräumen. Sie haben hinzugefügt, wir haben nicht genug Fachärzte und nicht genug Geld. Also, wie soll diese Disparität betreffend die Regelung der Rufbereitschaft zwischen Peripherie und Zentrum beseitigt werden?

Sie haben mir auch die Frage 15 nicht beantwortet. Patientenrecht auf fachgerechte medizinische Betreuung – wie steht das in Beziehung zu dieser Rufbereitschaft, wobei ich diese Frage nicht zynisch meine, Herr Landesrat. Ich weiß schon, daß internationales Recht oft soft law ist, und dennoch haben auch unsere Patientenanwälte – ich verweise auf Aussagen vom Patientenanwalt Pickl – darauf hingewiesen, daß unter Umständen Rufbereitschaft über ein gewisses Maß hinaus dieses Patientenrecht auf fachgerechte medizinische Betreuung verletzen könnte.

Und schließlich haben Sie mir auch keine Antwort gegeben, wie das mit den berufs- und haftungsrechtlichen Folgen der Rufbereitschaft ist. Ich glaube schon, Herr Landesrat, daß Spitäler die derzeitige Regelung der Rufbereitschaft, weil sie gesetzlich nicht grundgelegt ist, nicht lieben und eine Legalisierung der Rufbereitschaft sich wünschen, denn durch die bundesgesetzlich geplante Regelung kann sich der Spitalserhalter, wenn das eben bundesgesetzlich geregelt ist, so quasi aus der Schlinge ziehen, wenn einem Patienten etwas passiert. Ich habe es nur nicht gerne, wenn man nach dem Grundsatz vorgeht, den Letzten beißen die Hunde. Und die Letzten in diesem Zusammenhang sind das Pflegepersonal, die medizinisch-technischen Dienste, die Ärzte. Wer trägt die

Verantwortung dafür, daß zur rechten Zeit der in Rufbereitschaft befindliche Arzt herbeigeht, letztendlich das Personal, das dann zum Telefon greifen muß und den in Rufbereitschaft befindlichen Facharzt herbeiholt. Sie haben mir auf diese Frage überhaupt keine Antwort gegeben, und wenn Sie schon mir die rechtlichen Probleme nicht abnehmen, die ich bei dieser bundesgesetzlichen Regelung habe, dann bitte ich Sie, daß Sie sich mit Ihrem Kollegen Stadtrat Rieder in Wien in Verbindung setzen, der die gleichen (Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: „Herr Dr. Brünner, bitte mißverstehen Sie mich nicht, aber Ihre letzte Minute ist angebrochen!“) – ich bin auch gleich fertig, Herr Präsident – rechtlichen Probleme wie ich hat.

Sie haben gesagt, daß Sie heute nicht die Zusammensetzung der Strukturkommission bekanntgeben werden. Das kann ich verstehen, wenn nächsten Montag der Regierungsbeschluß gefaßt wird. Ich hoffe, Herr Landesrat Dörflinger, daß bei Ihrem Vorschlag betreffend die Zusammensetzung der Strukturkommission auch das Liberale Forum das Recht hat, einen Vertreter in diese Strukturkommission zu nominieren und nicht nur die Landesregierungsparteien. Ich habe Ihnen schon im März und April in den Vorgesprächen, die ich mit Ihnen diesbezüglich geführt habe, gesagt, Sie brauchen keine Angst davor haben, ich gehe nicht hinein, die Kollegin Keshmiri auch nicht, sondern wir würden einen Fachmann, eine Fachfrau nominieren für diese Strukturkommission.

Ich möchte festhalten, daß uns die Gesundheitspolitik sehr wichtig ist und daß wir den – ich weiß schon – nicht rechtlichen, aber moralischen Anspruch erheben, Herr Landesrat, daß auch das Liberale Forum sowie die Grünen als Landtagsparteien ein Vorschlagsrecht für eine Person als Mitglied dieser Strukturkommission haben. (Beifall beim LIF und der FPÖ. – 19.07 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Hartinger (19.07 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Gesundheit ist Verantwortung! Für sich selbst sollte Gesundheit Verantwortung sein. Für die Mitarbeiter im Gesundheitswesen, von den Ärzten angefangen bis zum Pflegedienst, ja bis zum Reinigungsdienst, ist Gesundheit Verantwortung. Für uns alle im Landtag sollte die Sicherung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung Verantwortung sein. Und für Sie selbstverständlich, Herr Landesrat, als zuständiger Ressortchef ist die Gesundheit der Bevölkerung Verantwortung. Die Frau Landeshauptmann hat den heutigen Termin des Spitalsgipfels auch mit der Verantwortung begründet. Frau Kollegin Gross hat heute mit Verantwortung im Gesundheitsbereich hinsichtlich der Abstimmung der Schnittstelle Krankenhaus und Nachsorgeeinrichtungen argumentiert. Meine Damen und Herren, Sie reden hier alle von Verantwortung, aber Sie leben sie nicht. Der Herr Landesrat Paiarl hat gerade erzählt von den Grundsätzen des Herrn List – AVL –, es nicht zählt, was wir reden, sondern das, was wir tun. Das heißt, Sie reden

im Prinzip alle von Verantwortung, aber Sie leben sie nicht, denn sonst hätten Sie als zuständige Politiker schon längst für die richtigen Rahmenbedingungen gesorgt. Politiker, heißt es immer, verdienen zu viel. Für die Verantwortung, die Sie übernehmen, wahrscheinlich wirklich, denn ein verantwortlicher Politiker hat Entscheidungen zu treffen und für diese geradezustehen und für diese auch zu haften, und nicht nach wahlpolitischem Gutdünken zu agieren.

Wie wir gesehen haben bei der letzten Wahl, goutiert das der Bürger sowieso nicht mehr.

Aber, Herr Landesrat, eigentlich bewundere ich Sie, mit welchem Selbstverständnis Sie sagen, es ist alles bestens im Gesundheitswesen in der Steiermark. Es werde zwar weniger Geld vorhanden sein, aber das spielt überhaupt keine Rolle, denn es wird sich ja nichts verändern. Es kommt mir so vor, als würden Sie glauben, verzeihen Sie mir jetzt den banalen Vergleich, mit einem Schnitzel pro Tag ohne Beilage und ohne Suppe satt zu werden, wo Sie früher eine richtige Hauptmahlzeit gebraucht haben. Oder lassen Sie mich einen anderen Vergleich sagen. Sie haben auch kleine Kinder und erzählen sicher oft Märchen. Sie kennen sicher das Märchen vom Bauern und dem Esel, wo der Bauer auch aus Ersparmisgründen versucht, dem Esel jeden Tag ein bißchen weniger zum Fressen zu geben. Das Fazit kennen Sie: Der Esel war nach sechs Tagen tot.

Wir haben bereits am 6. Februar des Jahres, auch in einer Dringlichen, ein gesamtmedizinisches Konzept für die Steiermark, das heißt ein Leistungsangebot nach Versorgungsstufen, gefordert. Sie, Herr Landesrat, haben damals von einer Schonfrist gesprochen. Im Beschlußantrag aller Parteien hätten Sie ehestmöglich diesen Plan vorzulegen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, was verstehen Sie unter ehestmöglich? Das war im Februar, jetzt haben wir Oktober. Also ich verstehe unter ehestmöglich vielleicht ein, zwei Monate, aber sicher nicht ein halbes Jahr.

Sie schütteln selbst den Kopf, Herr Landesrat? Warum ist das Konzept nicht da? Ich habe Ihnen bei meiner ersten Dringlichen, wie Sie wissen, neben einem Notfallkoffer auch einen Traubenzucker geschenkt. (Landesrat Dörflinger: „Darf ich eine Zwischenfrage stellen? Glauben Sie, daß der Österreichische Krankenanstaltenplan in irgendeiner Form etwas mit dem Gesamtgesundheitskonzept für die Steiermark zu tun hat? Ja oder nein?“) Der Österreichische Krankenanstaltenplan ist für mich die Basis. Wir in der Steiermark können für unser Land sehr wohl darauf basierend einen gesamtmedizinischen Gesundheitsplan erstellen. (Landesrat Dörflinger: „Das ist die Basis, okay!“) Sie können dann nachher in Ihrer Rede das ausführen?

Ich habe Ihnen bei meiner ersten Dringlichen einen Traubenzucker zur Stärkung geschenkt. Anscheinend war dies etwas zu wenig, denn bis jetzt ist eben noch nichts passiert.

Es gibt, wie wir wissen, noch immer keine Länderkommission, die die Umsetzung der leistungsorientierten Finanzierung vorbereiten sollte. Weiters darf ich mir erlauben, Ihnen jetzt noch ein paar andere fachspezifische Fragen zu stellen:

Übernimmt beispielsweise die Gebietskrankenkasse die Verrechnung für den Länderfonds?

Wann werden die Einnahmen für die einzelnen Krankenanstalten gesamt für den Wirtschaftsplan 1997 feststehen?

Wie werden die Ambulanzleistungen verrechnet? Was passiert mit den Ambulanzgebühren für die Ärzte?

Werden Sie eine Kostenträgerrechnung zum Vergleich der Einnahmen pro Leistung fordern? – Und da haben Sie anscheinend die Frage vom Liberalen Forum etwas falsch verstanden. Wir wissen sehr wohl, daß es eine Kostenstellenrechnung gibt, aber die ist zu wenig. Wir müssen wissen, was die Leistungen, die nach Punkten bewertet werden, kosten.

Weitere Frage: Wie wird die Sonderklasse verrechnet?

Wer zahlt die Ausbildung der Ärzte?

Dann haben Sie bereits den ÖKAP erwähnt. Der ÖKAP gibt, Herr Landesrat, die Betten je Krankenanstalt vor. Der Steiermärkische Krankenanstaltenplan geht von Sektoren aus. Es ist meines Erachtens zwar ein besseres Planungsinstrument, aber wir haben natürlich jetzt, wo wir den ÖKAP auch mitbeschlossen haben, uns dem anzupassen. Da stelle ich jetzt auch an Sie die Frage, wie stellen Sie den Steirischen Krankenanstaltenplan jetzt auf den ÖKAP um?

Ist der Landesfonds eine eigene Rechtspersönlichkeit? Welchen Verwaltungsaufwand bedarf dieser Länderfonds und welche Aufgaben wird er haben?

Gibt es eine taxative Leistungsabgrenzung – der Kollege Brünner hat das schon angeschnitten – zwischen Sozialversicherung auf der einen Seite und Länderfonds?

Was passiert mit dem Kostenbeitrag von 67 Schilling? Wird der abgeschafft?

Weiters, wenn die privaten Krankenanstalten einen eigenen Ländertopf bekommen, wie werden Sie für diese Krankenanstalten die Leistungsvorgaben definieren? Denn ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was die privaten Krankenhäuser machen werden. Sie werden sich die Zuckerln, wo sie die meisten Punkte bekommen beziehungsweise am meisten bezahlt bekommen, herausnehmen und die schwierigen Fälle an die Landeskrankenanstalten, die Sie im Gesamtopf des Länderfonds verwalten, abschieben. Welchen Verteilungsschlüssel stationär zu ambulant haben Sie beschlossen? Das hängt ja auch mit dem niedergelassenen Bereich zusammen. Eine weitere sehr wichtige Frage: Wie wird die Liquidität im Fonds gesichert?

Sie lächeln so, wissen Sie alle die Fragen? (Landesrat Dörflinger: „Ich bin begeistert. Ich liege flach!“) Das ist schön, wenn Sie flachliegen.

Die Liquidität für den Fonds, wie wird die gesichert? Sie wird gesichert – hoffe ich zumindest –, daß die Sozialversicherung und der Bund früher bezahlen, denn sonst kostet es wieder Zinsen für das Land.

Nächste Frage: Belasten die österreichischen Patienten, die im Ausland behandelt werden, den Länderfonds? Wie werden die Behandlungen für ausländische Patienten refundiert?

Welchen Leistungszahlungsauftrag bekommen die Gemeinden, beispielsweise das Gemeindekrankenhaus Weiz?

Kommen die Selbstbehalte zum Beispiel der Bauernkrankenkasse in den Länderfonds?

Last but not least: Wie werden Sie das Risiko der Leistungsvermehrung auf der einen Seite und den medizinischen Fortschritt in den Griff bekommen, ohne das Landesbudget zu belasten?

Herr Landesrat, diese Fragen haben Sie alle noch nicht beantwortet. Diese Fragen hätten Sie aber schon lange vor Beschluß des Bundes, der ja letzte Woche war, ausarbeiten können. Ich kenne die Verordnungen von Wien und Niederösterreich. Und, meine Damen und Herren, diese Länder haben bereits alle Entwürfe für diese Fragen, die ich Ihnen jetzt aufgezählt habe. Und da passiert es wieder, daß wir erst im nächsten Jahr die Ausführungsgesetzgebung im Landtag vorgelegt bekommen. Ich glaube, das ist anscheinend in der Steiermark so Usus, daß Gesetzesvorlagen immer zu spät kommen und wir vor den Kopf gestoßen werden. Es wird schon irgendeinen Grund haben. (Abg. Dr. Karisch: „Wir sind Schüler, die abschreiben!) Ja, wir können noch von anderen Bundesländern lernen, hoffe ich, wenn die das schon früher machen.

Ich habe immer gesagt, daß das Land Steiermark Konzepte braucht. Und zwar Konzepte, bevor Sie in die Verhandlungen mit Wien, mit der Bundesministerin treten. Meines Erachtens haben Sie sich wirklich in Teilbereichen über den Tisch ziehen lassen. Denn unter diesen Bedingungen gibt es weder Qualität, noch können Sie, wie ich leider sehe, die finanziellen Belastungen für das Land Steiermark abschätzen. Der Bund und die Sozialversicherung haben sich geschickt aus der Finanzierung und dem Gesundheitswesen verabschiedet. Das kommt mir so vor, man redet immer vom Töpfchen, und jedes Töpfchen hat sein Deckelchen, nur dieses Töpfchen wird leider Gottes übergehen. Ich bin neugierig, was Sie dann machen werden. Ich hoffe, daß Herr Landesrat Ressel dann für Sie Verständnis hat.

Wie Sie wissen, werden die Zahlungen der Sozialversicherungen auf Basis 1994 zwar indexbereinigt eingefroren. Nur, Herr Landesrat, wie Sie hoffentlich auch wissen, ist der medizinische Fortschritt auch in den letzten zwei Jahren weiterentwickelt worden. Ich sage Ihnen nur zwei Beispiele: Ambulante Chemotherapie in einem Krankenhaus für Brustkrebspatientinnen, die wird jetzt in den peripheren Krankenhäusern angeboten. Früher mußten die armen Patientinnen in das Zentralkrankenhaus Graz fahren. Ich weiß nicht, ob wir uns das dann noch leisten können, weil die Basis ist ja eigentlich 1994 für die Zahlung, ob vom Leistungsspektrum auch? Herr Landesrat, Sie können es sagen.

Ein weiteres Beispiel. Für die Patienten wird in den letzten Jahren eine bessere Schmerztherapie auf den Intensivstationen angeboten. Meine Damen und Herren, das bedeutet durchschnittliche Kosten pro Patient rund 150.000 Schilling. Diese Therapieform hat es 1994 noch nicht gegeben. Ich weiß nicht, ob wir uns diese Therapieform dann noch leisten können.

Weiters die medizinische Qualität betreffend. Jeder Arzt braucht eine gewisse Routine und Erfahrung, um die medizinische Qualität zu sichern. Beispielsweise eine Anzahl von gewissen Operationen, die in vielen Bereichen und vor allem, was die Ausbildung betrifft, nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Frau Gesundheitsminister wünscht sich meines Erachtens ein sogenanntes entzartetes Krankenhaus, zumindest in der Nacht. Vielleicht meint sie damit, Personalkosten zu sparen.

Die verantwortlichen Gesundheitspolitiker müssen sich von mir den Vorwurf gefallen lassen, von der Praxis keine Ahnung zu haben. Was zum Thema Rufbereitschaft im Spital sich jetzt abspielt, ist meines Erachtens die Quadratur des Kreises. Ich zitiere. Die Frau Landeshauptmann hat gesagt, die Gesundheit ist nicht gefährdet. Sie, Herr Landesrat, haben gesagt, es wird nichts geändert, aber auf die Dauer können wir dies nicht so belassen. Das verstehe ich irgendwie nicht ganz, aber vielleicht können Sie mir das dann näher erklären. Das heißt, Sie wollen einerseits nichts ändern, aber belassen wollen Sie es auch nicht. Also haben wir jetzt doch eine schlechte Qualität? (Landesrat Dörflinger: „Was wollen Sie? Sagen Sie mir das einmal!“)

Das kommt schon noch. Es stimmt, es gibt in einigen unserer Krankenhäuser Rufbereitschaft. Nur kann ich nicht alle Krankenanstalten hier über einen Kamm scheren, sondern man muß versuchen, stufenweise vorzugehen, und natürlich werden in manchen Abteilungen fast fertige Fachärzte, sogenannte Assistenzärzte, aber die sind kurz vor dem Fertigwerden, dazu herangezogen. Das ist ganz etwas anderes.

In der heutigen Zeitung steht, daß Sie, Herr Landesrat, sich eine bundesweite Regelung wünschen, die den Ländern keinen Spielraum offenläßt. Das finde ich auch sehr interessant. Einerseits wird sämtliche finanzielle Belastung auf die Länder abgeschoben, das interessanterweise stört Sie nicht. Auf der anderen Seite nehmen Sie sich jegliches operatives Werkzeug, für das Sie verantwortlich sind, vielleicht aus Angst, Wählerstimmen zu verlieren. Ich weiß es nicht.

Gestatten Sie mir jetzt noch ein paar konkrete Ausführungen, die ich zu Ihren Antworten sehe. Sie haben gesagt, man hat in den letzten Jahren so viel investiert in unsere Krankenanstalten. Das ist sicher richtig, nur Sie haben eines nicht dazugesagt. Bevor die Steiermärkische Krankenanstalten Ges. m. b. H. gegründet wurde, haben Sie nämlich zehn Jahre nichts investiert. Und schauen Sie sich bitte die anderen Bundesländer an, die sind mit ihren Investitionsvorhaben alle fertig. Also da hat die Steiermark auch wieder einmal geschlafen. Weiters, Sie haben gesagt, es gibt weniger Geld. Der Bund hat einen Deckel, die Sozialversicherung hat einen Deckel, das Land hat einen Deckel. Aber Sie wollen die medizinische Versorgung trotzdem sicherstellen, Sie wollen die Standorte garantieren. Da frage ich Sie jetzt – und der Kollege Brünner hat das ja auch schon betont –, welche Leistungen bieten Sie jetzt an diesen Standorten? Es gibt verschiedene Versorgungsstufen, was Standorte betrifft, und das steht nicht im Beschluß. Weiters haben Sie gesagt, daß Ihr Vorgänger, Herr Dr. Strenitz, einen Gesundheitsplan erstellt hat. Ich hoffe, Sie

meinen nicht diesen weißen Ordner mit einem Bild darauf, wo händereichend zwei Menschen stehen, weil das ist nichts anderes als eine Zusammenfassung von diversen Fachbeiträgen und Adreßmaterial von Gesundheitseinrichtungen. Das verstehe ich nicht unter einem Gesundheitsplan. Weil hier müßten meines Erachtens demographische und epidemiologische Faktoren der steirischen Bevölkerung berücksichtigt werden.

Weiters haben Sie gesagt, es gibt einen Gesundheitsbericht. Den Gesundheitsbericht 1995, ich weiß es nicht, ich war noch nicht im Landtag, aber ich habe meine Kollegen gefragt. Sie kennen den Gesundheitsbericht 1995 nicht.

Weiters haben Sie angesprochen, die Steuerungsfaktoren bei der leistungsorientierten Finanzierung, den sogenannten Personalfaktor. Es ist mir schon klar, daß man kurzfristig jetzt diesen Faktor heranziehen muß, aber bedenken Sie bitte eines: Jenes Krankenhaus, das sehr viel Personal hat und nicht dementsprechende Produktivität erbringt, wie es so schön heißt, das sehr viel gejamert hat, damit es mehr Personal bekommt, die würden mit diesem Steuerungsfaktor besser dastehen. Das ist kein leistungsorientiertes Management. Weiters haben Sie gesagt, daß die Kardiologie in der Steiermark gesichert ist.

Es tut mir leid, Herr Landesrat, anscheinend kennen Sie auch da nicht die Studien der Fachärztesgemeinschaft für Kardiologen, die sehr wohl bescheinigt, daß in der Steiermark die kardiologische Versorgung nicht ausreichend ist, daß zu wenig Herzkatheterplätze sind, daß die Wartezeiten zu groß sind, daß es keine Qualitätskriterien gibt. Es tut mir leid, Ihnen dies sagen zu müssen.

Weiterer Punkt: Rufbereitschaft. Sie haben hier ein paar Krankenhäuser aufgezählt – Elisabethinen, Barmherzige Brüder, Vorau, Schladming, Weiz. Das sind meines Erachtens alle keine wirklichen Akutspitäler höheren Standards. Diese werden also nur hauptsächlich nach wirtschaftlichen Kriterien diese Rufbereitschaft haben, aber nicht aus medizinischen Qualitätskriterien.

Des weiteren: Die Dokumentation und die EDV. Sie haben gesagt, das funktioniert alles bestens. Daß die Ärzte, die die Abrechner für diese leistungsorientierte Finanzierung sein werden und noch keine EDV haben, stundenlang in Büchern blättern müssen, um die entsprechenden Codes, also die Verrechnungsnummern, zu suchen, das haben Sie nicht dazugesagt.

Weiters haben Sie nicht gesagt, daß, wenn wir nicht aufpassen im Länderfonds, die Leistungen leicht zu manipulieren sind. Das heißt, daß mehr Leistungen verrechnet werden. Bitte bedenken Sie, daß man in der Länderkommission eine dementsprechende Kontrolle einrichtet.

Was wir jetzt in der Gesundheitspolitik erleben, ist weder eine Reform noch ein zielführendes Konzept für die medizinische Qualitätsversorgung der Bevölkerung. Und Kostenreduktion sehe ich da schon gar keine.

Deshalb dürfen wir den Beschlußantrag der Abgeordneten Hartinger, Brünner, Wabl, Keshmiri und Vesko betreffend qualitätsorientierte und kostenbewußte Gesundheitspolitik in der Steiermark stellen.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bis spätestens 10. Dezember 1996 erstens das Leistungsangebot der Landeskrankenanstalten im Rahmen eines gesamtmedizinischen Konzeptes zu definieren, zweitens die Kennzahlen der Krankenhaushäufigkeit pro 1000 Einwohner und Jahr festzulegen, drittens ein Konzept für den Nachsorgebereich (niedergelassene Ärzte, Pflegeeinrichtungen, Notarztwagensystem, integrierte Sozial- und Gesundheitssprengel) vorzulegen, viertens ein Konzept zur Erweiterung des Versorgungsauftrages der Steiermärkischen Krankenanstalten Ges. m. b. H., insbesondere im Hinblick auf die Pflegevorsorge und Remobilisation, vorzulegen, fünftens die Steiermärkische Krankenanstalten Ges. m. b. H. aufzufordern, medizinische Qualitätsstandards zu erarbeiten, sechstens ein kardiologisches Konzept für die Obersteiermark vorzulegen, siebentens die finanzielle Auswirkung auf den Landesfonds durch die leistungsorientierte Finanzierung darzulegen, achtens das Expertengutachten für das LKH Judenburg/Knittelfeld (Funktionstrennung) vorzulegen und neuntens ein Konzept zu erstellen, wie sie es mit der sogenannten Rufbereitschaft in der Steiermark halten und wie eventuelle Haftungsfragen in Zukunft geregelt sein werden.

Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 19.26 Uhr.)

**Präsident:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz.

**Abg. Mag. Erlitz (19.26 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach diesen Ausführungen, nach dieser Vorlesung von Herrn Prof. Brünner (Abg. Dr. Brünner: „Ihnen fällt nichts anderes ein!“)

Ich wollte nur sagen, ich möchte bei Ihnen nicht inskribieren, weil Ihre Vorlesung hier herinnen einfach nicht bündig und nicht schlüssig ist. Und die Gesundheitspolitik ist mir einfach zu wichtig, ich möchte daraus mehr profitieren.

Jedenfalls möchte ich eines resümierend sagen, daß Gesundheitspolitik sich einfach nicht eignet, auf dem Schlachtfeld oder auf dem Turnierplatz parteipolitischen Geplänkels und Hick-Hacks ausgetragen zu werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Professor, bitte, was ist das Ganze dann? (Abg. Dr. Wabl: „Kollege!“) Martin, bitte höre zu. Ich habe dir auch ganz brav zugehört. Höre mir bitte zu und reden wir dann weiter.

Erstens einmal, weil es sich um Menschen handelt, und zwar um benachteiligte Menschen, weil kranke Menschen. Zweitens man diese durch unsere Debatten da enorm verunsichert, weil das nicht mit mehr Lebensqualität verbunden ist, was sich da abspielt, für die Menschen. Und drittens, weil einfach zu viel Geld, sprich Steuergeld, im Spiel ist, das behutsam, aber ebenso wirkungsvoll eingesetzt werden muß.

Entscheidend, meine Damen und Herren, bei dieser ganzen medizinischen Betreuung ist einfach die Effizienz des Einsatzes. Ich glaube, darauf kommt es an. Es geht um die Effizienz des Einsatzes vorhandener Möglichkeiten und medizinischer Ressourcen. (Abg. Dr. Wabl: „Jawohl, Herr Professor!“)

Ich gebe dir noch ein paar weitere Ezzes, Martin, wenn du mir zuhörst.

Österreich hat die meisten niedergelassenen Ärzte, wir haben die meisten Spitalsbetten, wir haben die längste Aufenthaltsdauer in den Spitälern im Vergleich mit anderen Ländern. Und trotzdem sind die Österreicher nicht gesünder als die Menschen anderer Länder. Und deshalb, meine ich, geht es um die Effizienz vorhandener Mittel. Nicht mehr Medikamente, nicht mehr technische Apparate, bedeuten gleich mehr Gesundheit. Ich glaube, darum geht es auch bei dieser Debatte, um den richtigen, wirkungsvollen Einsatz der vorhandenen Möglichkeiten.

Wie Landesrat Dörflinger gesagt hat, wir haben heuer 10 Prozent Einsparungen im Gesundheitsbereich hinzunehmen. Ich glaube nicht, daß das bisher irgend jemand draußen gespürt hat, daß wir 10 Prozent weniger Finanzmittel haben. Sagen wir es, es ist sehr behutsam und geschickt umgegangen worden mit den vorhandenen Möglichkeiten, die vorhandenen Mittel einzusetzen. Ich glaube, es war für die Menschen draußen nicht spürbar diese 10prozentige Rücknahme an Mitteln. (Abg. Dr. Wabl: „Wo draußen?“) Ja, wo draußen? Die Menschen, die die gesundheitspolitischen Maßnahmen unmittelbar benötigen.

Im Prinzip, meine Damen und Herren, würde ich meinen, funktioniert die Zusammenarbeit der beiden hier im Landtag vertretenen größeren Parteien, was, sage ich jetzt einmal, das Land dringend benötigt hat, was die Menschen dringend gebraucht haben, um die offenen, um die vorhandenen Probleme im Sinne der Menschen zu lösen und anstehende Arbeiten im Sinne der Menschen des Landes zu erledigen. Es funktioniert. Wir sollen nichts schlechter machen, als es ist.

Ich meine auch, daß unser Landesrat Günter Dörflinger sich bestens in diese Materie eingearbeitet hat, in diesen komplexen Aufgabenbereich, im Bereich Gesundheit und Spitäler. Er hat diese kurze Zeit in dieser neuen Landtagsperiode nicht dazu verwendet, um Pressekonferenzen zu geben oder Fototermine wahrzunehmen, sondern um zu arbeiten. Und das Ergebnis – (Abg. Dr. Wabl: „Herr Professor!“) Martin, höre zu, Martin, ich sage dir etwas, bitte höre jetzt noch etwas zu. Du bist ein alter Liebenauer, der kann zuhören. (Abg. Dr. Wabl: „Ich höre schon dauernd zu!“)

Ich liste auf, was Günter Dörflinger hier geleistet hat in dieser kurzen Zeit mit weniger finanziellen Mitteln. Ich lese ganz kurz vor.

Sicherung der Gesellschafterzuschüsse bis ins Jahr 2000, eine mittelfristige Planung. Die Verhandlung über die Umwandlung der Gesellschaftsform ist im Gange, das Sonderinvestitionsprogramm für Weiz und Kapfenberg – ich lasse die Zahlen jetzt weg. Der Neubau LKH Hartberg – haben wir gehört, Grundsteinlegung. Ich bin auch überzeugt davon, daß es Landesrat Dörflinger gelingen wird, auch auf dieses neue Modell, dieses LKF-Modell, unser Land umzu-

stellen. Er wird auch diese Hürde in seiner sportlichen und dynamischen Fitneß nehmen. (Beifall bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, Vorsorge: Er hat ein ganz, ganz großes Gewicht auf die Vorsorgemedizin gelegt, auf die Prävention, was bisher in der Steiermark sehr stiefmütterlich behandelt wurde, für eine bessere Lebensqualität. Schwerpunkt Kinderunfallverhütung, Schwerpunkt Mutter-Kind-Paß, Gesundheitsförderung an Schulen, Fertigstellung eines Lehrbelfehes mit Prof. Harnoncourt, Psychiatrieplan – der Entwurf ist fertig. (Abg. Dr. Wabl: „Abschaffung der Geburtenbeihilfe, Mutter-Kind-Paß!“) Ja, weißt, das ist der Jammer, von dem wollt ihr nichts hören, von dem willst du, Martin, nichts hören. Du möchtest immer nur Negatives aufzählen, aber über das Positive wollt ihr euch hinwegschummeln und alles schlechter machen. Das ist das Problem der Opposition.

Es mag schon sein, daß das euer Kreuz ist, das ihr zu tragen habt, alles schlechtmachen zu müssen. Freunde, versucht's euch einmal in einer anderen Rolle zu betätigen, versucht's einmal, die Positiva herauszuholen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ja, so ist es. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Hervorragend. Er soll alles übernehmen. Er ist ein Wunder-Wuzzi, der Günter!“) Nein, das ist er nicht, er ist kein Wunder-Wuzzi, aber er ist ein seriöser Arbeiter, was vielleicht nicht auf alle da herinnen zutrifft, Herr Präsident. So, aber es geht weiter.

Aber es geht weiter, Bereich Drogen, bitte ein ganz, ganz großes Problem. Gerade die Lehrer hier herinnen wissen, mit welchem Problem wir es da zu tun haben. Das Maßnahmenpaket beginnt bereits zu greifen auf dem Gebiet der Drogenprävention. 3 Millionen Schilling mehr für die Prävention, eine Beratungsstelle Obersteiermark in Trofaiach ist eingerichtet worden. Antidrogenkampagne ist angelaufen in den Berufsschulen. Gerade dort greift man oft zu Drogen. Motivationsschub mit den Mitarbeitern vor Ort und so weiter. Fachstelle für die Suchtgiftprävention im Herbst eingerichtet worden und, und, und. Bitte, auch das gehört aufgezählt. Herr Professor, warum sprechen Sie darüber nicht? (Abg. Dr. Brunner: „Positiv!“) Ach so, das ist Ihnen zu positiv. Man kann ein Regierungsmitglied ja nicht loben als Opposition. Ich verstehe Sie.

Meine Damen und Herren, bei dieser dringlichen Anfrage, und ich rücke jetzt nicht zum ersten Mal aus. Ja, Herr Professor, ich rücke nicht zum ersten Mal aus. Bei dieser dringlichen Anfrage geht es eben wieder einmal darum, einen weiteren Versuch zu starten – wenn auch ein schwacher Versuch, der in die Hose gegangen ist, verstehe ich schon, es war ein Rohrkrepierer –, aber wie auch immer, es ist wieder ein Versuch gestartet worden, die Arbeit eines Landesrates, eines seriös arbeitenden, dynamischen Landesrates, einfach in ein schlechtes Licht zu rücken. So ist es. Man will ihn einfach in Geißelhaft nehmen. Man gönnt ihm den Erfolg einfach nicht. (Abg. Dr. Wabl: „Das stimmt ja nicht!“) Ja, selbstverständlich, der auch ein Erfolg moderner menschengerechter Gesundheitspolitik in diesem Lande ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, es ist eben das Los oder das Schicksal, wie auch immer der Oppositionsparteien, ob es das LIF ist oder die F, oder die Grünen

sind, daß sie sich in einem Zwiespalt befinden. Das ist offensichtlich das Los. (Abg. Dr. Wabl: „Du redest nur Schlagworte!“) Nein, es sind keine Schlagworte. (Abg. Dr. Wabl: „Das sind lauter Schlagworte!“)

Nein, das glaube ich nicht. Martin, gehe einmal in dich. Schau, du bist ja ein vernünftiger Mensch. Wir können ja gut miteinander reden. Ich glaube sehr wohl, daß sich die Oppositionspartei insgesamt, nicht nur dieser hier befindlichen, es mag ein generelles Problem sein, Martin. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko zeigt auf.) Herr Präsident, der nächstniedere Präsident möchte dann reden, er hat aufgezeigt. Der Oberlehrer sitzt oben, bitte sehr. (Unverständlicher Zwischenruf.) Der Oberlehrer sitzt am Olymp, ich bin nur das Fußvolk. (Präsident: „Herr Abgeordneter Erlitz, sind Sie vorsichtig, er redet zu Lasten Ihrer Zeit!“) Ja, aber ihr müßt länger auf der Schulbank sitzen!

Jetzt noch einmal, es mag wirklich das Los der Oppositionspartei sein, sich im Zwiespalt zu befinden, generell. Einerseits prügelt man halt gerne die politischen Verantwortungsträger, weil sie eben das Geld beim Fenster hinauswerfen würden, hat man oft genug gehört dahier im Landtag, auch von Ihnen Herr Präsident. Und andererseits greifen die Verantwortungsträger zu einer sparsamen, aber effizienten Politik, die nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird, prügelt man sie auch wieder, weil man sagt, so darf das nicht ein. Und spielt wieder letztlich mit der Verunsicherung der Menschen. So ist es.

Ich glaube, daß die Opposition auch gut daran tun würde, sich nicht nur darauf zu beschränken. Herr Professor, es wäre vielleicht gut, wenn man sich nicht darauf beschränkt, alles und jedes madig zu machen. Nicht alles madig zu machen, was von der Regierung kommt, sondern es auch mit konstruktiven Beiträgen zu versuchen. Und Herr Mag. Hohegger hat es, glaube ich, heute schon gesagt, konstruktive Beiträge sind gefragt, nicht nur einen Fragenkatalog zu erstellen, wo man schon herausriecht, wo man schon von Kilometerentfernung sieht, was eigentlich damit gemeint ist, nämlich jemanden schlechtzumachen, eine gute Politik madig zu machen.

Herr Prof. Brunner, ich glaube, Ihr Verständnis vom Parlamentarismus beschränkt sich eben wirklich auf Erstellen von Fragenkatalogen. Konstruktive Vorschläge sind, Herr Professor, das verstehe ich, schwieriger zu erstellen, als Fragen um halb eins in der Nacht noch zu formulieren, wo man eben das Zeitwort, das Verbum vergißt. Ich glaube, wie auch immer, das wäre als Oppositionspartei auch einmal hinterfragenswert. Vielleicht sollte man sich eine andere Rolle, eine bessere, nämlich für das Land bessere, für die Menschen eine bessere, wie auch immer, zulegen. Das ist nur von mir eine kleine Überlegung dazu.

Ja, Herr Professor, noch etwas, und das gilt auch für die Frau Professor – ach Professor, sage ich schon – Mag. Hartinger. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Für einen Lehrer muß das furchtbar sein, wenn man so viele Professoren hat!“) Nein, überhaupt nicht. Ich habe kein Problem mit Lehrern. Ich komme gut aus mit den Lehrern.

Frau Kollegin, und das gilt auch für den Herrn Professor. Ich glaube, Sie haben beide das angesprochen: Es fehlte so ein gesamtmedizinisches

Konzept. Sie haben ganz konkret in Fürstenfeld die hämatologische Versorgung gemeint. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn es hier kein Leistungsangebot gäbe. Es hängt nicht vom Leistungsangebot ab, es hängt nicht von der medizinischen Betreuung ab, es hängt nicht vom Konzept ab. (Abg. Dr. Wabl: „Das Angebot gibt es ja!“) Es hängt nicht vom Konzept ab, es hängt von den Bedürfnissen der Menschen ab, was dort angeboten wird, meine Damen und Herren. Und diese hämatologische Versorgung wollen die Menschen dort. Der ganze oststeirische Raum wird dort versorgt.

Noch einmal. Die Versorgung richtet sich, natürlich basierend auf einem Gesamtkonzept, auf diesem gesamtösterreichischen Plan selbstverständlich, aber letztlich basierend auf den Bedürfnissen der Menschen, und was die Menschen dort brauchen, aus welcher Raum womit versorgt werden muß. Und nicht von irgendeinem abstrakten Plan – und, Herr Professor, Sie haben gesagt, Sie wollen nicht abstrakt reden, werden dabei aber abstrakt, wenn Sie irgendwelche Pläne verlangen. So in der Theorie gültige vielleicht. Das geht aber vorbei an den Menschen. Wir müssen das anbieten, was die Menschen dort brauchen, was der Raum dort braucht, was die Region dort braucht. Ich glaube, das ist entscheidend, und darauf ausgerichtet ist eben dieser gesamte Gesundheitsplan.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht zu lange reden, sonst werden Sie noch böse, wenn ich die Stunden verlängere. (Abg. Dr. Wabl: „Das, was der Prof. Seewann in Fürstenfeld Gott sei Dank anbietet, das würden im Grunde genommen alle in der Steiermark brauchen, weil es natürlich eine sehr wichtige Sparte ist!“) Ja, wenn es notwendig ist, warum nicht. Ich kann es nicht in Frage stellen, daß es dort unten nicht gebraucht wird. Die brauchen es unten, darum geht es. (Abg. Dr. Brunner: „Wenn dort, dann muß es finanziert werden!“ – Abg. Dr. Wabl: „Gott sei Dank gibt's es dort!“) Ja, selbstverständlich es muß finanziert werden. Selbstverständlich, sage ich immer wieder. Unter den vorhandenen Möglichkeiten das Beste daraus machen. Effizienter Einsatz vorhandener Ressourcen, finanzieller Ressourcen. Aber ich glaube nicht, daß es dadurch schlechter werden muß, wenn man weniger Mittel hat.

Was den Antrag betrifft, Frau Kollegin Hartinger, können wir nicht mittun. Dieser Antrag an sich ist ein Mischmasch, ein Durcheinander, ich sage es jetzt auch ganz hemdsärmelig, von Äpfeln und Birnen, verschiedenen Kompetenzen.

Wenn ich mir anschau, Punkt eins, das Leistungsangebot der Landeskrankenanstalten im Rahmen eines gesamtmedizinischen Konzeptes definieren, ist im ÖKAP enthalten und in erster Linie ein Auftrag an den Bund. (Abg. Mag. Hartinger: „Habt's ja schon einmal mitbeschlossen!“)

Ich möchte jetzt nicht alle Punkte da durchgehen. Aber Artikel 4 zum Beispiel, ein Konzept zur Erweiterung des Versorgungsauftrages der Steiermärkischen Krankenanstalten und so weiter. Das ist nicht im Interesse der KAGES. Frau Kollegin, ich glaube überhaupt, daß Sie ein Problem haben. (Abg. Dr. Wabl: „Du aber auch!“) Nein, ich habe kein Problem. Sie haben das Problem, innerbetrieblich zu

kommunizieren. Sie stellen da so viele Fragen herinnen, die Sie längst wissen müßten im Grunde genommen. Sie müßten mehr mit Ihren Leuten reden, in Ihrem Betrieb. Sie müßten sich das dort holen, was Sie als Abgeordnete brauchen.

Und zum Beispiel bei Punkt vier, „dieses Konzept ist nicht im Sinne der Firma“. (Abg. Mag. Hartinger: „Reden Sie mit meinen Kollegen?“)

Nein, schauen Sie noch einmal, die Firma hat gesagt, sie will sich auf die Akutbehandlung beschränken und will das andere gar nicht.

Und so weiter. Ich möchte jetzt nicht, aber ich könnte zu jedem Punkt etwas dazusagen. Jedenfalls dieser Antrag ist für uns ein großes Durcheinander, eine Vermischung von Kompetenzen und Aufgaben. Jawohl, richtig, Herr Präsident, dem werden wir nicht zustimmen.

Abschließend darf ich noch einmal sagen, daß – glaube ich – die Steiermark im gesundheitspolitischen Bereich sich auf dem richtigen Kurs befindet, mit dem richtigen Steuermann. Nicht zuletzt ist dies auch daran erkennbar, daß die Spitäler zum Beispiel aus dieser negativen Berichterstattung der Presse draußen sind. Es gibt über die Spitäler keine schlechte Berichterstattung mehr in den Zeitungen, was wir ja jahrelang gemeinsam erlebt haben. Bitte, das ist halt auch begründet, weil ein Klima des Vertrauens hergestellt wurde. Auch das ist ein Verdienst unseres Landesrates. Und das müßt ihr auch einmal zur Kenntnis nehmen. Daß es euch nicht paßt, wissen wir doch. (Beifall bei der SPÖ.)

Günter Dörflinger hat mit der Verunsicherung der Menschen einmal ein Ende gemacht. Er hat gesagt, weg, heraus aus dem tagespolitischen Geplänkel, seriöse Arbeit ist jetzt notwendig. Und diese Kleinkariertheit und diese Mißgunst, lieber Martin, sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.43 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

**Abg. Keshmiri (19.43 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Die geplante Funktionstrennung in den Landeskrankenhäusern Judenburg und Knittelfeld in den Fächern Interne und Chirurgie ist für die Bevölkerung untragbar, und zwar deswegen, weil sie eine massive Gefährdung der regionalen Basisversorgung bedeuten würde und die Qualität und die Sicherheit der medizinischen Versorgung deutlich verschlechtern würde. Beide Krankenhäuser sind derzeit relativ gut ausgestattet, gut strukturiert und würden nach der Trennung die Qualität eines Standardkrankenhauses mit allen fachlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen verlieren. Es steht auch noch keine realistische Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Diskussion, und daher konnte auch noch keine Folgekostenrechnung erstellt werden.

Im Österreichischen Krankenanstaltenplan sind ein paar Grundsätze definiert. Ich möchte zwei davon herausnehmen, und zwar zum ersten, es ist die Errichtung isolierter Fachabteilungen zu vermeiden,

und zum zweiten, in Krankenanstalten der Basisversorgung sind in jedem Fall die Bereiche Interne und Chirurgie zu erhalten.

Diese Grundsätze werden mit der Funktionstrennung ignoriert. Es wird auch ignoriert, daß die WHO festlegt, daß Krankenhäuser unter einer Zahl von 200 Betten nicht führbar und nicht wirtschaftlich sind.

Auch, leider muß ich sagen, im Spitalsressort ist es wie in vielen anderen Bereichen, es werden Teilgebiete aufgegriffen anstatt daranzugehen, ein kompaktes Konzept zu erarbeiten, anstatt eine schon längst fällige und auch dringend notwendige Neustrukturierung, und zwar in dem Sinne, wie es der Christian Brünner vorher gesagt hat, vorzulegen. (Beifall bei den Grünen.)

Die Versorgung und die Gesundheit der Bevölkerung sind bei einer solchen Trennung akut gefährdet. Und da kann ich mich der Meinung vom Herrn Kollegen Erlitz sicher nicht anschließen, wenn er sagt, daß wir hier nicht über die Lebensqualität der Bevölkerung diskutieren. Ich weiß schon, wir müssen sparen, aber nicht in diesem Fall, wo es wirklich um die Gesundheit und um die Gefährdung der Bevölkerung geht. Und Standortsicherung, recht gut und schön, aber bitte nicht um jeden Preis. (Abg. Huber: „Sie wollen, daß eines zugesperrt wird?“ – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sagen Sie gleich, welches!“) Es soll, wenn es nicht anders tragbar ist, zu einer Konzentration kommen. Ein neues zum Beispiel. (Abg. Vollmann: „Wer bezahlt?“) Was die Bezahlung angeht, da haben wir vor zirka drei Jahren 160 Millionen Schilling vergeudet, und zwar deswegen, weil im Landeskrankenhaus Judenburg eine gemeinsame Aufnahme von Chirurgie und Interne installiert wurde, und jetzt soll es wieder getrennt werden. Also, das sind vergeudete Steuergelder. (Abg. Vollmann: „Es ist für die Zukunft kein Geld da!“) Eben, das meine ich ja damit.

Ich meine, wir sollten uns zum Beispiel an den Niederlanden orientieren, denn nicht nur wir müssen sparen, sondern auch andere Länder. Gerade dort wird das sinnvoller als bei uns gemacht. Es wurde auf Grund des massiven Kostendrucks auf allen Ebenen reformiert, und es ist zu einer Umstrukturierung der Krankenhäuser gekommen und auch zu einer Konzentration.

Ich möchte noch einmal auf Judenburg und Knittelfeld zurückkommen. Es arbeitet ja zur Zeit eine Expertengruppe ein Gutachten aus, worauf wir natürlich schon sehr gespannt sind. Deshalb haben wir gemeinsam mit den Freiheitlichen und den Grünen einen Beschlußantrag mitformuliert (Abg. Pußwald: „Können Sie mir sagen, welches Krankenhaus zugesperrt wird?“) Wir warten auf die Expertengruppe, die wird auch die Kostenrechnung, hoffe ich, dann erstellen. (Abg. Huber: „Und Sie stellen dann den Antrag, daß eines zugesperrt wird?“) Nein!

Wir haben unter anderem den Antrag mitformuliert und darin urgiert, und zwar das Gutachten der Expertengruppe und auch ein Konzept bei der Rufbereitschaft in der Obersteiermark. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 19.48 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr darf ich dem Herrn Landesrat Dörflinger das Wort erteilen.

**Landesrat Dörflinger** (19.48 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich gehe einmal davon aus, daß die Frage eine Form der Kommunikation ist, die beinhaltet, daß der, der fragt, von anderen etwas wissen will, weil er es selbst nicht weiß. Ich finde es sehr beachtlich, Frau Kollegin Hartinger, was Sie angesichts Ihrer beruflichen Tätigkeit alles nicht wissen. (Abg. Mag. Hartinger: „Der Vorstand weiß es auch nicht!“) Das ist für mich eine beachtliche Erkenntnis. Ich sage aber dazu. (Abg. Mag. Hartinger: „Auch die Rechtsabteilung 12 konnte mir keine Auskunft geben!“), daß das natürlich auch das Recht ist und daß Sie diese Frage ruhig stellen sollen. Ich möchte Ihnen nur anhand von ein paar Beispielen es vielleicht erklären, und versuchen Sie es einmal von der anderen Seite her zu sehen, um das einmal sehr emotionslos zu sagen.

Die Verhandlungen über die Finanzierung der Spitäler rennen seit dem 29. März dieses Jahres auf der Ebene der Finanzreferenten, auf der Ebene der Gesundheitsreferenten, auf politischer Ebene, auf der Ebene der beamteten Finanzreferenten, auf der Ebene der beamteten Gesundheitsreferenten, zwischen dem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen und den Krankenhaushaltern und so weiter. Ich alleine, ich habe mir das jetzt, während Sie gesprochen haben, zusammengerechnet, war, glaube ich, in der letzten Woche an die 30 Stunden ausschließlich in solchen Verhandlungen, wo es in Wirklichkeit darum gegangen ist, daß wir um jeden Millimeter gekämpft und gerungen haben. Ich bitte Sie, das gilt für alle, die glauben, daß wir überhaupt nicht informieren wollen, daß es natürlich wahnsinnig schwer ist wiederzugeben, was in 70-, 80-, 90-, 100-stündigen Verhandlungen alles an Inhalten transportiert und alles an Themen auch diskutiert wurde. Ich nehme nur ein paar Beispiele heraus, Frau Kollegin.

Wenn man zum Beispiel die 67 Schilling, die einmal 50 Schilling waren, jetzt valorisiert, allein diese Frage war eine Dreiviertelstunde Diskussion, weil im Ursprungsentwurf die 50 Schilling drinnengestanden sind, die Experten sich nicht einig waren, ob die Valorisierung dann heißt, daß wir die 67 Schilling weiter kassieren können oder nicht. Ich sage Ihnen nur dazu, wenn Sie das alles von mir bei der Beantwortung einer dringlichen Anfrage hören wollen, bitte ich Sie das nächste Mal, mir das vorher zu sagen. Ich würde Ihnen dann mitteilen, daß Sie Zahnbürstl, Schlafsäcke und so weiter mitnehmen, weil da rede ich 20 Stunden darüber. Aber das ist geregelt, und es sind eben jene Bereiche, die auf Expertenebene mit den Leuten auch gemacht wurden.

Konkret die Frage der Auszahlungstermine: Das hat bitte damit geendet, daß der Bundesminister Klima aufgesprungen ist und gesagt hat, okay, dann streiten wir noch um 14 Tage, dann fliegt das Ganze in die Luft. Ergebnis war, daß wir den ersten Auszahlungstermin um 14 Tage nach vor verlegen konnten, weil wir damit eine Liquiditätslücke schließen können, die sich sonst ergeben hätte.

Also glauben Sie doch bitte nicht, daß ein Haufen von Leuten draußen zusammensitzt, wenn Sie schon der Meinung sind, daß wir nicht in der Lage wären, das zu händeln, wenn Sie schon der Meinung sind, daß gerade die Steiermark so schlecht vertreten ist, wenn Sie schon der Meinung sind, daß alle anderen so gut sind, müßte es Ihnen doch zu denken geben, daß wir insgesamt eine Einigung erzielt haben, die in Wirklichkeit für alle gilt und die auch von allen akzeptiert wird. Das gleiche gilt für ausländische Patienten.

Eines kommt schon auch dazu, und das sollte man, glaube ich, auch einmal sehen, es ist recht und billig, alles zu fordern und auf der einen Seite auch alles zu kritisieren. Am Beispiel Hartberg kann ich gerade in Ihrer Fraktion auch einmal die Linie festhalten. Es war sehr beachtlich, daß Sie gesagt haben, das soll nicht kommen, die Geburtenstation brauchen wir nicht, und daß 14 Tage, nachdem Sie das gesagt haben, mein Freund Landesrat Michael Schmid mit der blauen Kelle in der Hand neben mir bei der Grundsteinlegung gesessen ist, wo es dann darum gegangen ist, sich ablichten zu lassen und zu sagen, wir wollen das alle (Beifall bei der SPÖ.), wobei ich das zur Kenntnis nehme. Und ich sage dazu, ich war froh darüber, daß wir in der Regierung diese Einigung zustande gebracht haben. Ich war froh darüber, daß alle drei Fraktionen, die in der Regierung sitzen, dort waren und bei der Grundsteinlegung mitgemacht haben, weil es für die Leute notwendig war, weil es für die Leute wichtig war. Erlauben Sie mir, einmal eine kritische Anmerkung zu machen über alles, was Studien und Konzepte betrifft. Martin, es geht um die Oststeiermark auch. (Abg. Dr. Wabl: „Die Oststeiermark kenne ich besser als du!“) Weil es um eine Grundsatzentscheidung dort gegangen ist.

Und ich sage dazu, allein am Beispiel Weiz, Vorau, Hartberg, könnte ich Ihnen eine Stunde lang erzählen, welche Expertenmeinungen alle am Tisch liegen. Zugleich haben wir die Expertenmeinung gehabt vom ÖBIG. Ursprungskonzept, Ausgangslage – Vorau weg, Hartberg aufbauen und in Weiz anstelle der jetzt geplanten 70 Betten 200 Betten hin. Zur gleichen Zeit haben wir die Meinung des Rechnungshofes gehabt, der gesagt hat, Geburtenstation ist dort in Frage zu stellen. Und ich sage dazu, meine Damen und Herren, man wird und Sie werden kein Thema finden, auch außerhalb der Gesundheitspolitik, wo nicht verschiedene Experten verschiedener Meinung sind. Ich bin der Meinung, man muß es ausdiskutieren, man muß die Argumente anhören, aber man wird nie davon ausgehen können, daß 100 Prozent der Leute die 100prozentig gleiche Meinung haben. Dann ist es Aufgabe der Politik zu entscheiden. Und das haben wir in Hartberg gemacht, und das werden wir auch in anderen Fällen tun, weil sonst nur das eintritt, was eigentlich niemand will, daß Entscheidungen immer weggeschoben werden, daß Entscheidungen immer weitergeschoben werden und man immer auf irgend etwas anderes vertröstet. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, noch einmal zur Rufbereitschaft, weil ich wirklich glaube, daß man auch in der Politik bei aller verständlicher Gegensätzlichkeit, die es gibt, bei jedem legitimen Versuch, jemanden, der regiert, etwas ans Zeug zu flicken, man

doch bitte aufpassen sollte, womit man spielt und worüber man redet. Und ich sage ganz konkret bei der Rufbereitschaft, meine Damen und Herren, es ist Faktum, und ich wiederhole mich, daß wir in den steirischen Spitälern diese Rufbereitschaft haben. Es ist Faktum, daß höchstangesehene Ordensspitäler, die Barmherzigen, die Elisabethinen, das Diakonissenkrankenhaus in Schladming, diese Rufbereitschaft haben und durchaus die Versorgung trotzdem gesichert ist. Und man soll jetzt bitte nicht so tun, wenn das legalisiert wird, wenn das da ist, bricht der Notstand aus, es wird eine Katastrophe dort und da sein, sondern man sollte bitte die Realität sehen.

Daß wir uns alle bemühen, eine noch bessere Lösung zu finden, das steht ja außer Zweifel. Aber was würden Sie machen, wenn Sie Vertretern von Ordensspitälern gegenüberstehen, die händeringend sagen, bitte macht's das, weil sonst müssen wir zusperren. Gehen Sie dann hin und sagen, nein, ich denke gar nicht daran, wir machen das nicht. Oder gehen Sie dann hin, hören Sie sich dort die Argumente, auch der Ärzte, die dort arbeiten tagtäglich, an und sagen, okay, das ist ein Weg, wie wir weiterkommen. Das idealistisch gesehen und im Idealbild alles viel besser sein kann, alles viel klassischer sein kann, das ist auch noch da. (Abg. Mag. Hartinger: „Übernehmen Sie die Verantwortung, Herr Landesrat!“)

Um noch mit einer Mär aufzuräumen, was die Bundesregelung betrifft. Ich stehe auf dem Standpunkt, und das habe ich beim Arbeitszeitgesetz für die Spitalsärzte gesagt, und das gilt auch für die Rufbereitschaft, daß wir in Wirklichkeit die Standards festzulegen haben, zu sagen, das brauchen wir oder wir brauchen es nicht, daß wir dann bundeseinheitlich Regelungen vorlegen. Daß es nicht dazu kommt – das ist genau der Punkt, wo ich nicht bereit bin, das auf dem Rücken der Steiermark auskämpfen zu lassen –, daß eben Wien den höheren Personaldeckel hat, daß eben Wien mehr Ärzte hat, daß eben Wien die Regelung durchziehen kann. Wir können das dann nicht machen, nachdem vorher der Beschluß auf Bundesebene gefaßt wurde, daß der Bund seine Beiträge deckelt, daß die Krankenversicherungen die Beiträge deckeln. Weil im umgekehrten Sinne hätte das dann heißen, daß ich in den Landtag hineingehe und zu Ihnen sagen muß, ich brauche 60, 70, 80 Millionen Schilling mehr, damit wir das gleich umsetzen können wie in Wien. Dann wäre die Diskussion wahrscheinlich etwas anders ausgegangen.

Zur Frage Planung, meine Damen und Herren. Wir haben in einem kleinen Zwischenruf mit der Kollegin Hartinger die Frage Grundlage für Planungen hergenommen. Ich gehe davon aus, daß in allen Bereichen, aber auch im Krankenhauswesen wahrscheinlich viel weniger Planungsnotstand besteht, als Realisierungsnotstand besteht. Wir haben das Problem, daß es für alles und für jedes und überall Berge von Konzepten, Untersuchungen, Plänen und weiß der Teufel was alles gibt, daß wir aber in der Realisierung weit hinten nachhinken.

Und ich sage Ihnen auch dazu, ich denke nicht daran, bevor der ÖKAP, der Österreichische Krankenanstaltenplan, abgeschlossen ist, abgesegnet ist, mit dem Bund vereinbart ist, unsere Experten, und das sind 20, 30 Leute, dann in irgendeine Wüste zu hetzen,

daß sie dann frisch drauf los planen, dann kommt ein paar Monate später der Österreichische Krankenanstaltenplan, dann sage ich, halt, Freunde, Kommando zurück, wir fangen wieder ganz neu an, weil im ÖKAP ist alles nicht gedeckt, wir machen das anders. Und ich glaube, daß wir da in der Hierarchie der Abstufungen durchaus richtig handeln, wenn wir hergehen und sagen, wir brauchen die Bundesregelungen, die da sind, aufbauend auf diese Bundesregelungen machen wir das und aufbauend auf diese Bundesregelungen können wir im Rahmen dessen, was möglich ist, das umsetzen. Keiner von uns verspricht den Leuten goldene Nachttöpfe in den Spitälern oder sonst irgend etwas. Das, was wir Ihnen versprechen können, ist, daß wir mit den Mitteln, die wir haben, optimal arbeiten und einen ordentlichen Einsatz machen.

Frau Kollegin Keshmiri, ich glaube wirklich, das Problem, wenn Sie über den Österreichischen Krankenanstaltenplan reden und sagen, daß die Lösung – wieder ein Beispiel von sehr vielen heute – Judenburg/Knittelfeld im Widerspruch zum Österreichischen Krankenanstaltenplan wäre. Jetzt gehe ich davon aus, daß Sie nicht bewußt da etwas sagen, was falsch ist, sondern daß Sie ganz einfach das nicht kennen. In der letzten Fassung des Österreichischen Krankenanstaltenplanes ist drinnen LKH-Verbund Judenburg-Knittelfeld mit der Fußnote, daß die beiden gesamt zu betrachten sind, auf Grund der Nähe, auf Grund der Versorgungsnotwendigkeiten, sozusagen auf Grund der Diskussionen, die da sind. Ich glaube schon, daß man auch das von der fachlichen Seite her einmal sehen sollte und sich da durchaus auch auf jene Leute verlassen sollte, die da mitarbeiten und die etwas in die Richtung tun.

Ich möchte grundsätzlich, bevor ich zum Schluß komme, Frau Kollegin Hartinger, ich weiß jetzt nicht, wie Sie das gemeint haben, daß Sie den Gesundheitsbericht nicht kennen. Sie haben gesagt, es ist dieses weiße Bücherl mit Manderl oben (Abg. Mag. Hartinger: „Das ist der Gesundheitsplan und kein Gesundheitsbericht!“)

Ja darum, eben. Dieser Gesundheitsbericht 1995 ist Ihrem Klub zugestellt worden. Ich behebe die Kommunikationsmängel in Ihrem Klub, indem ich Ihnen den Gesundheitsbericht direkt gebe. Sie können ihn haben, also, Sie können nicht behaupten, daß es ihn nicht gibt. Er ist da. Es ist kein weißer mit Manderln oben, sondern ein grüner mit dem steirischen Wappen. Sie kriegen ihn noch. (Abg. Mag. Hartinger: „Ich kenne ihn, aber von der Firma!“)

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht zum Schluß. Ich halte es, wirklich ohne Zynismus und ohne Überheblichkeit, für irrsinnig positiv, daß wir im Landtag der Gesundheitspolitik viel, viel mehr Augenmerk schenken. Ich glaube, daß das insgesamt wirklich notwendig ist. Ich glaube, daß Gesundheitspolitik nicht von den Finanzern bestimmt werden kann, wo sie auch immer sitzen. Ich glaube, daß Gesundheitspolitik viel mehr ist. Ich würde mir wünschen, daß wir ein einigermaßen sachliches Klima aufrecht erhalten bei allen Spitzen und dabei allen Untergriffen, die da oder dort auch gegeben sind.

Eine Bitte habe ich noch. Bei all dem, was wir auch heute wieder besprochen haben, und das ist mir wirklich ein persönliches Anliegen, bewegen wir uns halt auch in sehr ausgefahrenen Wegen und ausgefahrenen Gleisen. Wir reden bei Gesundheitspolitik immer ausschließlich über Spitäler, ausschließlich über niedergelassene Ärzte, über Rehabilitation, über Nachsorge. Ich glaube, wir sollten uns viel, viel mehr dem zuwenden, was international jetzt auch unter Gesundheitspolitik verstanden wird, daß wir nämlich alles machen, um Prävention und Vorbeugung voranzutreiben. Daß wir endlich einmal wegkommen von diesem irrsinnigen Mißverhältnis, daß man 2,8 Milliarden Schilling in die Spitäler hineinsteckt als Land, aber bei 34 Millionen Schilling für die Vorbeugung bleiben. Da ist ein Potential drinnen, das unermesslich ist, nicht nur im finanziellen Bereich, sondern auch im menschlichen, im humanen Bereich. Weil jeder, der nicht krank wird, ist auf der einen Seite eine Ersparung, auf der anderen Seite für ihn aber auch ein positiver Ansatz. Und das sollten wir auch zusammen sehen. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren, ich werde nicht müde werden, mit Ihnen das zu diskutieren und das zu predigen.

Und ich bitte Sie auch um eines noch draußen. Die Mehrheit dieses Hauses hat dem Budget zugestimmt. Niemand von uns kann erwarten, daß wir mit weniger Geld viel mehr machen. Wir versuchen mit dem, was wir haben, auszukommen. Und ich sage als Referent dazu, es wäre viel, viel leichter herzugehen und zu sagen, ich brauche dort noch 100 Millionen, ich brauche da noch 300 Millionen. Ich weiß aber bitte, wenn ich mir die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark anschau, ich weiß, wenn ich mir die Situation der Bauern anschau, ich weiß, wenn ich mir die soziale Situation anschau in manchen Bereichen der Steiermark – weil die Kollegin Rieder dasitzt –, daß es wirklich ein Fehler wäre, wenn ich mich so verstehen würde, daß ich ausschließlich Lobbyist für den Gesundheitsbereich, für den Spitalsbereich bin und daß mir alles andere Wurscht ist. Weil es mit den Bauern nicht weitergeht, wenn es mit der Jugendbeschäftigung nicht weitergeht, wenn wir dort irrsinnige Probleme bekommen, nützen uns die ganzen Spitäler auch nicht. Wir bemühen uns mit dem, was wir haben, auszukommen. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen. Es ist sicherlich viel schwerer, den Leuten draußen zu sagen, das geht nicht und das geht auch nicht, als hinaus gehen und zu sagen, da kriegst noch was dazu und da kriegst noch sonstwas dazu. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.03 Uhr.)

**Präsident:** Der von der Frau Mag. Hartinger verlesene Beschlußantrag entspricht der Geschäftsordnung. Wer diesem Beschlußantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir setzen nun, meine Damen und Herren, die Debatte beim Tagesordnungspunkt 9 fort. Es liegen mir noch 16 Wortmeldungen vor.

Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko hat das Wort.

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko (20.04 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben mit einer mehrstündigen Unterbrechung nunmehr das Thema Tourismus fortzusetzen, und gestatten Sie mir, daß ich Ihnen zu den Ausführungen des Erstredners, des Kollegen Tasch, einige Worte sage.

Natürlich ist es richtig, daß der Tourismus nicht gerade Erfolgszahlen schreibt. Wenn man allerdings die Umstände in Europa betrachtet, dann darf man sich nicht wundern, daß es so ist. Wir haben aber die Aufgabe, aus dieser Situation das Beste zu machen. Und ich habe mir gerade gedacht, es wäre doch hervorragend, wenn wir analog zu den Wunderdingen, die uns der Kollege Erlitz – er ist jetzt leider gerade gegangen – über unseren Landesrat Dörflinger im Spitalswesen erzählt hat, daß wir ihn uns kurz ausborgen und ihn ein paar Monate einsetzen im Tourismusbereich (Abg. Dr. Flecker: „Gute Idee!“), dann könnten wir wenigstens im nächsten Jahr eine hervorragende Saison unser eigen nennen und alle Probleme, die es gegeben hat, wären damit bereinigt. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur, meine Damen und Herren, so leicht ist es einfach leider nicht. Ich habe, um gleich damit fortzufahren, einen sehr interessanten Beschlußantrag vom Kollegen Tasch gehört, der sich mit einer Änderung der touristischen Struktur auseinandersetzt, indem er vorschlägt, daß man eine Tourismus AG. schaffen sollte, die zugleich das Ende der Landesholding bedeuten würde, und daß man mit der Gründung dieser Tourismus AG., wie er sie darstellt, dann Voraussetzungen schafft, die es ermöglichen, Maßnahmen zu setzen, vor allem auch finanzieller Natur.

Interessant dazu parallel ist die Ankündigung, daß wir sehr wesentliche und sehr gute Teilhaberaktivitäten, zum Beispiel unsere Teilnahme an Projekten wie in der Thermenregion, wo wir also gutes Geld angelegt haben, verkaufen. Schlußendlich entsteht für mich der Verdacht, daß ich auf der einen Seite die guten Sachen verkaufe, um mit den restlichen Dingen nach dem alten Sprichwort „die Rosinen werden verkauft und die Zibeben bleiben über“, daß ich mir dann natürlich eine Gesellschaft schaffe, deren Handlungsbedarf darin bestehen wird, wahrscheinlich die Liquidierung des Verbleibenden in die Wege zu leiten. So sollte es bitte auch nicht sein.

Ich habe aber, glaube ich, in der Zwischenzeit einen Wink bekommen, daß dieser Antrag zurückgezogen oder abgeändert wird und jetzt dem entspricht, was da drinnensteht. Oder ist das der Antrag der SPÖ? Da steht jetzt drauf, Bacher und Mag. Hohegger und Purr.

Dann gehen wir gleich zu diesem Antrag, der ja im wesentlichen dasselbe sagt, nur ist er etwas undurchsichtiger formuliert. Da redet man halt von einer zweckmäßigen Gesellschaftsform mit strategischen Partnern und Teilprivatisierungen. Das heißt also, man hat das jetzt ein bißchen anders formuliert, aber die Katze ist dieselbe, die in dem Sack drinnen ist, und wenn sie dann herauskommt, dann schaut das halt wieder so aus.

Wir sind der Idee der Tourismus AG., wie sie in der vergangenen Periode mit Landesrat Ressel des öfteren diskutiert wurde, durchaus mit Überzeugung nahegetreten, weil wir glauben, daß es sinnvoll ist, daß das Land sein Eigentum, seine Essenz, wie man so schön sagt, zweckmäßig und erfolgsbringend einsetzt und aus diesem Bereich Mittel lukriert, die sie dann wiederum in den Bereich einbringt, in dem sie tätig ist. Unter diesem Aspekt kann ich mir eine AG. durchaus vorstellen. Nur durch Teilprivatisierung, was ja nichts anderes ist als ein schöner Verkauf, etwas anders ausgedrückt, werde ich das wiederum nicht schaffen. Insofern glaube ich, daß sich hier die Katze in den Schwanz beißt und wir uns schlußendlich wiederum damit beschäftigen werden, wie wir die Häute, wie wir das Umfeld, die Schale strukturieren werden, ohne uns mit der Lösung der touristischen Probleme zu beschäftigen. Ich glaube, daß das sehr angebracht ist, weil es wirklich nicht gut aussieht im österreichischen Tourismus. Trotz des Umstandes, daß wir als Steirer noch immer mit einem blauen Auge davorkommen, müssen wir einfach sagen, irgendwann einmal sind die beiden Augen mit blauen Augen zu und wir werden nichts mehr sehen. Und das kann uns nicht guttun.

Wir haben zwei touristische Strukturen, die wir gegenüberstellen müssen. Auf der einen Seite ist das der Tourismus der Thermenregion, der ein ganz spezifisches Gesundheits- und teilweise Freizeitverhalten abdeckt, auf der anderen Seite die touristischen Gebiete, wie die Dachstein-Tauern-Region, die Heimat am Grimming, das Steirische Salzkammergut, die sich auf der einen Seite mit dem klassischen Sommertourismus, der Sommerfrische, auf der anderen Seite mit dem Wintersport und allen damit verbundenen Facetten auseinandersetzen hat.

Während das sommertouristische Angebot durchaus relativ leicht zu erstellen ist und keine zusätzlichen Kosten verursacht, sieht man vielleicht von ein paar Badeseen ab und vielleicht auch dem Umstand, daß man einmal irgendwo ein Bad bauen muß und vielleicht einmal Radwege installiert, obwohl die Leute früher auch auf Rädern gefahren sind, nur es ist halt etwas anspruchsvoller geworden; ist es für den Wintertourismus schon etwas schwieriger, weil natürlich große Kosten für die Investitionen in Aufstiegshilfen und ähnliches zu leisten sind. Trotzdem hat die Steiermark, und das muß ich sagen, auch bei nicht gerade optimaler Lage im touristischen Geschehnis, es immer wieder geschafft, auf der einen Seite durch sportliche Großveranstaltungen, auf der anderen Seite durch Initiatoren in den jeweiligen Regionen zustande gebracht, wenigstens jenes Maß an Infrastruktur zu errichten, die notwendig ist, um einen Anlauf in diese Richtung zu machen. Wir wissen von Schladming, das beginnend mit der Schiweltmeisterschaft, dem Weltcup und allem anderen und auf der anderen Seite durch Veranstaltungen, wie der Schiflug-WM und als solches durchaus in der Welt der Schifahrer und der Wintertouristen irgendwo seinen Namen bekommen hat. Daß wir nicht mit den großen Wintersportorten der Schweiz und Westösterreichs konkurrieren können und auch wollen, ist wohl selbstverständlich, weil wir uns dazu nicht versteigen wollen. Wir bieten aber mit „klein, aber fein“ doch eine Palette an, die durchaus

attraktiv ist. Wir sollten uns schlußendlich auch davor hüten, dieses „klein, aber fein“ mit aller Gewalt auch dort anbringen zu wollen, wo die Voraussetzungen nicht in jenem Maße gegeben sind. Wir werden uns doch überlegen müssen, ob wir schlußendlich, nach dem Gießkannenbetrieb, jedem Ort nördlich der Mur und der Mürz seine Wintersportanlagen schaffen, um zumindest den Erhalt und Bestand der derzeit vorhandenen Regionen abzusichern und die touristische Krise, die ja nicht eine steirische ist und auch nicht eine österreichische, sondern eine europäische ist, durchzutauchen. Die Schweizer, die Franzosen in ihren Schigebieten haben dieselben Probleme. Und auch die Deutschen im Alpenvorland leiden unter denselben Problemen. Es ist nun einmal so, daß die Globalisierung, die wir am Arbeitsmarkt haben, auch sicherlich im Tourismus Eingang gefunden hat, und bedingt durch die Fülle von anderen Attraktionen ist durchaus eine Abwanderung unserer klassischen Gästeländer, wie die Bundesrepublik Deutschland, zu bemerken.

Das ist aber nicht das einzige. Das zweite, was viel bedenklicher ist und viel drastischer ist, ist der Umstand, daß auch in unseren klassischen Gästeländern die wirtschaftliche Kapazität und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bewohner, bedingt durch die Krise, die wir in Europa haben, sicherlich nachgelassen haben. Und wo beginnt man vernünftigerweise am allerersten zum Sparen, dort, wo es am wenigsten weh tut, und dazu gehört sicherlich auch der Urlaub. Man wird einen kürzeren Urlaub machen, man wird einen billigeren Urlaub machen, und damit fällt also die Reise aus. Das zeigt sich interessanterweise natürlich auch im Bereich des Angebotes. Während wir auf der einen Seite in dem kategorisch hochwertigen Angebot der Fünf- und Viersternhotels durchaus das Klientel halten können, weil diese Leute von einer wirtschaftlichen Rezession wesentlich später oder zum Teil gar nicht betroffen werden, weil jede Zeit Leute hat, die über viel Geld verfügen, stellen wir fest, daß wir in dem Bereich, wo der normale Tourist, Herr und Frau Maier und alle die, die ein bißchen von dem, was sie über das Jahr angespart haben, an Urlaub in Österreich verbracht haben, einfach nicht mehr mitkönnen. Die waren diejenigen, die die Zwei- und Dreisternehotels besucht haben. Auf der anderen Seite haben wir eine Steigerung in jenen Gebieten, die also von der Wertschöpfung her noch geringer anzusiedeln sind, was jetzt die Nächtigung betrifft – Campingplätze und solche Sachen nehmen an und für sich zu. Das soll nicht heißen, daß in diesen Bereichen kein Geld ausgegeben wird, weil Campinggäste durchaus auch von der Wertschöpfung her zu guten Gästen zu zählen sind. Das heißt also, wir werden uns auch mit einer noch so starken Anstrengung in den Programmen des Gastes, der uns derzeit nicht kommt oder der ausbleibt, nicht versichern können. Und wir werden es nicht schaffen, dort die Lücken, die wir derzeit in der Nächtigung haben, zu schließen.

Nur glaube ich, meine Damen und Herren, daß die Nächtigungszahl nicht der entscheidende Parameter ist, um festzustellen, ob jetzt der Tourismus noch etwas bringt oder nicht. In meiner Heimat, in Aussee, haben wir heuer, ich möchte fast sagen Katastrophensommer

gehabt, was das Wetter betrifft. Das hat sich sicherlich bei den Badegästen ausgewirkt, das hat sich, hat man befürchtet, bei den Ausflugshäusern oder bei den Gaststätten ausgewirkt, was nicht der Fall war, weil spaziergehen war das einzige, was den Leuten noch übriggeblieben ist, nachdem sie weder baden noch schifferfahren, noch segeln konnten. Aber die Betriebe im Ort, die Geschäfte haben Rekordergebnisse erreicht, weil die Leute mehr Zeit gehabt haben, sich bei Schlechtwetter mit dem Einkauf von Dingen auseinanderzusetzen und dann doch das eine oder andere gekauft haben, und das war sehr gut. So daß man summa summarum sagen könnte, trotz schlechter Nächtigungszahlen habe ich eine gute Wertschöpfung. Es ist eine Umverteilung erfolgt.

Und nachdem wir im Tourismusgesetz und in den Maßnahmen, die wir schon vor Jahren gesetzt haben, versucht haben, auch hier einen gewissen Ausgleich zu schaffen und Instrumentarien anzuleiern, die zwar nicht heilen, aber eine sehr gute Selbsthilfestütze darstellen können, einen Katalysator, ist anzunehmen, daß die Umsatzsteigerung, die in dem Bereich erfolgt ist, vielleicht die Umsatzverluste auf der anderen Seite abdeckt. Und das eine Jahr haben wir einen schönen Sommer, da wird es vielleicht den Ort mehr treffen, das andere Jahr haben wir einen schlechteren Sommer, und wir sind halt einmal in dem Bereich durchaus witterungsabhängig.

Daß die Presse sich natürlich mit dem Phänomen der leeren Häuser auseinandersetzt, dafür habe ich Verständnis. Ich erwarte auch in Kürze die ersten Meldungen, daß wir heuer grüne Weihnachten haben werden, es ist fast an der Zeit, und wir werden bis am Tag vor dem Heiligen Abend, wo die letzten Mitteleuropäer sich entschließen, nach Österreich schifahren zu gehen, diese Meldungen hören, und wir können uns nur wünschen, daß der Winter besser wird, als es der Sommer war, damit wir vielleicht einen Teil dessen, was hier verlorengegangen ist, einholen können.

Man darf auch bitte nicht mehr den Fehler machen, die touristische Statistik in einem jährlichen Rhythmus zu betrachten. Wir werden nicht darum herumkommen, größere Zeiträume für die Beurteilung der Maßnahmen, die gesetzt wurden, heranzuziehen. Wir werden uns also sicherlich eher auf drei, vier bis zu fünf Jahren zu einigen haben, um zu sehen, wie Maßnahmen wirken. Die Erstellung eines Badesees in einem Ort, der beginnt, eine touristische Infrastruktur zu heben, wird sich im heurigen Herbst oder im heurigen Jahr sicherlich nicht zu Buche schlagen, kann aber im nächsten Jahr sensationell sein. Dasselbe würde für einen Schilift gelten in einem schneelosen Winter. Das heißt, wir werden längere Zeiträume einsetzen müssen, und wir werden auch die Maßnahmen, die wir setzen, nicht von Jahr zu Jahr mit Katastrophenmeldungen überschütten dürfen, sondern wir müssen uns das geduldig über längere Zeiträume anschauen.

Wenn wir, meine Damen und Herren, alle Maßnahmen, die notwendig sind, um ein gutes touristisches Angebot zustande zu bringen, ausschöpfen, dann werden wir die zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem überschreiten. Vor allem deshalb, weil die Kapitalkräftigkeit der sogenannten

Tourismusindustrie, der Gastronomie, der Hotellerie, der Aufstiegshilfen, der Bootsverleiher, der Schifffahrtsgesellschaft und so weiter, die haben keine Möglichkeiten mehr, selbst etwas zu tun. Im Gegenteil, sie gehören zum Großteil schon der Bankwirtschaft und bereiten diesen schon mehr Kopfzerbrechen, und es finden sich schon in vielen Bereichen kaum mehr junge Leute, die ein bis über den Kopf verschuldetes Unternehmen von den Eltern übernehmen. Eine tragische Situation, aus der es eigentlich kaum einen Ausweg gibt. Es sei denn, wir entschließen uns, von der öffentlichen Hand her, dazu gemeinsam mit den Banken, gemeinsam mit der Wirtschaft, Maßnahmen zu setzen, die diesen Würgegriff erleichtern, um es zu ermöglichen, dort wieder neues und junges Leben einzuhauchen.

Investitionen in diesem Bereich sind willkommen, werden auch vom Land gemacht, in einer Dimension, ich denke nur an die Verbindung der Schigebiete zwischen Reiteralp auf der einen Seite beziehungsweise Kreischberg und dem westlichen Teil des Ennstales, auch im Bereich Murau. Wir müssen nur aufpassen, daß wir in der Thermenregion – (Abg. Vollmann: „Du redest schon so lang!“) Ich werde so lange reden, wie es mir Spaß macht, ich habe 20 Minuten Zeit, wenn nicht noch mehr. (Abg. Vollmann: „Du hast aber schon überzogen!“)

In der Thermenregion werden wir uns langsam überlegen müssen, ob wir noch zusätzliche Investitionen tätigen, wenn wir sehen, daß durch das große neue Angebot viele der älteren an sich schon mit Strukturproblemen kämpfenden Orte dadurch ins Trudeln kommen.

Wir müssen in diesem Zusammenhang zwei Voraussetzungen schaffen. Die erste ist die, daß wir alles tun, um das, was wir schon haben, zu nutzen, und den Handelnden in den Touristikorten auch Dinge als positiv anbieten, die weniger kosten. Und wir müssen auch die Ehrlichkeit haben, daß es nicht möglich ist, auf alle Wünsche, die aus diesem Bereich kommen, einzugehen. Aber, das ist individuell zu regeln, von Fall zu Fall. Und ich bin durchaus überzeugt, daß man in einer Phase der kleinen Schritte langsam, aber sicher beginnen kann, diese Projekte zu realisieren, weil sie Hoffnung sind für jene Betriebe, die dort angesiedelt sind, durchzutauchen, zu versuchen, aus der Krisis zu kommen oder die Krisis noch ein Jahr mitzutragen und beim letztmaligen oder nochmaligen Versuch, es noch einmal zu probieren, eine Hilfe zu sein, wenn auch eine moralische, weil vom Geld her werden wir es nicht schaffen.

Und zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal ein Thema aufgreifen, das uns vor fünf Jahren bewegt hat. Weil ich gerne einmal wissen möchte, was mit einem Mann geschehen ist, der an der Spitze unserer Tourismusorganisation, nämlich der Steiermark-Werbung, gestanden ist, der noch immer ein Gerichtsverfahren anhängig hat, dessen Abfertigung, dessen Gehalt seit Jahren ruht. Wie lange noch muß ein Mensch, der seine Arbeitskraft dem steirischen Tourismus zur Verfügung gestellt hat und sicherlich in gewisser Weise ein Opfer der Politik geworden ist, darauf warten, daß ihm entweder recht gegeben wird oder zumindest sein Verfahren zu einem Ende gebracht wird. Auch da

würde ich die Verantwortlichen ersuchen zu reagieren. Schlußendlich bleibt uns nur ein Wunsch offen: Viel Schnee, sonnige Tage, damit wir im Tourismus erfolgreich sein können. Alles andere werden wir in der Kürze der Zeit und aus Mangel an Mitteln nicht schaffen. Aber ein herzliches Glückauf dem steirischen Tourismus ist mehr als angebracht. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 20.24 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Bacher das Wort.

**Abg. Bacher (20.24 Uhr):** (Abg. Mag. Hartinger: „Das ist aber nicht Gesundheit!“) Auch Gesundheit, guter Tourismus ist auch Gesundheit, Frau Kollegin, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In ein paar Worten, ein bißchen etwas zu meiner Region – Bezirk Murau. In den letzten Jahren ist bei uns eigentlich eine gesunde Entwicklung passiert. Es hat sich vieles getan. Es ist nicht angeheizt worden, sondern es ist schön langsam gewachsen. Und wir können stolz berichten, daß vor allem im Bereich des alpinen Tourismus und bei den Aufstiegshilfen in der Region passiert ist.

Es waren nicht zuletzt das Land und die Holding, die mit der Initiative Kreischberg als Leitprojekt für die Region vieles in Bewegung gesetzt haben.

Wir können mit Stolz vom Ausbau des Lachtales – Sechsergondelbahn – und dem Ausbau Grebenzenlift berichten. Ich hoffe, daß in der nächsten Zeit durch die Initiative des Landesrates Hirschmann auch bei den Grebenzenliften eine finanzielle Beteiligung durch das Land passiert.

Im Bereich des alpinen Tourismus ist in der Region in den letzten Jahren ein Angebot bereitgestellt worden, wo man sagen kann, da haben wir vieles erreicht!

Im Sommertourismus haben wir auch im eigenen noch einiges weiterzubringen. Ich denke vor allem hier an den Radlweg. Da haben wir noch weiße Flecken in unserer Landkarte. Ich hoffe, daß es uns gelingt, vor allem auch intern im Bezirk, diese weißen Flecke in den nächsten Monaten und Jahren so weit zu bringen, daß es eine durchgehende Radfahrstrecke vom Murursprung bis nach Radkersburg gibt. Ich glaube, das ist wichtig und notwendig.

Wir machen uns auch viele Gedanken über ein Leitprojekt für den Sommer, weil gerade auch wir diese Probleme haben, daß wir zwar mit dem Holzmuseum und gewissen kulturellen Einrichtungen vieles anbieten können, aber bei schlechtem Wetter und für die Jugend bieten wir fast nichts. Ich glaube, darüber müssen wir nachdenken. Ich hoffe, daß uns auch in dieser Richtung etwas gelingt.

Das Wichtigste, was bei uns passiert, ist, ist das, daß wir einfach eine Identität gefunden haben, und zwar mit dem Holz. Wir stellen uns als Holzbezirk dar, nicht zuletzt, wie schon erwähnt, durch das Holzmuseum, ausgehend über die Landesausstellung bis zu dem Holzkongreß, der vor kurzem in Murau wieder stattgefunden hat, mit internationaler Beteiligung. Damit sind wir da auch auf einer richtigen Spur – ökologischer Tourismus, schonungsvoller Tourismus. Ich

möchte unseren Gästen in der Region und uns allen viel Glück und viel Schnee wünschen, Herr Präsident. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte aber auch die Gelegenheit wahrnehmen, dir, lieber Herr Landesrat Hirschmann, zu danken (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das habe ich vergessen. Bitte um Entschuldigung, das habe ich vergessen!“) – ich übernehme den Part, Herr Präsident –, weil du, Herr Landesrat Hirschmann, wirklich einer bist, der in den letzten Monaten und Jahren, seit du für den Tourismus zuständig bist, in der kurzen Zeit vieles schon bewegt hast. Ich denke an das Leitprojekt Ö-Ring – es ist auch ein positiver Impuls für die Region Murau. Und wenn ich daran denke, daß bei uns Hotels heuer schon ausgebucht sind durch den Grand Prix im nächsten Jahr. Wir sind froh, daß es diesen Ö-Ring in Zeltweg gibt. Wir profitieren auch in der Region. Wir müssen uns nur selber noch mehr anstrengen und uns auch daran beteiligen. Wir müssen selber Ideen finden, wie wir das gemeinsam für die Region, für den Bezirk vermarkten. Ich glaube, daß das ganz wichtig ist.

Herr Präsident, ich bringe jetzt den Beschlusantrag ein. Ich ziehe den ersten, den der Kollege Tasch eingebracht hat, zurück. Ich lade Sie ein, treten Sie diesem Beschlusantrag bei.

Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Bacher, Dr. Flecker, Purr, Vollmann, Alfred Prutsch, Schleich, Tschernko und Mag. Hochegger zum Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 257/1, betreffend den Tourismusbericht für das Jahr 1995.

Es wird der Antrag gestellt, betreffend Leitprojekte, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer zweckmäßigen Gesellschaftsform der Steiermärkischen Landesholding inländische strategische Partner zu suchen, um sodann in diesem Bereich zu Teilprivatisierungen zu kommen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Realisierung regionaler touristischer Leitprojekte in der Steiermark Förderungsmittel aus der Beteiligungsverwaltung oder den jeweils in Betracht kommenden Ressorts, wie Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Landwirtschaft, Sport, Tourismus, zu konzentrieren und damit einen möglichst effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten.

Ich bedanke mich. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.30 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

**Abg. Vollmann (20.30 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Lassen Sie mich zum Tourismusbericht einmal ein bißchen unkonventionell beginnen.

Herzlichen Dank jenen, die sich die Mühe gemacht haben, einen solchen durchsichtigen Bericht zu erstellen – genau aufgelistet, in allen Bereichen durchsichtbar, verständlich und, ich glaube, auch öffentlich-

keitswirksam –, weil es ganz wichtig ist, der Öffentlichkeit einmal zu zeigen, was der Tourismus eigentlich wirklich bewegt. Ich danke, daß man meinem seinerzeitigen Antrag und der Anregung nachgekommen ist, daß diesem Tourismusbericht auch der Geschäftsbericht der Steirischen Tourismus Ges. m. b. H. beiliegt. Wenn auch nur in trockenen Zahlen, Schlagworten aufgezählt ist, steckt hinter diesen Zahlen unheimlich viel Arbeit, Hirnschmalz – lassen Sie es mich steirisch sagen –, gemeinsame Bemühungen für den Tourismus. Ich behaupte immer, daß jene, die im Tourismus tätig sind, am wenigsten dafür können, daß sich der Tourismus so entwickelt hat.

Ich freue mich auch über den letzten Beschlußantrag des Kollegen Bacher, weil ich mir den Tourismusbericht 1994 hergenommen habe und dort unter den Bemerkungen 5. und 5.1. gesehen habe wesentliche Leitlinien und Maßnahmenbereiche für die Sicherung und die Weiterentwicklung des Tourismus in der Steiermark, Beteiligungspolitik der öffentlichen Hand (des Landes) als effiziente Form der Tourismuswirtschaftsförderung. Also, es hätte mir schon weh getan, wenn wir nur gesagt hätten, wir verkaufen unsere Anteile, geben sie hinaus.

Der Kollege Vesko, als einer meiner Vorredner, hat gesagt, daß gerade hier der Ges. m. b. H., der Holding große Verdienste obliegen, damit die Thermen und das Thermenland sich so weit entwickeln konnten. Und ich glaube, das stimmt auch, und es ist ein wichtiger Bereich.

Meine Damen und Herren, wie 1994 haben wir auch 1995 bereits einen Rückgang im Tourismus zu verzeichnen gehabt – in der Steiermark minus 6 Prozent. Und in diesem Sommer sind neuerlich weniger ausländische Gäste als im Vorjahr nach Österreich gekommen. Gleichzeitig, und das lassen Sie mich auch einmal sagen, zieht es die Österreicher im Urlaub – Arbeitslosigkeit hin, Sparpaket und Strukturmaßnahmen her – ins Ausland, in die Ferne.

Und die Nettoeinnahmen aus dem Tourismus sind binnen fünf Jahren in Österreich von 70 auf 18,5 Milliarden gesunken. Sie können das traditionell hohe Handelsbilanzdefizit, das nunmehr eine stattliche Höhe in Österreich erreicht hat, nicht mehr aufhalten und abdecken.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß das gerade eine Sache der Entwicklung ist, die uns alle berührt und auch trifft, und ich meine halt, daß der Tourismus auf dem Rückzug, auf dem er sich befindet, nicht allein die Schuld auf jenen abladen kann, die im Tourismus arbeiten. Meine Damen und Herren, der Tourismusbericht widmet sich in weiten Teilen und in weiten Bereichen der Qualität, der Ausstattung, den Zeiten – den Tourismuszeiten, den Erholungszeiten –, den Erholungssuchenden und in einem ganz kurzen Bereich den Arbeitnehmern, die dort tätig sind. Auf einer der Seiten ist zu lesen, 15.866 Arbeitnehmer sind beschäftigt im Jahre 1995, um 397 mehr als 1994, davon 2228 Lehrlinge, ein Minus zwar von 3,8 Prozent, aber noch immer mehr als in anderen Bundesländern vergleichsweise an der Gesamtsumme der Beschäftigten. Das heißt also, daß steirische Betriebe

bereit sind, Lehrlinge auszubilden, weil ihnen ganz genau klar und bewußt ist, was sie an ausgebildeten Arbeitskräften haben.

Meine Damen und Herren, die Mitarbeiter eines Betriebes müssen daher auch immer mit entsprechender Kompetenz ausgestattet und motiviert werden. Denn die Motivation ist nicht für uns selbst, sondern für jeden einzelnen das wichtigste. Was für den Unternehmer gilt, nämlich durch Einsatz Erfolg zu haben und Motivation zu haben, gilt natürlich auch für den Arbeitnehmer, das bedingt aber auch, daß in die bisherigen Überlegungen nicht nur die Frage des Geldes, sondern auch der Weiterbildung ein besonders wichtiger Aspekt ist. Und ich meine, daß aus diesem erweiterten Qualitätsbegriff, und das ist Qualität für den Gast, für Angebot und Personal sich die logische Folgerung ergibt, weil alle darüber klagen, neue Arbeitszeitmodelle zu finden.

Ich betone an dieser Stelle bitte ausdrücklich, daß die Neuregelung bei der Arbeitszeit sowohl den Arbeitnehmern wie auch den Betrieben und den Nutzern der Einrichtungen der Freizeitwirtschaft Vorteile bringen muß. Und ich gestehe auch dazu, daß alle beide Partner oder deren Vertreter in den letzten Jahren übersehen haben, daß sie sich mehr den Dienstnehmern in ihrer Ausbildung zu widmen haben, Dienstgeber und Dienstnehmervertreter. Ich sage das einmal in dieser Form.

Meine Damen und Herren, es ist so, daß Motivation und Zufriedenheit des Personals ein besonderer Bestandteil, ist und wir selber, wenn wir Urlauber sind, gehen dorthin auf Urlaub, wo wir uns wohl fühlen. Wo fühlt man sich wohl? Wenn man in einem Urlaubsbetrieb bereits morgens mit einem Lächeln und einem freundlichen Wort empfangen wird. Demotivierte Arbeitnehmer vermitteln uns keinen Urlaub, und daher ist die Problematik des Arbeitnehmers eine besondere.

Ich gehe aber noch einmal auf die Ausbildung zurück, meine Damen und Herren. Österreichs Köche und Kellner sind auf Grund der sehr guten Ausbildung international gesucht und anerkannt. Lassen Sie mich den Bogen weit spannen, von Singapur bis Kuala Lumpur, Peking, Hongkong, Bangkok bis Hamburg und Zürich, um all das einzuschließen und auch im Alphabet anzufangen. Sie werden ausgebildet, kosten viel Geld, und ein Großteil, nämlich die Besten, sind dann weg. Bei uns finden sie keine Beschäftigung, er kommt nicht mehr zurück. Ich gebe Ihnen Beispiel, das Sie alle selber wahrscheinlich im Fernsehen gesehen haben. Ein Küchenchef aus der Oststeiermark ist Teamchef bei einer Kocholympiade in Singapur, erkämpft sich dabei eine Bronzemedaille. Österreichs Küchenchefs werden nicht im nötigen Ausmaß gefördert, um als österreichisches Nationalteam bei diversen wichtigen Wettbewerben anzutreten und dort auch zu realisieren und etwas zu gewinnen und damit den Namen der österreichischen Werbung für das Land für Speis und Trank ein wichtiger Bestandteil des Urlaubnehmers hinauszutragen. Die gute Küche hat nur marginal die internationale Entwicklung mitgemacht, ähnlich leider auch in der Freizeitwirtschaft. An den sinkenden Übernachtungszahlen ist nicht nur das Wetter allein schuld. Meine Damen und Herren, der internationale starke Trend in Richtung Erlebnis-

tourismus ist bei uns nur – verzeihen Sie, wenn ich das sage – in Ansätzen vorhanden. Wir müssen mehr dafür tun. Nicht nur das Urlaubshotel und das freundliche Wort anbieten, der Gast will heute mehr. Er will eine Freizeitverbindung haben, und der Kollege Bacher hat auch darauf hingewiesen, daß diverse Freizeiteinrichtungen ein wichtiger Bestandteil sind. Aber der Mensch fühlt sich auch dort am wohlsten, wo die Umgebung stimmt. Und zur Umgebung gehören nicht nur freundliche Arbeitnehmer, ein gutes Essen und Trinken, ein schönes Hotel, auch eine noch heile, noch sagen wir, heile Umwelt, meine Damen und Herren. Einer der wichtigsten Bestandteile für den Urlauber.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zurück zu den Arbeitnehmern. Ich habe hier, weil ich ja tagtäglich damit zu tun habe, einen Kollektivvertrag der Beschäftigten im Gastgewerbe mitgebracht, sowohl der Angestellten als auch der Arbeiter, und ich bin gerne bereit, jedem einzelnen den Kollektivvertrag einmal zu zeigen. Kollege Wiedner, ich gebe ihn dir gerne, ich folge ihm dir gerne aus, damit du das einmal siehst, wie das aussieht. Weil alle glauben, im Gastgewerbe verdient man so gut. Aber ich nehme ein einziges Beispiel heraus. Ein Koch im ersten Gehilfenjahr, das heißt also, ein Jahr nach der Auslehre, hat einen Bruttoverdienst von 11.440 Schilling in einer Stadt, das nennt man Ortsklasse I, in einem anderen Ort, in einer anderen Gemeinde bekommt er nur 10.860 Schilling. Meine Damen und Herren, netto sind das um rund 20 Prozent weniger, das heißt also der kriegt netto rund 9000 Schilling. Die Frage des Kollegen Wiedner beantworte ich sehr gerne aus meiner eigenen Praxis. In großen Betrieben und besonderen Betrieben wird bedeutend mehr bezahlt, aber in den normalen kleinen Betrieben, in den Gasthäusern, in den Kleinbetrieben, die wir kennen, wo maximal fünf Beschäftigte tätig sind oder oft nun zwei oder drei, nämlich einer in der Küche, eine als Kellnerin oder einer als Kellner und ein Lehrling unter Umständen, dort geht man über die Bereiche des Kollektivvertrages nicht weit hinaus. Ja natürlich kann man jetzt noch sagen, er bekommt ein Trinkgeld – auch richtig, wenn er besonders freundlich ist, aber das Trinkgeld wird auch immer weniger. Das wissen wir ganz genau, denn unsere ausländischen Gäste geben fast kein Trinkgeld mehr, da sind die Österreicher noch bedeutend großzügiger, als es die Ausländer sind. Meine Damen und Herren, ich stimme mit allen überein, daß natürlich alles seinen Preis hat, aber verstehen Sie auch, daß die Beschäftigung und der dort Tätige auch seinen Preis haben. Und da meine ich halt, sind wir nicht gerade hilfreich. In der letzten Zeit hört man Äußerungen, daß in der „Steirischen“ gesehen – Hirschmann sagt, es wären alle Arbeitsmodelle und alle anderen Dinge realitätsfremd, daß der Präsident der Wirtschaftskammer Steiermark sagt, angesetzt müsse nur bei den Lohnkosten werden, die freiwilligen Zusatzleistungen beziehungsweise Nichtleistungszeiten und so weiter müssen zurück, vor allem die Väterfreizeit bei Geburt eines Kindes, bei Behördenwegen und anderem muß endlich abgeschafft werden, denn das sind alles Belastungen.

Meine Damen und Herren, ich habe natürlich auch Verständnis für jene, die es besonders drückt und die in Schwierigkeiten sind. Auch der Kollege Vesko hat

das gesagt, die Verschuldung im Bereich des Gastgewerbes, der Hotellerie, ist so riesengroß, und wir wissen tagtäglich, daß einige davon oder viele davon unter Umständen, wenn sie noch einen solchen Winter und Sommer erleben, nicht mehr überleben werden. Aber es kann im Endeffekt nicht so weit gehen, daß also Arbeitnehmer für das, was sie oft bereit sind, zu leisten, nämlich 12 bis 14 Stunden, gerade in Saisonbetrieben zu sein, dort drinnen sind.

Ich bin froh, daß sich ein Arbeitskreis gebildet hat im Rahmen der Wirtschaftskammer, der Tourismuswirtschaftskammer Steiermark „notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft“. Ich habe Verständnis dafür, nur darüber muß man reden. So kann es auch nicht sein, als daß hier die Forderungen sind, denn da gibt es auch noch Forderungen der Arbeitnehmer, die es im Endeffekt auch zu befriedigen gilt.

Meine Damen und Herren, es ist eben so, daß auch sinnvolle Veränderungen in der Förderung stattfinden müssen. Ich könnte Ihnen – ich habe mir extra die Arbeit gemacht und habe mir das in einem Elaborat ausgearbeitet – einige Beispiele zur sinnvollen Veränderung bei der Förderung nennen. Eine einheitliche Rahmenrichtlinie für die Bundesförderungen, Abstimmung und Koordinierung der Förderungen der Gebietskörperschaften zur Vermeidung von Mehrfachförderungen, „Konzentration der Abwicklung von Bundesförderungen zur Nutzung von Synergieeffekten, ich sage dabei beispielsweise Bürgers-Kredit, schwerpunktmäßiger Einsatz, das heißt Abkehr vom Gießkannenprinzip – eine Forderung, die ich an dieser Stelle seit Jahren vertrete, und bitte darum, koordiniert und überschaubar Förderungen zu gewähren –, es gibt da noch einen Förderungstopf, in dem inzwischen, glaube ich, so an die 110 Millionen Schilling drinnen sind, wo wir gerne auch einmal wüßten, wer ihn in Zukunft auszuleeren gedenkt. (Abg. Schinnerl: „Der Hanaufblift!“)

Dann weißt du nicht, womit der Hanauf bestückt ist, lieber Kollege.

Und, meine Damen und Herren, verstärkte Förderung von Kooperationen, zum Beispiel gemeinschaftlicher Einkauf oder gemeinschaftliches Marketing und keine Förderung von Kapazitätserweiterungen in touristisch hoch entwickelten Gebieten. Denn, meine Damen und Herren, in touristisch hoch entwickelten Gebieten hat niemand mehr Platz, und jeder, der dort dazukommt und gefördert wird, verdrängt einen anderen. Das muß uns klar sein – er verdrängt einen anderen. Und, meine Damen und Herren, das wollen wir ja nicht, denn das gehört auch zum Sterben der Hotellerie und der Gasthäuser dazu und nicht nur die Promillekontrolle, die von manchen oder von vielen so angekämpft wird. Sie paßt mir auch nicht immer, ich sagt das auch ganz ernst dazu, wenn man in einem Heurigen sitzt, trinkt man auch ganz gerne ein bißchen mehr. Aber wir haben uns damit abzufinden. Es muß auch dort sicherlich zu einem vernünftigen Schluß kommen.

Meine Damen und Herren, der ehemalige ÖVP-Minister Ditz hat einmal in einer „Pressestunde“, und ich zitiere ihn, gesagt: „Ein neues Leitbild der Außenwirtschaftspolitik zu entwerfen, um die Marktchancen Österreichs für die Zukunft zu wahren, ist notwendig.“

Ich sage dazu, die österreichische Exportwirtschaft besteht aber nicht nur aus den Bereichen Industrie und Gewerbe, sondern auch der Tourismus ist als wesentlicher Teil des Exportes zu verstehen. Meine Damen und Herren, wir exportieren hier etwas, das sich nicht mit Gold aufwiegen läßt. Wir bieten den Menschen in einer kurzen Zeit eines Jahres die Möglichkeit, sich persönlich zu erholen, sich persönlich wohl zu fühlen und hinauszugehen und zu sagen, in diesem Land war es schön.

Ich ersuche Sie alle, arbeiten wir weiter an diesem Bild für unser Land, für unser Österreich, für unsere Steiermark, denn nur jene, die zufrieden hinausgehen und sagen, daß es schön war, sind auch Menschen, die das Leitbild Steiermark hinaustragen.

Herr Landesrat, auch dich ersuche ich darum, bevor du manchmal in deine Ausritte gerätst, in den Möglichkeiten der Verhandlungen und des Miteinanderredens doch einiges zu erreichen, damit wir im Endeffekt gemeinsam für dieses Land so viel leisten können.

Der Tourismusbericht 1995 hat, so habe ich gesagt, viel enthalten, es fehlt mir allerdings ein Bereich beziehungsweise auch ein zweiter – ich habe ihn eingangs auch erwähnt –, nämlich die Bemerkungen zum sanften Tourismus. Ich habe in der Angelegenheit am 7. Februar 1995 eine Anfrage an die Frau Landeshauptmann Klasnic gerichtet, in ihrer damaligen Funktion noch für den Tourismus verantwortlich, sie hat mir auch geantwortet, daß viel auf den sanften Tourismus an Wertigkeit gelegt wird, mir fehlt er nur im Bericht. Ich bitte, vielleicht kann man auch auf diesen Bereich eingehen.

Und mir fehlt natürlich ein größerer Bereich der Beschäftigungspolitik, der Menschen, die dort arbeiten, und des Wohlfühlens in der Umwelt. Daher gestatten Sie mir, daß ich folgenden Beschlußantrag der Abgeordneten Vollmann, Dipl.-Ing. Getzinger, Korp und Kaufmann, betreffend Berücksichtigung der Themen Beschäftigungspolitik und Umweltschutz im Tourismusbericht, einbringe.

Die Tourismuswirtschaft leistet einen erheblichen Beitrag zur Erreichung beschäftigungspolitischer Ziele in unserem Bundesland. Neben diesem volkswirtschaftlichen Aspekt ist für den Tourismus auch der Erhalt einer attraktiven Kultur- und Naturlandschaft wesentlich. Daher sollte diesen beiden Aspekten in den folgenden Tourismusberichten eine größere Bedeutung beigemessen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in ihren künftigen Tourismusberichten an den Landtag über die beschäftigungspolitischen Effekte der Tourismuswirtschaft und der Tourismusförderung verstärkt zu berichten sowie ein eigenes Kapitel „Tourismus, Natur und Umwelt“ in diesen aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, bevor ich schließe, sei mir noch zur eigenen Region ein Satz gestattet. Wir haben alle Wünsche im Bereich des Tourismus, alle haben wir Wünsche. Der Kollege Bacher hat seine schon artikuliert, ich sage sie auch. Es ist uns mit der Holding viel gelungen – der Ausbau des Niederalps.

Ich kann dabei leider nicht dir, Herr Landesrat Hirschmann, danken, sondern muß meinem Kollegen Ressel danken für seinen großen Einsatz für diese Region. Und ich bitte darum, den Semmering nicht zu vergessen, den steirischen Semmering, meine Damen und Herren, der unbedingt auch die Hilfe braucht, denn bisher hat sich dort ein Privater, der Herr Giradoni, mit besonderem Einsatz dafür eingesetzt. Meine Damen und Herren, es ist etwas geworden daraus, und 100.000 Wiener – Schifahrer natürlich – erfreuen sich im Winter dort des Schifahrens, und viele Ungarn, Tschechen und auch Slowaken kommen bereits auf den Semmering, weil es der nächste Schiberg für sie ist. Daher ist er für den Osten und für den Tourismus der nordöstlichsten Steiermark von besonderer Bedeutung, meine Damen und Herren.

Das Hauer-Eck gehört zum Bereich des Semmering dazu, denn dort, bitte, soll ja die Verbindung kommen. Das soll ja in Zukunft herübergehen bis aufs Alpl, das heißt also Verbindung Rettenegg und den ganzen Bereich der Pretul mit einzuschließen.

Meine Damen und Herren, ich schließe mich auch, und ich weiß nicht, inwieweit der Herr Landesrat Hirschmann darauf Einfluß hat, aber vielleicht kann er sich auch dem widmen, dem Wunsche des Herrn Kollegen Vesko. Ich glaube, daß es für die steirische Tourismuswirtschaft nicht besonders gut ist, wenn man in den Schlagzeilen immer wieder liest, daß die Steiermark ihren ehemaligen steirischen Tourismusmanager gefeuert hat und fünf Jahre nicht in der Lage war, mit ihm eins zu werden. Ich hoffe, es gelingt dir, Herr Landesrat, ich ersuche dich auch darum, weil ich glaube, daß es unser gemeinsames Interesse sein muß, auch dort einmal wieder Ruhe hineinzubekommen. Der steirische Tourismus hatte in den letzten 20 Jahren viele Manager, die meisten sind im Streit und frustriert gegangen. Machen wir einmal Schluß damit, versuchen wir es gemeinsam.

Zum Schluß noch einmal ein Dankeschön an alle Beschäftigten in der Tourismusbranche. Sie haben Großes für das Land geleistet. Und natürlich, wie meine Vorredner, wünsche ich uns einen wunderschönen Winter, damit wir auf unseren nächsten Tourismusbericht wieder stolz sein können – unser Tourismushofrat sitzt ja hinten, er ist ja derjenige, der die Zahlen immer zusammenfassen und hineinbringen muß –, damit wir im nächsten Winter, Herr Hofrat, gemeinsam alle stolz sein können, daß wir wieder Erfolg haben als steirische Touristen.

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 20.52 Uhr.)

**Präsident:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Posch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Posch (20.52 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Da noch zehn bis zwölf Wortmeldungen nach mir kommen werden, weiß ich, was ich zu tun habe, und kürze noch mehr, als ich es zuletzt schon gemacht habe.

Im steirischen Tourismusbericht wurden einige Schwerpunkte vom Bezirk Liezen vom Abgeordneten Tasch gebracht. Ich bin nur ein bißchen überrascht.

Kaum ist der Kurt Tasch nicht da, weil er mit seinem Auto ein Malheur gehabt hat, und fährt nach Hause, schon wird sein Bericht wieder zurückgenommen und geändert. Ich glaube, über das werden wir noch einmal reden müssen.

Im Sinne der fortgeschrittenen Zeit werde ich auf die Dinge in Stichwörtern und mit kurzen Gedanken eingehen, habe aber ein Problem dabei. Sage ich zuviel, schimpft der Kurt (Flecker) auf der einen Seite mit mir, sage ich zu wenig, schimpft dann, wenn er es einmal nachliest, der andere Kurt mit mir. Ich werde mich für die Mitte entscheiden und mit der Einleitung aufhören und wirklich zum Ernst kommen.

Der Bezirk Liezen in seiner geographischen Größe hat einfach eine Vielfalt an Problemstellungen und Chancen auch im Fremdenverkehr. Der Bogen unseres Bezirkes spannt sich vom Zuggpferd der Dachstein-Tauern-Region mit den Weltmeisterschaften alpiner wie nordischer Art, vom Schischuh bis zum Wanderschuh, vom Salzkammergut mit Tradition, mit der Seenlandschaft, mit dem Heilbad in Bad Mitterndorf, von der Kulmschanze in Tauplitz bis zur Bergregion Grimming-Gesäuse, von Grimming mit der Bezirkshauptstadt Liezen in der Mitte ins Gesäuse mit dem Zukunftswunsch eines Nationalparks. Der Bogen spannt sich bis in den Naturpark im Gerichtsbezirk St. Gallen und bis in das Rastland ins Palental. Das alles, teilweise verbunden mit einem Radweg, ist ein Magnet für Gäste und Einheimische.

Wie schon angesprochen, gab es heuer bei den Nächtigungsziffern Plus wie Minus, quer durch den Bezirk mit unterschiedlichen Gründen und Tendenzen. Vielleicht einige Stichworte dazu, warum. Vielleicht, weil eine Wanderung der Gäste von eher hochpreisigen, von Tourismuszentren in etwa preisgünstigere ruhigere Gebiete stattgefunden hat. Vielleicht greift da und dort die Meldekontrolle, ich kann es im eigenen Bereich so belegen. Vielleicht auch eine gute Verbindung von dem Angebot Natur, Kultur in Teilen des Bezirkes, hier bin ich durchaus auch bei Präsident Vesko, trotz Schlechtwetter gibt es gute Bilanzen, vor allem in jenem Bereich, wo das Angebot ein bißchen breiter ist.

Einige Schwerpunkte an Hintergründen und Fragen. Wer trägt die Arbeit im Fremdenverkehr? Viele kleine mittlere Betriebe, Unternehmerfamilien mit ihren Mitarbeitern. Große Probleme, sie wurden bereits vom Kollegen Vollmann angesprochen, gibt es, geeignete - gewillte - Mitarbeiter zu finden. Hier stimmt einiges nicht, zu viele arbeitsunwillige gehen da und dort spazieren, ohne Ausländer geht es nicht, andererseits werden sie wieder beschimpft, und Lehrlinge dürfen nicht zu manchen Stunden arbeiten, alles andere jedoch schon. Stichworte, hinter denen aktuelle Probleme stehen, die gründlich und nicht so, wie ich es in der Kürze gemacht habe, angesprochen gehören. Auch Neuregelungen, wie sie mein Vordränger angedeutet hat, werden für alle sicherlich wichtig und notwendig.

Was suchen die Gäste bei uns? Sie suchen eine weitgehend intakte, natürliche Landschaft. Da darf man vor allem auch unseren Bauern dankbar sein und sie nicht vergessen. Kein Ziel ist es, Tourismuszentren, Teile der westlichen Bundesländer, nachzubauen. Unsere Gäste suchen etwas anderes bei uns, nämlich

unsere natürliche Landschaft. Sie suchen Ruhe, Erholung, mit heimischer Unterhaltung, keine Nachahmung städtischer Nachtclubs, dafür kommen die Gäste nicht, die haben sie wahrscheinlich in einer großen Zahl zu Hause. Sie suchen freundliche Atmosphäre, natürliche Freundlichkeit, ohne professionelle Anbiederung. All das Gute finden die Gäste wahrscheinlich und offensichtlich quer durch die Steiermark und sicherlich auch in unserem Bezirk noch in ausreichendem Maße.

Was brauchen wir oder die im Tourismus Tätigen? Geld, Förderungen, Subventionen, Zinssenkungen, Steuerprojekte, Riesenprojekte und mehrere Punkte dahinter. Alles wird nicht gehen. Wunder gibt es nicht, das Schlaraffenland ist auch nicht bei uns. Und wer heute während des Tages ein bißchen den Rechnungsabschluß 1995 studiert hat, kann sich über die Finanzlage des laufenden und des kommenden Jahres ein Bild machen. Notwendig sind realisierbare Leitprojekte, zu denen stehe ich, Großveranstaltungen und vor allem Zusammenarbeit der Regionen bei Werbung und Veranstaltungen. Ein Gedankenansatz aus dem Budget des Bundes. Es sind im Budget der Österreich-Werbung 100 Millionen, das sind 50 Prozent eines dort angehafteten Budgetansatzes, für Zinsstützungen angesiedelt und lediglich 2 Millionen für Leitprojekte, wie mir von einer entsprechenden professionellen Hand mitgeteilt wurde. Hier stimmt die Relation nicht. Denna mit Leitprojekten könnten sicherlich auch andere wenigstens die Zinsen verdienen, umgekehrt geht es jedoch nicht.

Was ist dringend notwendig? In einigen kurzen und nicht zur Gänze ausformulierten Schlagwörtern. Dringend notwendig ist die Regelung bei den Mountainbikern. Hier danke ich Herrn Landesrat Gerhard Hirschmann und der Frau Landeshauptmann sehr herzlich, daß die Verhandlungen, die nunmehr laufen, hoffentlich ein Ergebnis bringen werden. Gegenstück dazu ist im Winter der Boom zum Schitourengelassen. Ich komme aus diesem Gebiet und kenne das Metier selbst. Hier gibt es, so erfreulich es einerseits ist, in manchen Gebieten Probleme mit einer wahren Überschwemmung auf den Zufahrtsparkplätzen, von sanitären Anlagen nicht zu reden. Und vor allem im Jungwald - Wild- und Ruhezeiten - kommt das nächste Problem, so erfreulich es einerseits ist, auf uns zu.

Meine Darstellung ist, wie schon mehrmals erwähnt, gekürzt und sicherlich nicht lückenlos. Das ist in dieser Zeit nicht möglich, und man kann über einige Punkte durchaus anderer Meinung sein beziehungsweise auch noch eine Reihe von anderen wichtigen Punkten hinzufügen.

Schließen möchte ich mit einem besonderen Dank an alle, die sich mit der schwierigen Materie Fremdenverkehr beschäftigten, wobei man sagen kann, daß bei allen Problemen, Wünschen und Sorgen bei uns wirklich der größte Teil gut funktioniert. Im besonderen danke ich unserem Landesrat Gerhard Hirschmann, der durchaus gelegentlich auch an die Härte unserer steirischen oder Ennstaler Köpfe stößt. Ich gebe auch zu, manches kommt erst in Bewegung, wenn man mit Themen auch provokant vorausgeht. Ich danke dir, lieber Herr Landesrat, dafür und versichere dir, wenn es einmal paßt, radeln wir

gemeinsam über die Forststraßen unserer heimischen Bergwelt, natürlich nur auf vertraglich geregelten Strecken, wenn du das Rauchen einstellst, weil sonst wird es nichts helfen. Ich danke all den Mitarbeitern in der Fremdenverkehrsabteilung und in der Steirischen Tourismus Ges. m. b. H. im Lande sowie den vielen fleißigen Mitarbeitern in unseren regionalen und örtlichen Büros. Ganz besonders aber auch den vielen Mitarbeitern und Unternehmerfamilien, die ihren Arbeitseinsatz unserem Fremdenverkehr widmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.00 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Flecker das Wort.

**Abg. Dr. Flecker** (21.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Günther, ich habe noch nie mit dir geschimpft, ich habe dich das letzte Mal nur ermutigt. Lassen Sie mich mit ein paar Sätzen auf die Diskussion eingehen.

Grundsätzlich schließe ich mich der Tendenz der Aussagen meiner Bezirkskollegen Tasch, Posch und Vesko an. Ich möchte mich nur mit zwei Sachen in dem Zusammenhang auseinandersetzen. Es stimmt nicht, was der Kollege Tasch gesagt hat, daß nämlich die Verbindung der Schiberge im Ennstal nicht im Budget sei. Es gibt dazu einen Extrabeschluß, diese Verbindung ist finanziell, was den Landesteil anlangt, abgesichert.

Zum Zweiten möchte ich mich doch mit dem Kollegen Vesko, der jetzt nicht da ist, auseinandersetzen. Ich glaube, daß es nicht stimmt, daß die Sommerfrische, wie er sich ausdrückt, einfach eine leicht händelbare Sache ist. Wir sind über die Zeiten schon längst hinaus, wo du Sommertourismus als Sommerfrische verkaufen kannst. Ich glaube, in Wirklichkeit müssen wir heute sehr viel Hirnschmalz einsetzen, um den Leuten ein Package zu bieten, um sie zu beschäftigen. Und die Landschaft genügt allein nicht mehr.

Ich habe auch in einem zweiten Punkt einen speziellen Widerspruch. Ich glaube auch nicht, daß wir mit dem Wintertourismus in der Steiermark, dort, wo wir Wintertourismus haben, allein auskommen, wenn wir nicht die Sommerschiene besser fahren. Das heißt, wir müssen uns für den Sommer, gerade in der Dachstein-Tauern-Region, die vom Wintertourismus geprägt ist, eine leistungsfähige Sommerschiene mit viel Einfallsreichtum überlegen und nicht die Verwöhntheit des Winters sozusagen auf den Sommer übertragen und uns dort sagen, wir sind zufrieden, wenn wir da ein paar Wanderer sehen und die Hotels und sonstigen Übernachtungsmöglichkeiten sind leer. Ich stimme ihm völlig zu, und das war, glaube ich, sehr wichtig zu sagen, daß die örtliche Wertschöpfung wesentlich ist und nicht nur die Nächtigungszahl das Entscheidende in dieser Statistik ist.

Wenn ich mir zum Beispiel anschau, und ich nehme jetzt durchaus Schladming her, wenn ich einen Tourismus habe, der Massen anzieht und der oft Leute anzieht, die Probleme mit dem Preisniveau haben, dann habe ich die Situation, daß dort die Investitionen

in Übernachtungsmöglichkeiten in der Dreistern-, in der Viersternkategorie nicht mehr stattfindet, dafür habe ich einen Billa, einen Konsum, einen Hofer und alle möglichen Lebensmittelmärkte, weil die Leute, statt daß sie das Geld in der örtlichen Gastronomie lassen, stellen sich dort um die Wurstsemmel an, um das Abendessen und das Mittagessen dort zu konsumieren. Also, wir müssen auch in der Preispolitik und auch in der sonstigen Fremdenverkehrspolitik sehr genau wissen, welchen Gast wir ansprechen wollen. Wir können nicht alles auf einmal wollen, weil dann kommt es zu strukturellen Fehlentwicklungen, wie wir sie dort befürchten müssen. Ich will nicht sagen, daß sie schon da sind, aber ich glaube, daß man da sehr aufpassen muß.

Im zweiten Teil ganz kurz einige Worte, weil wir vom ursprünglichen ÖVP-Beschlußantrag zu einem gemeinsamen Beschlußantrag gekommen sind.

Das Ziel einer Neustrukturierung in der Beteiligungspolitik ist uns gemeinsam. Warum wir darauf gedrängt haben oder warum wir versucht haben, daß es jetzt zu diesem gemeinsamen Beschlußantrag kommt statt zu dem seinerzeitigen war, um nicht so genaue Festlegungen zu finden, unsererseits, aus denen dann die Landesregierung in ihrer Beteiligungspolitik gar nicht mehr heraus kann. Ich glaube nicht, daß es von vornherein klar sein muß, daß die Betteilungsverwaltung hinkünftig in einer AG stattfinden muß. Es kann sich das genauso in einer Ges. m. b. H. abspielen, oder es kann zum Beispiel das Vernünftigste sein, daß ich jene Gesellschaften, die sich nicht rechnen, und davon gibt es einige, weiterhin in einer Verwaltungsholding in Form einer Ges. m. b. H. belasse und die stärkeren Gesellschaften in einer AG. zusammenfasse. Der ursprüngliche Antrag, der da sehr speziell war, das unbedingt in eine AG. umzuwandeln, erschien uns zu eng, und ich glaube, daß wir keine Schwierigkeiten haben, den jetzt gemeinsamen Beschlußantrag auch gemeinsam zu tragen. In Wirklichkeit sehe ich auch in dem, was der Kollege Vesko gesagt hat, überhaupt keinen Widerspruch zu diesem Antrag, den wir eingebracht haben, weil dieser Antrag sucht in erster Linie einmal strategische inländische Partner, um die Koordination der Beteiligungspolitik, die bitte eine der Grundfesten der Fremdenverkehrspolitik in diesem Lande ist, und diese Koordination weiterhin einmal mit strategischen Partnern sicherzustellen. Und dann wird man überlegen müssen, wie weit ich Private hereinnehme und bis zu welchem Beteiligungsgrad ich mich als öffentliche Hand an einer Holding beteilige beziehungsweise welche Anteile ich halte. Ich glaube, daß man zuerst einmal den Weg mit strategischen Partnern versuchen muß und daß man dort auch schauen muß, wie kann ich meine Fremdenverkehrspolitik über Beteiligungen weiter aufrechterhalten. Ich bin absolut gegen einen Verkauf um des Verkaufs willen, gegen eine Privatisierung um des Privatisierens willen. Das hat meistens nichts gebracht, außer einmal ein Geld, für das in zehnfacher Form Begehrlichkeiten eingesetzt worden sind. Das Geld, das man dort einnimmt, ist meistens schon zehnfach ausgegeben und verbraten mit irgendwelchen Versprechungen.

Aus diesem Aspekt verstehe ich sehr wohl den Beschlußantrag, den uns die Grünen übergeben haben

und den sie wahrscheinlich, so nehme ich an, noch einbringen wollen, in bezug auf Loipersdorf und Radkersburg.

Es ist das nur nicht so zu händeln, wie das bei euch im Antrag steht. Ich glaube, es muß letztlich eine Frage der Gesamtkonstruktion, der Beteiligungsverwaltung sein, wie gehe ich um mit den Tochtergesellschaften. Daß wir oben die Eigentumsverwaltung in der Gesellschaft, in der Landesholding, haben wollen, darüber sind wir uns einig. Es ist dann nur eine Frage, wie gehe ich um mit den Töchtern. Ich kann in den Töchtern Privatisierungen allenfalls zulassen, oder ich kann es in der Holding selbst tun, wie man es wahrscheinlich vernünftiger machen wird. Ich glaube, daß man auch hier in diesem Fall nicht partout und apodiktisch sagen kann, ich darf in Loipersdorf und in Radkersburg keinen Jota Anteil verkaufen, um die strategischen und volkswirtschaftlichen Ziele, die wir verfolgen, zu erhalten. Es ist auch eine Frage, wie man im Zuge von Verkäufen auch die Hauptbestimmungsrichtlinie des Landes als Beteiligter erhalten kann. Also, so apodiktisch zu sagen, wie ihr das in eurem Beschlußantrag macht's, so wird das wahrscheinlich nicht sinnvoll sein, sondern man müßte das großzügiger beurteilen. In der Linie, Martin, sind wir vollkommen einig, ich persönlich, und ich glaube in dem Haus die regionalen Vertreter und ziemlich alle, wir werden das mit Sicherheit nicht verscherbeln, nur weil irgend jemand an einem Privatisierungswahn leidet. Wir werden mit dem allen sehr behutsam umgehen, und wir werden sehr darauf schauen, daß wir nicht irgend etwas hochpäppeln, das man dann um einen Spottpreis verkauft, nur, weil irgendwelche Privaten draußen schon warten und das dann mit wenig Risiko führen, weil wenn die in Probleme kommen, kommen sie eh wieder zur öffentlichen Hand, um sich das Geld dort zu holen. In der Tendenz richtig, im Antrag zu eng, daher werden wir dort nicht mitgehen können. Außerdem, glaube ich, muß man durchaus Möglichkeiten eröffnen, wenn irgendwo ein Privater, gesetztenfalls in Bad Gleichenberg, einsteigt und sagt, wenn ich in Bad Gleichenberg einsteige, möchte ich mir aber vom schönen Kuchen Loipersdorf auch eine gewisse Beteiligung sichern, daß man für solche strukturellen Erneuerungen und Maßnahmen offen sein muß, und daher nicht ein so enges Korsett für die Beteiligungsverwaltung machen darf. Aber ich glaube, in der Richtung sind wir uns alle einig.

Ich habe versucht, in aller Kürze unsere Argumentationen darzulegen und danke fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

**Abg. Dr. Karisch (21.10 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir wissen, daß Arbeitsplätze im Industriebereich sehr stark abnehmen. Erst gestern hat uns wieder die Meldung von der Kündigung von 500 Mitarbeitern in Lenzing in Oberösterreich erreicht. Im Dienstleistungssektor hingegen sind noch Arbeitsplätze möglich. Ein Zweig, von dem ich mir große Chancen erwarte, ist der Tourismus. Wir besitzen ja hervorragende Voraussetzungen für den Tourismus – ein

wunderschönes Land mit großer landschaftlicher Vielfalt, von den gletscherbedeckten Bergen im Norden bis hinunter zum Weinland im Süden, kulturelle Reichtümer, Schlösser, Burgen, Möglichkeiten für sportliche Betätigung.

In den letzten 10 bis 20 Jahren ist sehr vieles geschehen, sehr viel Positives. Der Ausbau der Dachstein-Tauern-Region, die Schaffung der Thermenregion, eine Reihe von Landesausstellungen, die Impulswirkungen für die Zukunft für ihre Umgebung haben und die Menschen ermuntern, zu investieren und selbst tätig zu werden. Ich nenne nur ganz kurz Attraktionen wie die Eisenstraße, die Holzstraße, die Schlösserstraße, Blumenschmuckwettbewerbe verschönern das Land, freundliche Menschen bemühen sich um den Gast. Alles sehr wichtige Impulse für den Fremdenverkehr.

Trotzdem bleibt noch vieles zu tun, und ich glaube, daß es noch sehr viele Möglichkeiten gibt und daß wir gefordert sind, Phantasie und Kreativität zu entwickeln.

Wir hatten heuer in Österreich eine schlechte Saison, es ist schon angesprochen worden, die Steiermark war besser, und wir müssen uns überlegen, welche Pakete wir den Touristen für Schlechtwettertage bieten können. Der Tourist will nicht mehr nur noch eine schöne Landschaft, er will nicht nur am Wasser liegen und wandern, er will auch für Schlechtwetter kulturelle Ereignisse, er möchte einfach mehr.

Die Steiermark hat, wie gesagt, im Österreichdurchschnitt gut abgeschnitten, besser als der Durchschnitt.

Ein sehr erfreuliches Ergebnis kann ich aus Graz melden. Wir hatten in den Monaten Jänner bis August 1996 ein Nächtigungsplus von 6,5 Prozent. Ganz hervorragend war der Monat Juli, da waren es 42 Prozent Plus im Vergleich zum Juli davor. Was war die Ursache für diese Steigerung? Im Juli gastierte das Bolschoi-Ballett in Graz. Für mich ein Beweis, daß Ereignisse Gäste anziehen.

13 Prozent der Grazer Nächtigungen entfallen auf den Kongreßtourismus, 28 Prozent auf den Städte-tourismus.

Auch hier sind Steigerungen möglich. Steigerungen auf Grund kultureller Angebote. Ich denke daran, daß man die vielen historischen Schätze, die Altstadt von Graz, besser nutzen kann, daß man die Museen verlebendigen kann, wie es zum Beispiel im anglo-amerikanischen Raum der Fall ist, wo man Vergangenes erlebbar macht.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch in Graz speziell noch einen Nachteil. Wir haben am Wochenende das, was man so oft tote Hose nennt. Die Innenstadt ist tot, viele Gastlokale sind geschlossen, Geschäfte sind geschlossen. Hier müßten wir uns noch mehr einfallen lassen. Ich wünsche mir hier bessere Öffnungszeiten, auch für die Museen, ich wünsche mir mehr Flexibilität, sowohl im Arbeitsbereich als auch in der Ladenöffnung, und ich bin persönlich sehr traurig, daß man jetzt zwar liberalisiert, aber den Ladenöffnungsrahmen für Lebensmittelgeschäfte wieder einengen will. Das ist ein Rückschritt, den ich überhaupt nicht verstehe. Noch dazu, wo er ja nicht ausgenutzt wurde, es schadet ja nicht, wenn der Rahmen groß ist. Es wird sich vieles und noch viel mehr an die

Tankstellen verlagern. Ob wir damit unseren Lebensmittelgeschäften einen guten Dienst erweisen, möchte ich bezweifeln.

Es kommen auch auf Graz Großereignisse zu. Die Landesausstellung 2000, eine internationale Gartenschau. Ich glaube, wir brauchen noch mehr solcher Großereignisse, wir müssen uns hier einiges einfallen lassen. Ich bin zuversichtlich, daß der Tourismus in der Steiermark noch viele Möglichkeiten hat, und ich meine, wir sollten mit Kreativität darangehen, diese Möglichkeiten zu entwickeln.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.15 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Majcen. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

**Abg. Majcen (21.15 Uhr):** Also, ich könnte jetzt folgendes machen. Ich könnte so anfangen wie der Kollege Flecker, nur ein paar Sätze. Ich könnte es so machen wie der Kollege Jeglič, nur ein Satz. Aber ich mache es so, wie es um diese Zeit ist, ich verspreche, kurz zu sein. Einige Worte möchte ich sagen.

Es kann diese Tourismusdebatte nicht vorübergehen, ohne wirklich jetzt auf dieses Thermenland (Abg. Purr: „Hundertwasser!“), aus dem ich stamme und auf das wir alle miteinander stolz sein können, auf diese innovativste Betriebsgründung des Landes Steiermark nach dem Zweiten Weltkrieg einzugehen, nämlich auf Loipersdorf sozusagen als Mutter des Thermentourismus, der dieser Steiermark so viel gebracht hat. Weil man aus Loipersdorf erkannt hat, daß dieser Thermentourismus etwas ist, das ausbaufähig ist, und weil ich glaube, daß alle anderen Bemühungen auf diesem Sektor daraus ihre Erfahrung bezogen haben. Ich bin dankbar für alle Bemerkungen, die der Kollege Flecker gemacht hat in seiner Wortmeldung, weil sie eigentlich das zeigen, worüber wir uns alle einig sein sollten. Keine Lösungen, um der Lösung willen, sondern Lösungen, die durchdacht, verantwortungsbewußt und gescheit sind. Das gilt für Loipersdorf genauso wie für Radkersburg und für alle anderen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn wir hier nicht den Kopf verlieren und glauben, daß wir schnell zu Geld kommen müssen, das dann schnell wieder weg ist, dann könnte eine gute Beteiligungslösung daraus werden. Ich muß aber wirklich, damit das noch einmal dokumentiert ist, die Fakten kurz aufzählen. Ich erinnere daran, daß Loipersdorf am Anfang, im Jahre 1978, also im ersten Jahr, 19.000 Besucher gehabt hat. Das waren 130 am Tag, daß es im Jahre 1983 schon 434.000 Besucher waren, das waren schon 1190 pro Tag, und daß es im Jahre 1993, also zehn Jahre später, 685.000 Besucher waren, also 1875 pro Tag. Das zeigt die Bedeutung dieses Tourismusbetriebes. Es hat sich jetzt bei diesen Zahlen eingependelt. Und zwar deswegen eingependelt, weil natürlich auch mit tariflichen Maßnahmen auf diese Zahlen eingegangen wurde, weil die Anlage nicht viel mehr verkräftet und weil die Kritik am „Überlaufen sein“, schon größer ist als das, was damit an Werbeeffekt verbunden ist. Es ist also ganz einfach so, daß man nicht mehr Tagesgäste wollte. Das Verhältnis von

Tagesgästen zu Hotelgästen hat sich ständig verbessert und liegt heute grob gesagt bei 65 zu 30 oder zu 35, das heißt also, ein Drittel sind Hotelgäste. Das ist gut so, weil natürlich die Wertschöpfung bei den Hotelgästen eine wesentlich größere ist. Hervorragend ausgestattete Hotels mit österreichweit hervorragenden Auslastungszahlen. Die Wiener Innenstadt-hotels verblassen manchmal in bezug auf das, was in Loipersdorf sozusagen als Durchschnittsauslastung zu erreichen ist. Die Bettenentwicklung ist auch interessant: Im Jahr 1980 hat es in Loipersdorf 78 Betten gegeben, nämlich 6 gewerbliche und 72 private Betten. Und im Jahre 1995 gibt es dort 1100 Betten, davon 836 gewerbliche und 261 private. Die Nächtigungen in der Region Loipersdorf und den zwölf Umgebungsgemeinden, sind ständig gestiegen. 1983 waren es 123.000, 1995 407.000 Nächtigungen. Bei den Beschäftigten: Acht Beschäftigte 1978/79, heute 150 Beschäftigte in der Therme, 300 in den umliegenden Hotels und ungefähr 1000 in den zwölf Gemeinden um Loipersdorf als Privatzimmervermieter, als Buschenschankbetreiber, als Landwirte, die liefern können. Also eine bedeutende Investition. Diese Region hat nämlich durch diese Therme Loipersdorf auch Identität bekommen und ein bißchen Selbstvertrauen. Das war eine Gegend, die seit ihrer Besiedelung her immer wieder überrannt worden ist, ausgeraubt und geplündert wurde. Jetzt hat man erstmals das Gefühl, daß sich dort bescheidener Wohlstand entwickelt, und dafür muß man allen danken, dem Land Steiermark in ganz besonderer Weise, beginnend mit Wegart, mit dem damaligen Finanzreferenten Klausner über alle Tourismusreferenten und auch über die Landeshauptleute.

Und wenn jetzt Blumau ein nächster Schritt ist in Ergänzung zu Waltersdorf, in Kombination mit Gleichenberg und mit Radkersburg, dann muß man sagen, hat die Steiermark hier etwas Besonderes zustande gebracht.

Ich möchte nur noch einmal, bevor ich das jetzt schließe, auf die Verantwortung, die wir haben für die regionalwirtschaftliche Bedeutung dieser Thermen, eingehen. Seit 15 Jahren gibt es diese Entwicklung, und dieser Begriff Thermenland hat sich gefestigt. Das bedeutende daran ist der Ganzjahrestourismus, der damit verbunden ist – es ist keine Sommersaison, keine Wintersaison, sondern eine Ganzjahressaison –, und daraus resultieren natürlich die erfreulichen Zahlen. Man muß auch sagen, daß das Land durch die Zurverfügungstellung der Therme an sich und in der weiteren Entwicklung durch die Hotels rundherum nur die Hardware beigelegt hat, die Software hat die Oststeiermark selber geliefert. Es sind die freundlichen Menschen, die es dort gibt, es sind die fleißigen Bauern, das ist die schöne Landschaft, und das ist das, was man in Wahrheit auch als sanften Tourismus bezeichnen könnte. Die Menschen kommen gerne dorthin, sie würden nicht so gerne kommen, wenn nicht das Umfeld auch vom Humankapital, wie es so schön heißt, her stimmen würde. Darum noch einmal: Vorsichtig mit der Veräußerung von dem sogenannten Familiensilber.

Verantwortungsbewußtes Handeln ist gefragt, klug entscheiden, nicht kurzfristige finanzielle Überlegungen, sondern die regionale Bedeutung im Auge behalten.

Ich werde als Abgeordneter dieser Region gemeinsam mit den Bürgermeister dieser Region, und viele von ihnen besitzen als Gemeinde Anteile und zahlen Körperschaftssteuer, ich sage das nur, daß zum Beispiel die Stadt Fürstenfeld im Jahr 200.000 Schilling, 300.000 Schilling Körperschaftssteuer für ihre Anteile an der Therme bezahlt, also es ist durchaus so, daß auch die Gemeinden etwas dazu leisten, eintreten für eine verantwortungsbewußte und gute Lösung, die wir brauchen für unsere Oststeiermark. Die Überlegungen werden uns helfen, im Tourismusgeschäft gut zu bestehen und weiterhin etwas zustande zu bringen, insbesondere auch jetzt mit dem, was neu ist, nämlich mit Blumau.

Ich war am Wochenende in der Schweiz. Am Samstag und Sonntag waren in der Stadt Zug, wo die Zuger Messe stattfindet, 30.000 Leute bei dem Modell der Therme Blumau schauen und wollen dort buchen und wollen kommen, weil das als ein bauliches Gesamtkunstwerk angesehen wird und weil wir nicht den Fehler machen dürfen, das als Konkurrenz anzusehen, sondern weil wir die Hundertwasser-Therme als Bereicherung und als sozusagen verbesserte Werbemöglichkeit für diese Region ansehen können.

In diesem Sinne danke ich noch einmal den Tourismusverantwortlichen im Land Steiermark sehr herzlich für alles, was sie für unsere Region tun. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.25 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Keshmiri am Wort. Nach ihr der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

**Abg. Keshmiri (21.25 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Nach den fetten Jahren der Vergangenheit hat sich im Tourismus leider die Ernüchterung breitgemacht. Zu viele wollen etwas vom Kuchen haben. Es ist wie in jeder anderen Branche, Angebot und Nachfrage heißt das Zauberwort in der Marktwirtschaft. In unserem Land ist eindeutig das Angebot größer als die Nachfrage. Seit 1991 sind die Nächtigungen jedes Jahr um 4 Millionen gesunken. Seit 1991 sind auch real fast 30 Milliarden Schilling an Deviseneinnahmen aus dem Ausländerfremdenverkehr verlorengegangen. Ein gleich großes Loch wurde auch in die Leistungsbilanz gerissen. Laut den jüngsten OECD-Berichten vom Frühjahr zählen Österreich mit 6 Prozent Minus und die Schweiz mit 7 Prozent Minus zu den größten Verlierern bei Fremdenverkehrsübernachtungen im Jahr 1995. Die Gründe dafür kennen wir alle – hohe Preise, Getränkesteuer, 30- bis 40prozentige Arbeitskosten im Dienstleistungsbetrieb, die vierthöchsten in Europa.

Nun kommt noch ein nicht unwesentlicher Teil dazu, wir haben heute schon darüber diskutiert, und zwar die Bemaunung der Straßen. Der Tourismus wird durch ein derartiges Eintrittsgeld nach Österreich noch stärker belastet werden und somit auch der Tages-

tourismus, der eine große Bedeutung für Österreich hat. 1994 gab es Deviseneinnahmen von insgesamt 150 Milliarden Schilling, davon 50 Milliarden Schilling stammen aus dem Tagesausflugsmarkt. Das Fremdkapital dieser Branchen in den letzten Jahren ist von 60 auf 122 Milliarden Schilling gestiegen, und es wird auch leider noch in der nächsten Zeit weiter ansteigen.

Einen kleinen Ansatzpunkt für Veränderungen in der Steiermark habe ich beim geplanten Verkauf von zwei Thermalbädern – Loipersdorf und Radkersburg – gesehen. Wir haben zwar den Antrag der Grünen unterstützt, sind aber doch für eine sinnvolle Privatisierung. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß Herr Landesrat Ressel im Zuge der Budgetdebatte auch darauf hingewiesen hat, daß das Sonderinvestitionsprogramm eben auf Grund der Privatisierungen umgesetzt werden kann.

Ich hoffe aber, daß der Erlösteil von diesen zwei Thermalbädern nicht nur hauptsächlich in neue Betriebe investiert wird. Wir alle kennen die Zahlen der Auslastung auf Grund des neuen Tourismusberichtes. Es macht keinen Sinn, neue Betriebe zu fördern, wenn die alten mit dem Überleben zu kämpfen haben. Vielmehr macht es Sinn, die Infrastruktur zu verbessern und, so wie Herr Klubobmann Flecker vorhin erwähnt hat, auf die Wünsche der Gäste einzugehen.

Daß im Tourismusbericht beschäftigungspolitische Aspekte aufgenommen werden sollen und daß auch das Kapitel Natur eingebunden werden soll, ist gerade auf Grund der derzeitigen Situation besonders wichtig und wünschenswert, deshalb werden wir auch den Beschlußantrag der SPÖ unterstützen.

Zum Schluß möchte ich sagen, wenn rechtzeitig damit angefangen wird, die Wünsche der Gäste zu akzeptieren und sie wirklich umzusetzen, dann gibt es bestimmt auch speziell für die Steiermark große Hoffnungen, den Tourismus weiter zu beleben und zu forcieren. Danke! (Beifall beim LIF und der SPÖ. – 21.28 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch, nach ihm Dr. Wabl.

**Abg. Alfred Prutsch (21.28 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Tourismusbericht 1995, den wir unter diesem Tagesordnungspunkt ausgiebig diskutieren, zeigt weiter die rückläufige Entwicklung der österreichischen Tourismuswirtschaft auf, wie das ja schon 1994 der Fall war, nämlich rückläufige Nächtigungsziffern, logischerweise daher auch weniger Deviseneinnahmen durch weniger Ankünfte und kürzere Aufenthaltsdauer. Die Steiermark ist erfreulicherweise noch nicht ganz von diesem negativen Österrichtrend 1995 getroffen worden. Dies wohl dadurch, weil die Thermenregion mit dem Gesundheitstourismus Nächtigungszuwächse zu verzeichnen hat.

Ich möchte hier eine Richtigstellung anbringen, und zwar in Absprache mit Kollegen Tasch, der in seiner Berichterstattung gemeint hat, daß die Nächtigungszahlen in unserem Bezirk Radkersburg rückläufig gewesen wären. Das stimmt nicht. Ich werde dann auch darauf eingehen. Die touristische Entwicklung in

unserem Bezirk war auch 1995 sehr positiv, nicht nur für unsere Kurstadt Bad Radkersburg, sondern auch für unsere elf Tourismusgemeinden im Bezirk.

Dieses positive Ergebnis möchte ich mit einigen Zahlen verdeutlichen. Der Fremdenverkehr erreicht in einzelnen Teilräumen des Bezirkes eine sehr hohe Bedeutung. Die Fremdenverkehrsquote lag 1981 mit 3,1 Prozent noch deutlich unter dem steirischen Durchschnitt von 4,2 Prozent. Die Fremdenverkehrsquote ist der Anteil der Fremdenverkehrsarbeitsplätze zu den Gesamtarbeitsplätzen. Im Jahr 1988 wurde bei uns im Bezirk schon ein Prozentsatz von 4,4 erreicht und das steirische Mittel übertroffen. Leider ist mir die derzeitige Zahl nicht bekannt. Ich nehme an, die liegt sicher schon weit darüber, weil ja rund um Radkersburg, gerade in letzter Zeit, zusätzlich zirka 300 Arbeitsplätze neu im Tourismusbereich geschaffen werden konnten.

Die elf Berichtsgemeinden erzielten im Fremdenverkehrsjahr 1994/95 340.572 Nächtigungen. Das ist ein Plus von 7 Prozent. Zwei Drittel dieser Nächtigungen gehen logischerweise in das Sommerhalbjahr und ein Drittel in das Winterhalbjahr. Die Vorschau für das Winterhalbjahr, jetzt sind ja die Zahlen schon am Tisch, 1995/96, da hält diese positive Entwicklung an, und es wird eine Steigerung von 16,8 Prozent geben.

Also, wie aus den Zahlen hervorgeht, dominiert im Bezirk Radkersburg der Sommertourismus. Zugpferd ist natürlich vor allem Bad Radkersburg, aber auch Gosdorf und unsere Weinbaugemeinden im Bezirk.

Die Parktherme registrierte 1995 348.638 Besucher, das ist gegenüber 1994 noch immer ein Plus von 1,3 Prozent und ein täglicher Besucherdurchschnitt von 980 Personen. Nach Loipersdorf, lieber Kollege Franz Majcen, ist die Parktherme Bad Radkersburg die Therme mit der größten täglichen Besucherzahl. Natürlicherweise konnten auch die Erlöse gegenüber 1994 um 9,5 Prozent gesteigert werden. Diese positive Entwicklung strahlt natürlich auf große Teile des Bezirkes aus, ob es die Arbeitsplätze in der Tourismusbranche und in der Landwirtschaft sind, ob es der Besucherstrom mit seinen wirtschaftlichen Faktoren ist, um nur zwei zu nennen. Man könnte sagen, die Thermenregion ist zur wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte in der Steiermark geworden. Es gilt daher, alles daranzusetzen, daß diese Entwicklung gehalten werden kann, durch Unterstützung des Landes, wie es bisher schon der Fall war. Es ist meine persönliche Meinung, daß sich alle Investitionen der öffentlichen Hand, wenn auch die Mittelaufbringung nicht immer leicht ist, bisher gerechnet haben und für unsere Region jede Investition die beste Grenzlandförderung ist. Die Wirtschaft im Bezirk, ich zähle dazu auch die Landwirtschaft, hat erfreulicherweise erkannt, daß diese positive Entwicklung im Gesundheitstourismus zu nützen ist und dadurch Arbeitsplätze zu halten oder neue zu schaffen sind. Auch der Radtourismus gehört in enger Verbindung zum Gesundheitstourismus dazu, der gerade in den letzten Jahren eine große Entwicklung genommen hat. Unsere Weinbauregionen im Bezirk profitieren nicht nur vom Tages-tourismus, sondern sie werden auch von den Kurgästen gerne besucht, weil ein gutes Tröpfel Wein, und das gibt es ja im Bezirk Radkersburg, wenn

es mäßig genossen wird, auch zur Gesundheit beitragen kann. Aber auch die Direktvermarktung, welche von vielen Bauern im Bezirk betrieben wird, und das Einkommen aufwertet, ist im engsten Zusammenhang mit der positiven Entwicklung im Tourismus zu sehen. Mir ist natürlich klar, daß alle Arbeitsplätze nicht im Tourismus liegen können, sondern in Zukunft auch in anderen Bereichen mehr als erwünscht sind, um der Arbeitslosigkeit entgegenwirken zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich getraue mich aber nicht laut darüber nachzudenken, welche wirtschaftliche Entwicklung unser Grenzlandbezirk Radkersburg genommen hätte, wäre die Erschließung dieses Thermalwassers nicht möglich gewesen. Der Grundstein dieser positiven Entwicklung wurde 1978 nach nicht immer leichten Entscheidungen vom damaligen Fremdenverkehrsreferenten Landtagspräsidenten a. D. Franz Wegart durch die Niederbringung der Bohrung für die Erschließung dieses wertvollen Thermalwassers gelegt. Dafür möchte ich ihm auch in dieser Stunde danken. Die einzelnen notwendigen weiteren Ausbaustufen bis zum heutigen Stand wurden unter unserer früheren Wirtschaftslandesrätin und heutigen Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic in Kooperation mit dem Finanzressort verwirklicht und auch umgesetzt. Auch dafür möchte ich danken. Wenn aber über die Teilprivatisierung der einzelnen Thermen laut nachgedacht wird und auch hier Radkersburg im Spiel ist und ich diesen Beschlußantrag auch mitunterschieden habe, möchte ich doch ersuchen, einen solchen Schritt gut vorbereitet und wohl durchdacht und nicht ohne Wenn und Aber zu setzen. Und wenn es wirklich dazu kommt, dann muß das Land auch der Mehrheitseigentümer in der Gesellschaft sein. Meiner Meinung nach könnte eine totale Privatisierung, ich spreche nun von der Therme Bad Radkersburg, weiteren privaten Investoren in Hotelprojekte oder andere Kureinrichtungen die Entscheidung für eine Investition dadurch viel schwerer gemacht werden.

Zum Abschluß ersuche ich nochmals, alle Schritte seitens des Landes dieser positiven Entwicklung im Tourismusbereich entsprechend zu setzen, daß unser Erholungsbezirk auch in Zukunft trotz vielerlei Nachteile gegenüber dem Binnenland wirtschaftlich bestehen kann. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.38 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Wabl, nach ihm die Frau Abgeordnete Beutl.

**Abg. Dr. Wabl (21.38 Uhr):** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht ist es Zufall, daß jetzt zu so später Stunde nur mehr Abgeordnete der Thermenregion zu Wort kommen. (Abg. List: „Nein!“) Nein, ich meine jetzt. Ihr redet schon noch. Ich weiß, daß jeder ein Anrecht hat, ich meine ja nur, jetzt zu dieser Blockzeit. Es hat der Prutsch geredet, der Majcen, ich bin jetzt momentan da. (Abg. Schinnerl: „Ich komme noch!“) Ja, du bist ja nicht Thermenregion, du bist nachher dran. Und dann kommt die Kollegin Beutl. Also, man sieht, daß das ein zentrales Anliegen ist, und obwohl der Herr Landesrat

Hirschmann gesagt hat, er wartet auf meine Ausführungen zum Tourismus, will ich dir die Freude oder den Ärger nicht machen, daß ich jetzt nur grundsätzliche Überlegungen anstelle über die Bedeutung des Tourismus in der Steiermark. Ich glaube, es ist schon so viel Richtiges gesagt worden. Es mögen mir alle entschuldigen, daß ich nicht all denen danke, denen Dank gebührt, weil schon so viel Dank gesagt worden ist. Und ich danke allen, denen schon gedankt worden ist, und auch noch mehr, aber ich will es nicht im einzelnen ausführen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir danken dir!“) Ich danke auch dir, und ich bitte dich, daß du mich nicht zu viel unterbrichst, daß ich nicht aus dem Konzept komme, weil das passiert mir sehr leicht.

Aber ich möchte jetzt wirklich zu dem zentralen Thema ein paar Fragen stellen. Ich habe mich ja gewundert, der Kollege Flecker ist jetzt nicht da, mit welchen wortreichen Kaskaden und Girlanden der Phantasie er erklärt hat, warum er unserem Antrag, die Mehrheitsanteile an den beiden Thermen Radkersburg und Loipersdorf nicht zu verkaufen, warum er dem nicht zustimmen kann.

Ich sage Ihnen ganz konkret, ich weiß es nicht, wer es erleben wird von uns, aber es wird der Tag sicherlich kommen, wo es darum gehen wird, was plant das Land. Eines möchte ich nicht, daß das so still und leise – ich hoffe ja, daß in der Landesregierung auch ein gewisses Nachdenken Platz greifen wird, aber eines weiß ich auch, und das möchte ich euch da drüben sagen, aber auch dem Kollegen Flecker. Ich habe das ja nicht erfunden, aber in regelmäßigen Abständen werden Erklärungen des Landesfinanzreferenten, der die Anteile verwaltet, in den Medien veröffentlicht, und das geschieht ja nicht durch den lieben Gott oder durch sonst jemand oder durch Moses, der die Zehn Gebote verkündet, sondern offensichtlich durch den Landesfinanzreferenten, und ich nehme an, bei der großartigen Harmonie, die immer im SPÖ-Klub herrscht, auch einigermaßen im Einvernehmen mit dem SPÖ-Landtagsklub. Und da steht eindeutig drinnen bitte schön – und, Kollege Majcen, du hast auch dankenswerterweise reagiert, ich habe auch sofort reagiert, du hast regional, ich habe an die Zeitung geschickt, das haben sie dann nicht gleich gebracht, weil die Wirtschaftsabteilung dem nicht so viel Bedeutung beigemessen hat, aber eines ist da drinnegestanden, und das könnt's ihr alle auch von der ÖVP, die ihr jetzt in einem Boot sitzt, nicht verleugnen. Er hat gesagt, wir wollen bis auf 26 Prozent an der Therme Radkersburg und Therme Loipersdorf Anteile verkaufen. Das heißt, er will nur eine Sperrminorität erhalten, und die Mehrheitsanteile will er verkaufen, weil dieses Geld sinnvoll in andere Projekte investiert werden sollte. Und dann hat er noch sogar gesagt, was ja besonders paradox erscheint, und das sage ich – er ist ja heute nicht mehr da, offensichtlich ist das ja nicht mehr so interessant, oder hat er nicht damit gerechnet, daß die Debatte so lange dauert, aber es wäre an seine Adresse gerichtet –, daß in der Therme Loipersdorf über eine Milliarde Schilling investiert worden ist und daß man ein Gutachten jetzt einholen wird, was das der wert ist. Aber eines kann ich sicher sagen, und ich glaube, Kollege Majcen, du wirst mir unbestritten recht geben,

das ist sicherlich einiges mehr wert, wenn man den guten Willen dazurechnet. Für die Region ist es ja unzahlbar, das kann man gar nicht in einem Wert bemessen.

Wißt ihr, was das wäre? Verschleuderung von Landeseigentum, wenn man es zu so einem Preis tut, abgesehen davon, daß ich grundsätzlich der Meinung bin, daß man das Sagen dort behält, daß man 51 Prozent weiter in der Hand hält. Ich möchte eines sagen, ich habe das im Tourismus auch gesehen, nichts ist auf der Welt selbstverständlich. Es ist nicht selbstverständlich, daß die Zahlen, die du, Franz, da vorgelesen hast, die sehr aufschlußreich sind, immer so weiter gehen. Es gibt keine Garantie, wenn dort ein Privater das Sagen hat, daß dort automatisch auch dieser Goldgriff und diese Goldquelle bleiben. Und Gleichenberg, bitte, da haben auch manche geglaubt, die Gemeinde, das verkaufen wir jetzt an den Kölbl, ein Wunderwuzzi, ein Guru, und was ist damit bewirkt gewesen? Daß ganz Gleichenberg, dieser historische Ort, in größte Schwierigkeiten gekommen ist. Und heute kämpfen noch alle darum, daß wir in Gleichenberg die Dinge wieder einigermaßen ins Lot bringen.

Daher warne ich davor. Und ich glaube, wir alle sollten uns wirklich selbst festlegen und das auch den Regierungsherrschaften sagen. Ich habe halt manchmal das Gefühl, daß dort oben etwas anderes passiert, als da herunter – ich sage das wirklich im wahrsten Sinne des Wortes – gedacht wird. Es kann natürlich manchmal passieren, bei Hunderten Beschlüssen, wo ein paar wichtige dabei sind und ein paar unwichtige, daß man das übersieht. Aber ich stelle fest, daß offensichtlich die Landesregierung in der Steiermark, zumindest der Kollege Ressel, ich weiß nicht, wie das von seiten der ÖVP ist, der Kollege Hirschmann, ich würde dich auch bitten, beantworte bitte Fragen, wenn man eine Frage stellt, habe ich heute gehört, da weiß man nichts oder das weiß man nicht, ich weiß es auch nicht, ich frage dich daher konkret als Tourismusverantwortlichen, bist du nicht auch der Meinung, daß die Mehrheitsanteile, das Sagen an den beiden Thermen weiterhin im Bereich des Landes bleiben? (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ja, unbestritten ja!“) Ich halte es für einen Wahnsinn, daß man heute etwas, was gut geht, leichtfertig aufs Spiel setzt, weil das Schlechte nimmt uns eh keiner ab.

Warten wir einmal bei der Post ab, wie das sein wird. Das, was noch funktioniert, das stürzen wir in den Wettbewerb mit anderen internationalen Firmen, die dort mit den bestehenden Strukturen bei der Post natürlich leichtes Spiel haben, und das, was nicht funktioniert, das behalten wir uns. Das ist die richtige Strategie für die Herausforderung der Zukunft. Da kann ich nur laut lachen, und ich wünsche auch denen alles Gute.

Aber die Betriebe, die gut gehen, sollte man behalten. Und auf die Therme Loipersdorf können wir stolz sei, weil da kann man 100 Jahre forschen im Tourismusbereich, 100 Jahre nachdenken, 100 Jahre die gescheitesten Leute auf die Spuren hetzen, so eine Idee gibt es nur, wie du gesagt hast, einmal in einem Jahrhundert oder, ich will nicht sagen in einem Jahrtausend aber in ein paar Jahrhunderten. Diese Möglichkeiten, diese Aussichten für das Land, da hängt ja alles Mögliche daran, und der Kollege Prutsch

hat es auch gesagt, wenn du heute so etwas privatisierst, was das für Folgen hat, das ist unabsehbar. Du weißt es auch, Franz, die Unsicherheit der Beschäftigten unten ist schon sehr groß. Die sagen, wir arbeiten fleißig, wir haben das aufgebaut, und jetzt soll das an irgendeinen Privaten verscherbelt werden, wo wir nicht wissen, wie es weitergeht. Ich glaube, das ist nicht der Sinn der Übung. Daher möchte ich das wirklich hier auf den Punkt bringen. Wir werden alle gefordert sein, wenn es darauf ankommt, dort nein zu sagen zu jeder Verkaufsabsicht, die uns das Heft aus der Hand nimmt. Ich weiß schon, daß heute der Kollege Flecker gesagt hat, warum er nicht zustimmen kann, das ist zu konkret, aber bitte, es wird der Zeitpunkt kommen, wo man konkret sein muß. Machen wir es oder machen wir es nicht. Dann kann man nicht sagen, strategische Überlegungen mit Investoren aus dem In- und Ausland, die die Gesamtkonzeption nicht in Frage stellen und wo mögliche Mitspracherechte nicht komplett beeinträchtigt werden, da wird man sagen müssen, ist man dafür, daß das Land Steiermark dort weiterhin das Sagen hat, ja oder nein. Und behalten wir die tatsächlichen Verfügungsrechte, ja oder nein, in Radkersburg und Loipersdorf.

Ich lese daher unseren Antrag vor. Der Hohe Landtag wolle beschließen – die Vorgeschichte habe ich jetzt eh erklärt –, der Steiermärkische Landtag bekennt sich zur Verantwortung gegenüber der südoststeirischen Thermenregion und spricht sich gegen den Verkauf der Mehrheitsanteile an den Thermen Loipersdorf und Bad Radkersburg aus.

Das ist ganz eindeutig, an den Mehrheitsanteilen. Ich habe nichts dagegen, daß 49 Prozent in irgendeiner Konstruktion, um Geld zu bekommen für andere Investitionen, daß man das unter Umständen verkauft. Ich habe aber alles dagegen, daß man mehr als 49 Prozent verkauft und damit sich das Heft aus der Hand nehmen läßt. Ich weiß schon, es gibt politische Macht-konstellationen, wo dann halt ein anderer Antrag ist, aber wir haben diesen Antrag eingebracht. Wenn man manchen hier zugehört hat, müßte man annehmen, daß sie für unseren Antrag sein könnten. Daher fordere ich alle auf, dem zuzustimmen. Wenn wir das aussprechen, heißt das noch lange nicht, daß die Regierung sich daran halten muß. Das haben wir eh schon oft erlebt, aber zumindest wäre es ein wichtiger Hinweis und ein wichtiger Auftrag für die Zukunft. Danke schön! (21.48 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die Frau Abgeordnete Beutl ist am Wort.

**Abg. Beutl** (21.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Der Herr Kollege Wabl hat natürlich recht gehabt, wenn er gemeint hat, daß auch ich, aus dem Thermenland kommend, mich wahrscheinlich zum Thermenland zu Wort melden werde.

Und zwar möchte ich auf ein Projekt innerhalb des Thermenlandtourismus eingehen, das als wirklich gelungenes Leitprojekt bezeichnet werden kann, nämlich auf die Schlösserstraße. Anfang 1987 hat

bereits eine Projektgruppe in dieser Region an dieser Gemeinschaftsidee zu arbeiten begonnen. Es ist darum gegangen, eine eigenständige Entwicklung einer Region im ländlichen Raum anzustreben, mit Hilfe damals der STEFREI-Aktion, und zwar einer ganz besonderen Region. Mein Vorredner, Franz Majcen, ist schon darauf eingegangen, einer Region, im Dreieck von Österreich, Ungarn, Slowenien gelegen, einst flammende Grenze genannt, Hofzaun des Reiches. Noch heute zeugen rund 200 Burgen und Schlösser oder Ruinen oder Reste von ihnen von der bewegten Geschichte dieses Landes, das sich immer auch als Grenzland gegen Slowenien und Magyaren verstanden hat und immer wieder von den Türken und Kuruzzen heimgesucht wurde. Aber sie ist auch eine wahre Schatzkammer und Fundgrube für Geschichte und Kultur, und frühgeschichtliche Ausgrabungen erzählen von dieser langen und bewegten Vergangenheit, wie Römerausgrabungen, Wehrkirchen und viele andere historisch bedeutsame Orte.

So wurde dann tatsächlich im Jahr 1990 der Verein „Steirische Schlösserstraße“ gegründet, und es ist eine wirklich beispielgebende innerregionale Kooperation zwischen Gemeinden und Schloß- und Burgbesitzern gelungen, und das Land hat dankenswerterweise diese Aktion und diesen Verein immer wieder sehr unterstützt. Die Grundidee ist die, daß man auf einer Reise entlang der Schlösserstraße, beginnend in Anger bis hinunter nach Straden, eine Besinnung auf diese alten Kulturdenkmäler erleben kann. Für interessierte Nostalgierende etwas ganz Besonderes. Zum anderen bindet sie aber auch die regionale Wirtschaft und Landwirtschaft ebenso ein wie die Gastronomie und die Kunstszene und natürlich das Thermenland, von dem wir heute schon sehr viel gehört haben, mit allen Angeboten der Erholung und der Fitneß.

Im vorigen Jahr sind zu den ursprünglichen steirischen, südsteirischen Schlössern – elf inzwischen – auch vier burgenländische Schlösser hinzugekommen, und das letzte Mitglied, das erst vor kurzem aufgenommen wurde, ist Hartberg. Mit eingeschlossen in dieses Projekt sind aber weitere 44 Kulturdenkmäler. Ganz besonders Wert gelegt wird auf schön erhaltene Ortskerne mit charakteristischen Bausubstanzen und der Baukultur der Region, aber auch auf naturkundlich und ökologisch bedeutsame Plätze, genauso wie auf volkskundliche Museen und nicht zuletzt natürlich auch auf die berühmte Weltmaschine von Gsellmann, die auf dieser Route zu besichtigen ist.

Als Ergänzung für die Besucher der Schlösserstraße werden in der wirklich reizvollen Kulisse der Schlösser und der wunderschönen Innenhöfe Ausstellungen, Konzerte, Lesungen, Theateraufführungen angeboten und auch, was sehr wichtig ist, besondere kulinarische Köstlichkeiten der Region.

Eine Reise entlang der Schlösserstraße durch die intakte Naturlandschaft abseits von den Trampelpfaden des Massentourismus, eine Reise zurück in die steirische Vergangenheit oder eigentlich in die des mittelalterlichen Deutschen Reiches und dazu erlesene bodenständige Küche mit ausgezeichneten Weinen, das hebt sich ab vom normalen Alltags-tourismus. Man darf nicht vergessen, daß heute zu einem positiven Urlaubserlebnis neben Entspannung und Unterhaltung immer mehr auch solche Angebote

von Gourmetreisen, Besichtigungs- und Kulturreisen gewünscht werden. Diesen Trends kommt das Schlösserstraßenkonzept voll entgegen, und es gibt hier Angebote unter dem Titel „Ein Tag auf der Schlösserstraße“, wo man verschiedene Touren buchen kann. Nach dem Motto „K und K“, gemeint Kultur und Kulinarisches, in verschiedenen Sprachen, mit All-inclusive-Packages, wird ganzheitliche Betreuung vermittelt, mit fachkundigen Führungen wird eine solche Reise wirklich zu einem besonderen Erlebnis. Denn es können natürlich auch urige Landsknechtessen genauso vermittelt und organisiert werden wie stilvolle Fürstenessen, bis hin zu Weidegoustationen mit kulinarischen Schmankerln, und nicht zu vergessen, es gibt auch ein Hochzeitschloß, alles nach Wunsch der Gäste.

Um nur ein paar Beispiele zu nennen, um Sie vielleicht ein bißchen zu verlocken, auf solch eine Reise zu gehen. Es gibt auf den Spuren der Grafen Batthany und des Uhdlers die Möglichkeit, einen Tag zu verbringen. Von Leoparden im Schloßpark Herberstein, dem steirischen Petersdom bis hin zu den edelsten Bränden, Brände jetzt gemeint flüssige Brände, von moderner Kunst und sakralen Sehenswürdigkeiten in alten Gemäuern, vom Hochzeitschloß bis zu den Bollwerken am Grenzzaun des Heiligen Römischen Reiches, werden diese Touren angeboten. Und heuer ist eine wirklich großartige Sache geglückt, nämlich ein Multimedienpaket, das vom Land Steiermark, vom Verbund, dem ORF und dem Verlagshaus Styria getragen wird, und eine – ich würde wirklich ohne Übertreibung sagen –, eine weltweite Werbekampagne ist hiemit gelungen. Kultursponsoring in dieser Form ist sicherlich eine wesentliche Bereicherung auch für den Tourismus in Zukunft. Zu diesem Medienpaket, und ich hoffe, einige von Ihnen haben diesen dreiteiligen Fernsehfilm gesehen, der im „Österreich-Bild“ im Mai und Juni ausgestrahlt wurde, gab es dann noch Präsentationen, einen Schlösserstraßenfilm sowohl im Schauspielhaus Graz als auch in der Börse in Wien, wo Vertreter von 25 Nationen aus Politik und Wirtschaft und Tourismus eingeladen waren, und in Triest. Und nicht zuletzt gibt es ein Video in Englisch, Französisch und Italienisch über diese Schlösserstraße und einen Schlösserstraßenreiseführer. Im „3-Sat“ wurde der Film ebenso gezeigt wie in der Sendung „Hello Austria, hello Vienna“. Dieser Film wurde über die CNBC und NBC sogar in Amerika, Hongkong und Australien ausgestrahlt. Wenn man sehr optimistisch ist, konnte man damit 700 Millionen Haushalte erreichen. Eine CD-Rom soll folgen, ein japanisches Fernseheteam kommt demnächst zu Dreharbeiten in die Region.

Ein weiterer Synergieeffekt wurde damit erreicht, daß man mit der Firma Kastner & Öhler/Neckermann in den Alpenwelt-Herbstkatalog hineingegangen ist mit einem Gewinnspiel, wo man ebenfalls in Österreich und in Deutschland ganz sicherlich Erfolg haben wird. Das Buch zum Film wurde erst kürzlich im Schloß Eggenberg präsentiert. Man sieht, daß mit einem solchen Zusammenschluß, mit solch einer Kooperation im Tourismus unendlich viel erreicht werden kann, ganz besonders der internationale Markt nur so beworben werden kann und besondere

Partnerschaften dann mit Hotelketten und Seminarhotels oder auch mit Rogner-Blumau möglich werden können.

Ich möchte schließen mit einem Zitat von Hofrat Cwienk, der seinerzeit gemeint hat, als er das Konzept gesehen hat: „Die Schlösserstraße, ein intelligenter Versuch, wertvolle historische Substanz in zeitgemäßer Form für ein sensibles Publikum aufzubereiten und zu präsentieren.“ Ich denke, daß es ein gelungener Versuch ist, und ich möchte mich ebenfalls sehr herzlich vor allem bei den Betreibern dieses Vereines, beim Obmann Mag. Bardeau und bei all seinen Mitkämpfern und Mitstreitern bedanken. Ich hoffe, daß ein solches Projekt als Leitprojekt auch Beispiel sein möge, für ähnliche Aktionen in unserem Land. (Beifall bei der ÖVP. – 21.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Pußwald. Nach ihr Kollege Hohegger.

**Abg. Pußwald (21.58 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eine Region im Aichfeld, als Industrieregion dargestellt, wird sozusagen auch munter, um in die Tourismuswirtschaft einzusteigen. Dort ergeben sich auf Initiative einzelner, die zum Teil zeitlich weit zurückliegen, die ersten Ansätze, die heutigen Maßnahmen leisten zu können. Nicht spekulativ und auch nicht schreiend in der Außenwirkung, aber toll in der Innenwirkung! Warum ist diese Gegend, die erst langsam in den Tourismus einsteigt, so spät dran, wo doch die großen wirtschaftlichen Erfolge zum Teil in anderen Bereichen gemacht wurden? In dieser Region hat es immer ein gesichertes Einkommen gegeben. Die Einkommenssicherung sicherte die Industrie, über die verstaatlichten Betriebe. Erst über die Schwierigkeiten der Verstaatlichten und der Veränderung der Struktur ist Tourismus entstanden. Es sind Arbeitsplätze geschaffen worden, landwirtschaftliche Betriebe, die eine entsprechende Größe und wirtschaftliche Stärke hatten, haben sich auf diesem Markt umgetan. Einzelne Bürgermeister, einzelne Gemeinden haben hier Vorreiterrolle gespielt, das Tourismusgesetz hat das Seine dazu beigetragen, daß etliche interessante Dinge entstanden sind, die jetzt florieren, wodurch das Aichfeld ein ganz bestimmtes Kennzeichen bekommt. Der Tourismus ist eben auch ein Instrument, wirtschaftlich zu handeln, wie ja viele meiner Vorredner ausgeführt haben.

Was sind die entstandenen Projekte? Plötzlich war interessant, Hotels zu installieren, alte Schlösser zu revitalisieren und in Schloßhotels umzufunktionieren. Natürlich hat es da auch von außen her Impulse gegeben. Ich nenne nur die großen Investitionen, die am A1-Ring stattgefunden haben. Aber auch ganz kleine Initiativen! Dort, wo vor etwa 80 oder 100 Jahren ein blühender Sommerfrischeort existierte, ist alles zugrunde gegangen. Heute beginnt man wieder neu, sich um den Tourismus zu kümmern. Ich nenne nur als Beispiel die Almfrische Rachau. Betreiber von Almhütten schließen sich zusammen, entwickeln ein Konzept, verknüpft mit der Landwirtschaft, unterstützt durch die Gemeinde, ist ein sehr interessantes Projekt geworden. Diese Gemeinde Rachau war eine der ersten Gemeinden, die sich überhaupt mit dem

Mountainbiking auf größere Bewerbe eingelassen haben. Oder dieses Hill-Climbing: Wer das schon einmal gesehen hat, wenn die jungen Männer mit ihren Motorkraftfahrzeugen, so weit sie einfach können, einen steilen Hügel hinauffahren, es ist dies eine ganz andere Art, Sport und Tourismus zu betreiben. Die Rachau hatte im heurigen Sommer während der letzten Veranstaltung 15.000 Zuschauer, allein bei diesem Rennen! Oder wenn es erfolgreiche Initiativen im Schlittenhunderennen gibt. Die Anfänge liegen schon lange zurück. Im Ennstal werden sie forciert und wegen der sicheren Schneelage auch sicherer. Natürlich ist Tourismus auch von der Witterung abhängig und mit der Witterung sehr, sehr intensiv in Verbindung zu sehen. Eine andere Gemeinde hat sich auf das Bogenschießen spezialisiert. Eine ganz bestimmte Zielgruppe und eine bestimmte Kategorie von Menschen, die Ruhe und Besonnenheit ausstrahlen und auch in ihrem Umfeld in der schönen Natur, in der unberührten Natur, diesem Sport frönen.

Ein weiterer Teil, auch eine Besonderheit, die man nicht überall findet, ist der Grasschilauflauf. Selbst eine Weltmeisterschaft für Jugend wurde in dieser Disziplin zur vollen Zufriedenheit durchgeführt. Also viele einzelne Projekte, an denen sich engagierte Menschen beteiligen, wo einfach miteinander die Region verwoben, vernetzt wird und wo auch in Zukunft, hoffentlich, so wie jetzt, ein punktueller Tourismus gehalten werden kann.

Ich sage bewußt punktuell. Was ist das Problem dieser Region? Wir haben keine großen Kapitalmärkte, und vor allem sind auch unsere Leute, die sich auf den Tourismus einlassen, nicht sehr kapitalstark. Wir haben leider in der Landesförderung nur die Möglichkeit, Unterstützung zu bekommen, wenn zehn Komfortbetten in einer Gemeinde errichtet werden. Die von mir jetzt beschriebene Region mit den wenig finanzkräftigen, aber initiativen Menschen hat zum Teil damit ein Problem. Die Latte ist einfach zu hoch gelegt. Es muß, um Anschluß zu finden, eine andere Förderungsvariante möglich sein!

Wir haben aber auch externe Hilfen bekommen. Ich nenne hier noch einmal das Schloß Gabelhofen, das ich zu Beginn gemeint habe, in dessen Umfeld ja auch eine heiße und gute Wasserqualität gefunden wurde und neben den sportlichen Initiativen am A1-Ring sich bestens einfügen konnte.

Nun bin ich beim A1-Ring. Wir haben in der heurigen Statistik für August in unserem Bezirk einen Rückgang der Nächtigungen von 5,6 Prozent. Das schaut auf den ersten Blick recht viel aus, ist natürlich nur in Prozenten ausgedrückt. Was ist dahinter? Dahinter ist, daß wir heuer nicht die Großveranstaltungen mit den Konzerten hatten, wohl aber immer an den Wochenenden beziehungsweise, wenn Veranstaltungen am A1-Ring waren, die höher kategorisierten Qualitätsbetten ausgebucht waren, jedoch die darunterliegende Kategorie fand nicht die Abnehmer.

Neu in der Entwicklung ist auch, daß sich zumindest schon einige Private und eine Gemeinde getrauen, Campingplätze anzubieten. Wieder ein bestimmtes

Zielpublikum - ein junges Publikum, auch ein etabliertes Publikum, das frei und beweglich sein möchte und sich auch seinen Bereich suchen möchte.

Ich will nicht mehr auf die schon erwähnte Problematik der Flexibilisierung der Arbeitszeit im touristischen Bereich eingehen. Ich möchte es nur insofern streifen, als ich meine, daß die Möglichkeit der flexiblen Anwendung von Arbeitszeiten, Tages-, Wochenarbeitszeiten, gerade in solchen Aufbaugebieten, ein sehr wesentlicher Teil ist. Es muß schon der Rahmen erhalten bleiben, daß der Arbeitnehmer nicht ausgenutzt wird. Aber nur zum Wochenende und dann, wenn die normalen Arbeitnehmer ihre Freizeit genießen, haben unsere Betriebe die Chance und die Möglichkeit, auch wirtschaftlich etwas zu lukrieren.

Sorge bereitet manchmal die Tatsache, daß das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht stimmt. Ich denke, da muß man sehr sorgsam umgehen, vor allem dann, wenn eine Aufbruchstimmung da ist und wenn ein neues Entstehen von touristischen Initiativen genützt werden sollte.

Erwähnenswert ist, daß gerade durch den Motorsport und das internationale Sportangebot auch die sprachliche Verständigung über die deutsche Sprache hinaus verstärkt angeboten werden muß. Gott sei Dank steigen hier Schulen darauf ein, die sich auch gerade im touristischen Bereich etablieren wollen.

Vielen ist gedankt worden. Ich möchte im speziellen herausheben, daß der Tourismusverband dieses Oberen Murtales, sprich Aichfeldes, eine sehr initiativ Gruppe ist, die immer wieder nach Graz geht und immer wieder auch ihre Forderungen vorbringt, um für ihre Region etwas herauszuholen. Dafür darf ich dem Herrn Landesrat, aber auch den Mitarbeitern in den touristischen Organisationen im Namen meiner Region ein herzliches Danke aussprechen. (Beifall bei der ÖVP. - 22.08 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Am Wort ist der Abgeordnete Hohegger, nach ihm Kollege Tschernko.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger (22.08 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

In aller Kürze einige Anmerkungen zum Tourismus. Es wurde hier schon von Rückgängen und von Ernüchterung gesprochen. Ich möchte in aller Bescheidenheit in Erinnerung rufen, daß wir noch immer Tourismusweltmeister sind, und wir Steirer sind hier guter österreichischer Mittelständler. Eine OECD-Analyse bringt zum Ausdruck, daß die Einnahmen aus dem internationalen Tourismus, gerechnet in US-Dollar, pro Kopf der Wohnbevölkerung in Österreich 1640 US-Dollar betragen. Das ist weltweit der Spitzenwert. An zweiter Stelle liegt hier die Schweiz mit knapp über 1000 US-Dollar, und an dritter Stelle liegt Dänemark mit 600 US-Dollar. Schauen wir einmal, wo hier zum Beispiel Italien und Frankreich liegen. Die liegen bei knapp 400 US-Dollar. Also, so gesehen, haben wir hier noch eine sehr, sehr gute Positionierung, und hier wird sich das eine oder andere doch noch verändern, wahrscheinlich auch ein bißchen zu unserem Nachteil. Wir haben hier nicht nur Rückgänge oder Ernüchterungen, wir haben es hier mit einem Strukturwandel zu tun. Es gibt ganz einfach

die Konkurrenten, die neu auftauchen. Der erste Konkurrent, den wir nicht beeinflussen können, ist bei uns im Sommertourismus, daß wir die Sicherheit des schönen Wetters, der Sonne nicht haben. Der zweite Konkurrent ist das Meer, das wir nicht aufbieten können. Der dritte Konkurrent ist die neue Mobilität der breiten Masse mit den Flugzeugen. Der vierte Konkurrent, das ist hausgemacht, das sind die Kosten. Das führt auch bei uns natürlich zu dieser Devisenschere. Der Herr Kollege Vollmann hat sehr ausführlich von der Mitarbeitermotivation gesprochen. Wir haben auch bei der Debatte um die Wirtschaftsförderung sehr stark die Mitarbeitermotivation angesprochen. Das ist unabdingbar, das ist ein Gebot der Stunde, aber, Herr Kollege Vollmann, wir brauchen auch eine Unternehmermotivation. Die Motivation kann keine Einbahnstraße sein, und wir müssen uns fragen, wer motiviert die Unternehmer, und das tun wir in Österreich seit langem nicht. Da sind wir alle aufgefordert, von Rahmenbedingungen nicht nur zu reden, sondern, daß wir unsere Freunde auf Wiener Boden – alle Fraktionen gemeinsam – beeinflussen und motivieren, daß sie wirklich die Rahmenbedingungen verbessern.

Ich ziehe das ganz einfach an, das Arbeitnehmerschutzgesetz mit 1. Jänner 1997. Das schützt keinen Arbeitnehmer. Wissen Sie, was da primär passiert? In die Unternehmen kommen innerbetriebliche Arbeitsinspektoren hinein. Das Gesetz schreibt den Sicherheitsbeauftragten vor und schreibt dem Sicherheitsbeauftragten vor, was er innerbetrieblich wiederum zu tun hat. Und das ist eine reine Hemmung, und hier haben wir unsere Hausaufgaben zu erledigen.

Das gleiche ist bei der Arbeitszeitflexibilisierung. Hier reden wir und blockieren und bringen in Wirklichkeit nichts weiter. Ich habe vor wenigen Tagen der Presse entnehmen können, daß es BMW gelungen ist, für 35.000 Industriebeschäftigte ein BMW-Arbeitszeitkonto einzuführen. Das heißt, wir müßten uns wirklich in Österreich den Ruck geben, daß wir hier etwas weiterbringen. Die Frau Kollegin Karisch hat es auch schon angesprochen, der Tourismus in dem Sinn und die Freizeitwirtschaft, wie wir uns das vorstellen, wie wir das brauchen, funktionieren mit dem Ladenschluß, den wir derzeit in Österreich haben, auch wenn wir ihn verändern, überhaupt nicht. Wenn wir hier nicht einen Durchbruch schaffen, haben wir uns sozusagen das nächste Eigentor geschossen.

Ich komme auch noch in aller Kürze zur sogenannten attraktiven Unternehmensbesteuerung in Österreich. Wir hatten eine attraktive Unternehmensbesteuerung, nur haben wir es wieder geschafft, diese wieder rückgängig zu machen in der Form, daß die höchsten Steigerungsraten bei den Steuereinnahmen des Bundes die Einkommens- und die Körperschaftssteuer sind – die Einkommenssteuer plus 100 Prozent, die Körperschaftssteuer plus 200 Prozent. Und da dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir hier die größten Probleme in der Eigenkapitalbildung haben. Es ist heute auch schon angezogen worden, die österreichische Hotellerie ist bitte mit 120 Milliarden Fremdkapital ausgestattet. Das führt in Wirklichkeit auch zur Preispolitik und zur Kostenschere, die wir haben. Wir müssen akzeptieren, daß wir Kostenwelt-

meister in Österreich sind und daß es uns gelingen muß, im öffentlichen wie im privaten Bereich die Kosten zu senken. Wenn wir hier nicht heruntersinken, dann haben wir überhaupt keine Chance, hier im internationalen Wettbewerb und auch dieser Globalisierung einigermaßen etwas entgegenzuhalten. Und hier decke ich mit dem, was Herr Hofrat Flecker gesagt hat, wir haben hier ein Kostenproblem. Der ehemalige Wirtschaftsminister Ditz, Herr Kollege Vollmann, Sie haben ihn zitiert, hat auch eine Analyse machen lassen bei den Deutsch-Urlaubern, die Österreich als Tourismusland den Rücken gekehrt haben. Hier war das Ergebnis eindeutig, daß 68 Prozent jener deutschen Gäste, die unserem Tourismusland den Rücken gekehrt haben, die zu hohen Kosten angeführt haben und nur 8 Prozent hätten qualitativ ein anderes Bedürfnis.

In diesem Sinne appelliere ich, daß wir gemeinsam, alle Fraktionen, alles unternehmen, damit hier in Wien die Weichen gestellt werden, daß wir die Wirtschaft und den Tourismus fördern und das Ganze nicht hemmen. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 22.15 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Tschernko, nach ihm der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

**Abg. Tschernko (22.15 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Landesrat!

Von der Obersteiermark, vom Schigebiet, vom Thermenland hin zum Weinland, und ich möchte mich heute auf meinen Bezirk beschränken und auf den kurz eingehen.

In der Regierungsvorlage wird erwähnt, daß die Nächtigungszahlen vor allem in den Bezirken Knittelfeld und Bruck rückgängig sind. Der Bezirk Leibnitz hingegen konnte im Vergleichszeitraum Jänner bis August 1996 zum Vorjahr ein Plus von 8 Prozent verzeichnen. Dies ist erfreulich, zumal steiermarkbeziehungsweise österreichweit gesehen grundsätzlich von Nächtigungsrückgängen gesprochen wird. Bei den Nächtigungen in den Fremdenverkehrsjahren zu Beginn der achtziger Jahre hatten wir einen Zuwachs bis heute von zirka 53 Prozent. Vor allem in der Kleinregion Gamlitz, Leutschach, Arnfels konnten die Nächtigungen in diesem Zeitraum fast verdoppelt werden. Die Nächtigungen in der Wintersaison spielen in unserer Region nur eine geringe Rolle. Damit weicht die Region stark vom Landesdurchschnitt, Nächtungsverhältnisse Winter- und Sommerhalbjahr von 40 zu 60 Prozent, ab. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beziehungsweise Verweildauer der Gäste liegt in der Gesamtregion im Sommerhalbjahr zwischen 2,8 und drei Tagen und rund zwei Tagen im Winterhalbjahr. Sowohl im Sommer- als auch im Winterhalbjahr dominiert bei uns der Inländeranteil. Das Bettenangebot in unserer Region hat in den letzten 15 Jahren deutlich zugenommen und liegt derzeit bei 3577 Betten. Der Gewerbeanteil oder die Gewerbebetriebe betragen zirka 50 Prozent, die Privatquartiere zirka 35 Prozent. Derzeit gibt es im Bezirk keine Vier- und Fünfsternbetriebe. Nun, die Bettenauslastung in den letzten Jahren, sowohl im Sommer als auch im Winter, ist ziemlich konstant

geblieben, sie liegt mit 25 Prozent knapp unter dem Steiermarkdurchschnitt, jedoch unter jeglicher Rentabilitätsauslastung.

Der Schwerpunkt im Tourismus in der Region Leibnitz liegt im sogenannten südsteirischen Weinland, wobei derzeit der Erholungstourismus dominiert. Der Ausflugsverkehr spielt in diesen Gebieten eine große Rolle, und es wird auch durch diesen Tagestourismus eine beträchtliche Wertschöpfung erzielt.

Aber folgende Zielsetzungen sind für unsere Region von Bedeutung, und hier ist anzustreben, die Tourismusentwicklung beim sanften Tourismus zu belassen, wobei auch bemerkt werden muß, daß bei dieser Bettenauslastung vom Vorjahr 1995 von 247.000 Nächtigungen wir durchaus eine Verdoppelung dieser Auslastung vertragen können und noch immer von einem sanften Tourismus gesprochen werden kann. Im Herbst erreicht das Weinland durch den Tagestourismus und die Nächtigungszahlen Spitzenwerte. Unser Ziel ist es jedoch, mit einzelnen regionalen Leitprojekten den Tagestourismus und die Nächtigungen in den Betrieben auf nicht zu sehr frequentierte Monate auszuweiten. Wir werden versuchen, regionale Schwerpunkte zu schaffen, die unsere Region auch im Frühjahr beziehungsweise im Sommer attraktiv machen.

Sehr geehrter Herr Landesrat, du hast mit dem Ö-Ring-Projekt gezeigt, wie Arbeitsplätze geschaffen und auch gesichert werden können. Ein touristisches Leitprojekt, und ich möchte konkret darauf eingehen, ist im Raum Arnfels/Leutschach geplant, und zwar das Projekt „Knilli-Haus“. Hier soll eine Weinakademie aufgebaut werden, die in der Steiermark einzigartig wäre, wo wir es zum Ziel gesetzt haben oder das Ziel verfolgen, Weinverkostungen, Seminare für Weinliebhaber und die Erstellung von längerfristigen Erlebnisangeboten anzubieten. Ein weiteres Leitprojekt, schon durchgeführt, war der Welschmarathon, er wurde im Vorjahr erstmals durchgeführt. Es hat gezeigt, daß das Interesse für die Vielfalt unserer Region und für die Menschen unserer Region sehr groß ist, und außerdem ist es auch ein Anlaß und eine Möglichkeit, daß wir uns präsentieren konnten. Eine Möglichkeit, und nicht außer acht gelassen werden sollte das geplante Museum Flavia Solva, auch als Schwerpunkt für die nächste Landesausstellung, Flavia Solva wäre mit einem Erlebnischarakter auszubauen. Diese Idee kam dem Bezirkstourismusverband und soll auch weiterhin verfolgt und umgesetzt werden. Unter dem Motto „vom Gletscher bis zum Wein und vom Wein bis zu den Thermen“ kann unsere Region sehr gut umschrieben werden, und es zeigt auch auf, daß es unumgänglich ist, sich mit anderen Regionen und Bezirken zu vernetzen. Dadurch ist auch eine bessere Vertretung und Werbemöglichkeit nach außen hin gewährleistet.

In unserem Bezirk spielen vor allem die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplätze eine viel größere Rolle als in allen anderen steirischen Bezirken. Die Agrarquote lag 1991 in unserem Bezirk bei 16,6 Prozent im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 9,5 Prozent. Daher ist es wichtig, die Landwirtschaft soweit als möglich zu unterstützen, damit eine intakte Landschaft gewährleistet werden kann. Nur so können wir den Tourismus weiter forcieren. Unser Aushänge-

schild ist ja unsere unberührte Natur, wo man sich erholen und Kraft tanken kann. Dies steht natürlich wieder im direkten Zusammenhang mit den Arbeitsplätzen. Auf Grund unseres relativ geringen Anteiles an Industrie ist es notwendig geworden, daß die Bewohner in andere Bezirke auspendeln müssen. Durch die Forcierung des Tourismus können wir aber zusätzlich Arbeitsplätze schaffen.

Daher möchte ich abschließend zusammenfassend folgende Maßnahmen festhalten: Es muß uns gelingen, ein Leitprojekt oder Leitprojekte in unseren Bezirk, in unsere Region zu bekommen. Es muß uns gelingen, gemeinsam Werbemaßnahmen zu treffen, um die Region schwerpunktmäßig zu bewerben, nicht aggressiv, aber kreativ. Und es muß uns gelingen, auch für Behinderte eine behindertengerechte Ausstattung von Tourismuseinrichtungen zu schaffen, und diese Betriebe sollten Förderungen von der öffentlichen Hand bekommen. Denn viele Tourismuseinrichtungen sind zur Zeit für Rollstuhlfahrer, aber auch für betagte und ältere Menschen schwer oder gar nicht zugänglich. Eine Zielgruppe, die nicht zu übersehen ist. Und ich bitte, Herr Landesrat, daß du uns bei diesen Vorhaben unterstützt. Im Gegensatz zu meinen obersteirischen Kollegen wünsche ich mir wenig Schnee, dafür aber viel Sonne.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.22 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der Abgeordnete Günther Prutsch steht bereits am Rednerpult.

**Abg. Günther Prutsch (22.22 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde mich beeilen, aber ich kann nichts dafür, wenn vor mir so viele reden, dann komme ich halt etwas später dran.

Zum Tourismusbericht: Es gibt für den Bezirk Radkersburg sehr positive Entwicklungen. Der Kollege Prutsch hat das schon sehr ausführlich erläutert. Ich werde aus Zeitersparnis verzichten, näher darauf einzugehen. Ich bin der Meinung, daß die Erfolge, die wir momentan im Thermenland erzielen, kein Ruhekissen sein dürfen für die Zukunft. Es ist nach wie vor oder im besonderen eine große Herausforderung. Ich glaube, Standard und Niveau zu halten, ist schon zu wenig. Es ist ja heute angesprochen worden, daß der Tourismus sich insgesamt in einer Krise befindet, und die Gefahren bestehen natürlich auch für uns.

Es muß schon die Frage nach Überkapazitäten in diesem Bereich gestellt werden. Meiner Meinung nach besteht im Thermenbereich, was das warme Wasser betrifft, eine Inflation von warmen Wässern, sowohl im Inland als auch im umliegenden Ausland. Es gibt einen regen Ausbau. Ich möchte nur hier erwähnen, daß es in Marburg, in Slowenien, in Pettau, in Moravci große Ausbauprojekte gibt, darüber hinaus westungarische Thermen im Ausbau sind und auch im Burgenland sich einiges tut.

Es ist, wie schon erwähnt, eine große Herausforderung für die heimischen Thermen damit verbunden. Einerseits glaube ich, daß seitens Österreichs und im besonderen der Steiermark in

diesem Zusammenhang klare Konzepte unumgänglich erforderlich sind, man wird sich also auf einige Dinge in dieser Frage einigen müssen. Andererseits ist für mich, und das ist hier schon sehr ausführlich diskutiert worden, eine mehrheitliche Privatisierung undenkbar. Ich möchte auch berichten, daß die Bevölkerung in der Region mit derartigen Privatisierungsplänen nichts anfangen kann, daß die Ablehnung in diesem Bereich – ich spreche immer von der mehrheitlichen Privatisierung – sehr groß ist. Allein wenn man einfach vergleicht, wie viele öffentliche Mittel hier in diesem Bereich eingebracht wurden und wie gering offensichtlich der momentane Marktwert oder der Erlös ist. Daher muß man in dieser Frage sehr sorgsam vorgehen.

Bad Radkersburg wurde schon kurz als erfolgreiches und gutes Unternehmen angesprochen. Trotzdem stehen wir vor der Problematik, daß ein Bereich, vor allem die Liegeflächen, in nächster Zeit ausgebaut werden muß, nachdem damit verbunden bereits eine gewaltige Qualitätseinschränkung da ist. Auch eine wesentliche Frage, die in der nächsten Zeit gelöst werden muß, ist die Frage der zweiten Bohrung. Diese zweite Bohrung ist für die Sicherheit der Therme insgesamt in absehbarer Zeit durchzuführen, und ich glaube, das ist ein Anliegen, das ich hier auch deponieren muß.

Kurt Flecker hat es schon erwähnt, und im Beschlußantrag ist es auch beschrieben, strategische Beteiligung ja, überhaupt keine Frage, um Mittel zu lukrieren, auf der anderen Seite, auch so wie es Kurt Flecker gesagt hat, meine Meinung, daß man zuerst eine steirische Lösung anstreben sollte, wenn dies nicht möglich ist, eine österreichische Lösung. Ich bin strikt gegen ein Verschleppen an ausländisches Kapital. Das kann man nicht machen, und das ist nicht gut. Für mich ist überhaupt mit der Privatisierung auch eine gewisse ideologische Frage verbunden. Ich glaube, man soll nicht all jene Dinge, die im öffentlichen Bereich sind und gut funktionieren, kritiklos verkaufen und praktisch auf den Ladenhütern sitzenbleiben.

Das gilt auch ganz und im besonderen für die Quellen. Ich glaube, das ist der wesentlichste Bereich, das ist jeweils der Kernbereich, daß man diese Ressourcen im Besitz der öffentlichen Hand behalten muß.

Zusammenfassend, und da komme ich ein bißchen zum Martin Wabl, der offensichtlich momentan ein bißchen kämpft, das ist erstens einmal, Bestehendes sichern, das ist heute schon angesprochen worden, es kann nicht unser Ziel sein, daß man übergebührlich Thermen ausbaut, man muß also die bestehenden Thermenstandorte versuchen abzusichern. Ich denke auch an Bad Gleichenberg, das wir hier und heute nicht vergessen sollen. Insgesamt wäre es ein Auftrag an uns, daß wir diese Erfolgsstory Thermenland fortsetzen. Ich glaube aber auch, daß öffentliches Engagement gerade im Hinblick auf die Konkurrenz im unmittelbaren Ausland sehr notwendig sein wird. Nochmals, Teilprivatisierung ja, aber überlegt und durchdacht, und letztlich, österreichische Mehrheiten müssen damit gesichert sein.

Zum Abschluß, wir sollen nicht übersehen, daß auch das Thermenland vor Einbrüchen nicht gefeit ist. Wir wissen, wie rasch wirtschaftliche Krisen durchschlagen können, und es wird dieser Markt nicht über Gebühr auszudehnen sein. Das heißt, bei aller Freude mit den derzeitigen Erfolgen, dürfen wir auch regionale wirtschaftliche Bedürfnisse darüber hinaus nicht übersehen. Das heißt also, wir brauchen im Thermenland auch eine entsprechende Vielfalt in der regionalen Wirtschaft.

Zum Abschluß möchte ich das nur so dokumentieren, wir haben im September 1996 im Bereich der Handelsangestellten beziehungsweise all jener, die zuletzt im Handel beschäftigt waren, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr von 88,1 Prozent gehabt. Das ist also etwas, was uns zu denken geben muß. Und da gebe ich dem Kollegen Prutsch ganz recht, was wäre gewesen, wenn der Thermenausbau nicht erfolgt wäre. Wir würden wirtschaftlich noch weit schlechter ausschauen.

Danke vielmals. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 22.29 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als vorletzter kommt der Kollege Straßberger.

**Abg. Straßberger (22.29 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat ist nicht da (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ich habe mich extra da hergesetzt!“), Entschuldigung, verehrter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Es ist heute schon sehr viel gesagt worden. Man findet ja fast keine Worte mehr, aber ich glaube, das Jammern wegen des Rückganges im Tourismus oder auf Grund des Berichtes 1995 besteht auch zu Unrecht. Wir wissen, daß der Tourismus nach wie vor in Österreich der größte Devisenbringer ist. Im Jahr 1995 waren es 179 Milliarden Schilling. Natürlich, Rückgänge gehören analysiert, die Ursachen gehören hier gesucht und festgestellt. Man muß sich eigentlich die Frage stellen, ob überhaupt noch Steigerungsraten dort oder da möglich sind. Ich möchte das auch ganz offen sagen, ist der touristische Bedarf überhaupt gedeckt, kann dem Anspruch des Gastes überhaupt zur Gänze nachgekommen werden, ist das Angebot im Qualitätsbereich überhaupt gut genug? Es ist heute schon gesagt worden, gerade in der Obersteiermark, im Mürztal, spielen auch natürlich die Witterungseinflüsse eine große Rolle. Ich glaube auch, daß der Tourismus als Programm in einem Paket angeboten werden muß. Ein Bankerl und einige Wanderwege sind sicherlich zu wenig. Ich glaube, daß Erholung, Sport, Aktivitäten, aber vor allem auch, und das darf man sicherlich nicht vergessen, die Kultur im Tourismus eine ganz große Rolle spielen. Der Gast will im Urlaub etwas erleben, er will aktiv sein, er setzt sich nicht 14 Tage hin und tut nichts. Vor allem ist auch der Urlaubsgast mobiler geworden, das heißt, die ganze Region und Umgebung muß etwas anbieten. Ein Ort allein ist sicherlich zu wenig.

Lassen Sie mich doch ganz kurz ins Mürztal kommen. Das Mürztal ist eine geprüfte Region. Durch den Niedergang der verstaatlichten Industrie haben wir von Haus aus eine falsche Sprachregelung für den Tourismus gehabt. Es ist immer wieder gesagt worden,

die Mürzfurche und die Murfurche. Ich weiß nicht, ob ein Gast in eine Furche fährt. Ich habe das hier schon einmal festgestellt oder angedeutet, wenn es heißt die Zillerfurche, fährt sicherlich niemand dort hin. Natürlich sind im Mürztal seinerzeit bestimmt Fehler gemacht worden, wenn Kommunalverantwortliche damals vor 30 Jahren gemeint haben, was brauchen wir den Fremdenverkehr, wir haben ja Schoeller-Bleckmann. Heute werden wir eines Besseren belehrt.

Wir haben ein Glück im Mürztal, daß wir den Wintersport dort einigermaßen ausbauen haben können.

Mürzzuschlag ist ja die Wiege des Wintersportes überhaupt, Toni Schruf und dergleichen. Wir haben wirklich hervorragende Einrichtungen im Oberen Mürztal: Stuhleck-Semmering, das ist sogar grenzüberschreitend, das muß man auch sagen. Es darf der Tourismus auf der Landesgrenze sicherlich nicht haltmachen. Wir haben das Nivalalpe in Mürzsteg, wir haben die Schiregion Lammeralm in Langenwang, Alpe in Peter Roseggers Waldheimat und auch die Veitsch. Ich meine, bestehende Anlagen gehören adaptiert und nach den Bedürfnissen der Gäste ausgebaut, und bei den neuen Projekten soll man sich sehr, sehr zurückhalten. Der Tourismus braucht internationale Großveranstaltungen, und ich darf sagen, auch das hat uns geholfen, gerade im Semmeringgebiet, die Damen-Weltcup-Veranstaltungen, die Österreichischen Schimeisterschaften, Europacup-Veranstaltungen. Und hier darf einmal ein Dank dem Tourismusedirektor, Herrn Schabus, und dem FIS-Delegierten Helmut Graf von hier aus entgegengebracht werden. Auch auf der Lammeralm ist eine FIS-Strecke, und heuer sind sogar die Schiweltmeisterschaften der Senioren dort. Auch in Krieglach gibt es viele Europacup-Damenrennen. Ein Glück, das wir im Oberen Mürztal haben, daß wir vor dem Tor unserer Bundeshauptstadt sind, und in einer guten Stunde ist man im Mürztal. 1,7 Millionen Menschen sind dort beheimatet, und man muß daher den Tagesgast in Kauf nehmen, auch die Ostöffnung spüren wir sehr, sehr deutlich.

Die Kultur, habe ich gesagt, ist auch ein wesentlicher Bestandteil des Tourismus, und da haben uns die drei Landesausstellungen im Oberen Mürztal sehr, sehr gut getan, 1991 in Mürzzuschlag, 1993 in Krieglach und im heurigen Jahr in Neuberg und im Mariazeller Land. Aber auch die privaten Kulturinitiativen, die Neuberger Kulturtage, von Frau Deskovic eingerichtet, die Brahms-Tage von Herrn Fuchs oder die Woche der Alten Musik in Krieglach, von der Familie Täubl organisiert, die Buchebner-Gesellschaft und viele, viele kleinere Privatinitiativen sind hier getätigt worden und sind Impulse für den Tourismus, aber natürlich auch für die Arbeitsmarktsituation von großer Bedeutung. Wenn die öffentliche Hand im Förderungsbereich eingreift, ist sie auch gefordert – ich sage das sehr deutlich, auf Grund eines Beispiels –, weil es müssen vernünftige Projekte gefördert werden, die sich auch wirtschaftlich rechnen. Und wenn das passiert, dann muß man auch trachten, daß keine Wettbewerbsverzerrung stattfindet und daß man nicht den Privatinvestoren diesbezüglich den Mut nimmt.

Eine Anmerkung: Heinz Vollmann, überhaupt keine Frage, gerade in den kleinen Betrieben in unserem Gebiet, und du hast den Kollektivvertrag hier hergezeigt, dort ist nicht sehr viel zu verdienen. Aber, was gezahlt wird, muß auch erwirtschaftet werden. Nur, eines muß man halt auch sagen, wenn immer geschrieben wird, zuwenig Lehrlinge, zuwenig Lehrlinge, zuwenig Lehrlinge, dann erlaube ich mir auch zu dieser Stunde ein Beispiel zu sagen, und man könnte nicht nur eines, sondern viele bringen. Wenn ein Gastronomiebetrieb mit drei, vier Leuten 30 Jahre hindurch jährlich mindestens zwei Lehrlinge ausgebildet hat und durch einen Formalfehler, weil dieser die Arbeitszeit nicht ausgehängt hat, von den Herren der Arbeiterkammer und des Herrn Arbeitsinspektors wegen dieses Formalfehlers 3000 Schilling Strafe gekriegt hat.

Heinz, das kann es bitte nicht sein. Und weißt du, was diese Unternehmer gesagt haben? Aus, wir bilden in der Zukunft keine Lehrlinge mehr aus. Und ein Unternehmer hat eine Dienstzeitabänderung in Mürzzuschlag mit dem Lehrling gemacht und nicht gemeldet, der hat 12.000 Schilling Strafe gezahlt. Bitte schön, das sind schon Dinge – und das hat der Kollege Hohegger ja angezogen –, da muß man sicher umdenken.

Daß im Mürztal der jetzige Standard im Tourismus gegeben ist, ist natürlich auch der Frau Landeshauptmann zu verdanken. Sie hat ja bis 1995 dieses Ressort innegehabt und hat für das Mürztal immer ein offenes Ohr gehabt. Und auch dir, lieber Herr Landesrat Gerhard Hirschmann, einen herzlichen Dank. Du hast sofort im Mai einen Lokalausweis im Oberen Mürztal gemacht, hast dich einmal selbst überzeugt, welche Einrichtungen dort vorhanden sind. Ich sage das auch, das Stuhleck hast du gar nicht gekannt. Wir machen aber heuer oder nächstes Jahr dort ein Wochenende Schiurlaub, das ist keine Frage. Du warst auch beeindruckt, welche Investitionsmaßnahmen in den nächsten acht bis zehn Jahren dort vorgesehen sind. Am Stuhleck, Herr Dr. Girardoni – Heinz, du hast das schon angesprochen –, über 300 Millionen, auf der Lammeralm 12 Millionen, Alpe, Veitsch und auch das Nivalalpe wird neu ausgebaut. Und ich darf hier alle Verantwortlichen bitten, aber insbesondere dich, Herr Landesrat, auch in Zukunft das Mürztal so zu unterstützen.

Auch ein weiteres touristisches Großprojekt ist ins Leben gerufen worden, das ist die steirische Wasserstraße, hat mit der Wassersteuer nichts zu tun, bitte schön. Ein Leitprojekt über zwei Bezirke, Bezirk Bruck und Bezirk Mürzzuschlag mit einem Investitionsvolumen in der Höhe von zirka 10 bis 12 Millionen Schilling. Das ganz kurz aus dem Mürztal. Auch dort hat der Tourismus Platz gegriffen. Wir werden uns bemühen, diesen dementsprechend weiter auszubauen.

Ich danke Ihnen recht herzlich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.39 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Unter den Abgeordneten hat eine Dame das letzte Wort, die Frau Abgeordnete Dietrich.

**Abg. Dietrich** (22.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Wahrscheinlich ist es üblich, daß die Damen das letzte Wort haben, deswegen finde ich es eigentlich recht gut. Die Zeit ist schon sehr fortgeschritten, und ich werde mich dementsprechend recht kurzhalten. In unserer Region ist schon sehr viel Positives in bezug auf den Tourismus geschehen, und ich glaube, meine Kollegin, Frau Pußwald, hat das wirklich ausführlich dargestellt.

Ich möchte einen Punkt anführen, wo ich glaube, daß wir steiermarkweit noch Verbesserungsmöglichkeiten haben. Gerade, als ich gehört habe, wie gut es in der Thermenregion floriert, hat mich direkt der Neid gefressen. Ich möchte Ihnen nämlich erzählen, wie es bei uns aussieht, wenn man an einem verregneten Sonntag nachmittag glaubt, daß man mit seinen Kindern in ein öffentliches Hallenbad schwimmen gehen kann. Ich wollte das Ende September so machen. Zuerst bin ich zum Hallenbad Knittelfeld gefahren, da war ein Schild „Geschlossen – wegen Umbau“, Hallenbad Judenburg „Geschlossen – ein Monat Urlaub“. Na ja habe ich mir gedacht, dann fährst du eben noch weiter nach Pöls, da gibt es doch auch ein Hallenbad. Auch dort war geschlossen. Und in Fohnsdorf – man möchte es nicht glauben –, auch dort war die Türe zu. Überall waren verärgerte Menschen, Gäste und Einheimische. Ich persönlich vertrete die Meinung, daß auch die Einheimischen ein Recht darauf besitzen, daß diese öffentlichen Tourismuseinrichtungen oder öffentlichen Bäder für sie da sein sollten. Weil gerade diese Institutionen verbessern ja die Lebensqualität für uns alle. Und wenn ich dann im Tourismusbericht lese, daß Experten von einer Disneylandisierung sprechen, dann frage ich mich schon, wohin denken wir eigentlich, und wir sind ja noch nicht einmal in der Lage, unsere bestehenden Ressourcen bestmöglich zu koordinieren. Ich habe den Eindruck, daß enorme Mengen öffentlichen Geldes aufgewendet werden, damit jeder sein eigenes Süppchen damit kocht. Aber es muß uns doch endlich gelingen, aus dieser Vielzahl von Süppchen ein Menü zu bereiten. Danke! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 22.42 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Das Schlußwort nach 18 Debattenbeiträgen hat Herr Landesrat Hirschmann.

**Landesrat Dr. Hirschmann** (22.42 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen, die hier gesprochen haben. Es kann mit dem steirischen Tourismus nur aufwärtsgehen, wenn es sich zu so nächtllicher Stunde durch die Lande zieht mit allen Reden. Bedanke mich sehr herzlich dafür, beginnend vom Kurti Tasch und German Vesko, bis hin zur Frau Kollegin Dietrich am Schluß.

Es ist alles gesagt worden, es ist noch nicht alles getan, aber jetzt gehn wir ham! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 22.42 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Wir kommen nun zur Abstimmung über insgesamt drei Anträge.

Erstens über den Antrag des Berichterstatters. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist angenommen.

Zweitens über den Beschlußantrag der ÖVP, SPÖ und FPÖ, betreffend Leitprojekte. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

Drittens über den Beschlußantrag der SPÖ, betreffend Berücksichtigung der Themen Beschäftigungspolitik und Umweltschutz im Tourismusbericht. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 10.

Oh, der Herr Hofrat macht mich aufmerksam, daß auf der Rückseite des Drehbuches der Regie noch vermerkt war der Beschlußantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend die Veräußerung der Thermen Loipersdorf und Bad Radkersburg.

Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Händezichen. Nicht? Es wird so oder so nicht die Mehrheit, aber auch die Liberalen stimmen ihrem Antrag nicht zu? Das ist interessant, aber es ist so oder so nicht die Mehrheit. (Abg. Dr. Wabl: „Nachdem man vier Unterschriften braucht, damit der Antrag hier überhaupt behandelt wird, und die Liberalen sind so fair und wir auch umgekehrt, uns gegenseitig zu unterstützen, auch dann, wenn wir nicht gleicher Meinung sind!“)

Das ist möglich.

Wir kommen jetzt zu Punkt

**10. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 248/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Lopatka, Schrittwieser, Schützenhöfer, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dr. Karisch, betreffend Vorlage von Stellungnahmen des Landes Steiermark an den Landtag.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Reinprecht** (22.46 Uhr): Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 15. Oktober 1996 über den Antrag, Einl.-Zahl 248/1, der Abgeordneten Flecker, Lopatka, Schrittwieser, Schützenhöfer, Bachmaier-Geltewa und Karisch, betreffend Vorlage von Stellungnahmen des Landes Steiermark an den Landtag, beraten und mit diesen Änderungen beschlossen.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt daher den Antrag: Der Höhe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft offizielle Stellungnahmen des Landes Steiermark, die beispielsweise an die Bundesregierung, an ein Bundesministerium, an Organe der Europäischen Union, an andere Bundesländer oder an andere Staaten gerichtet sind, in Fotokopie an die

Klubs der im Landtag vertretenen Parteien zu übermitteln, sofern diese Stellungnahmen nicht bereits auf Grund der Landesverfassung, anderer gesetzlicher Regelungen oder der Geschäftsordnung des Landtages dem Landtag zu übermitteln sind.

Ich bitte um Beschlußfassung. (22.47 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Erster Redner ist Prof. Brünner.

**Abg. Dr. Brünner** (22.47 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir freuen uns natürlich über diesen Antrag und werden ihm zustimmen, aber wie wir alle wissen, sind solche Entschließungsanträge für die Landesregierung nicht bindend. Es wäre schön, wenn die Informationspflichten auch in der Landesverfassung und in der Geschäftsordnung des Landtages verankert werden würden.

Wir werden einen Beschlußantrag stellen, um die Meinung der Landesregierung zur verfassungs- und geschäftsordnungsrechtlichen Verankerung von Informationspflichten zu bekommen, damit wir dann bei den Verhandlungen über die Landesverfassung und die Geschäftsordnung Zeit sparen, weil dann wissen wir schon, wie die Landesregierung denkt.

Die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Wabl und Zitz stellen gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Landtages folgenden Beschlußantrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, binnen sechs Monaten dem Landtag mitzuteilen, a) welche Informationspflichten dem Landtag gegenüber derzeit bestehen; b) ob und inwieweit die Landesregierung es als notwendig erachtet, die Informationspflichten gegenüber dem Landtag zu erweitern, und c) welche bundesverfassungsrechtlichen Grenzen einer in der Landesverfassung zu verankernden Informationspflicht gezogen sind.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, daß Sie unserem Beschlußantrag zustimmen. (22.48 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

**Abg. Mag. Zitz** (22.49 Uhr): Ich möchte einen Beschlußantrag bringen, ohne mich weiter inhaltlich mit dem Antrag auseinanderzusetzen, der vorher von Frau Dr. Reinprecht vorgestellt wurde.

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung betreffend Zugang zu Beschlüssen der Steiermärkischen Landesregierung.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode hat sich wiederholt gezeigt, daß Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung nicht den nicht in der Landesregierung vertretenen Landtagsfraktionen auch auf deren dringliches Ansuchen hin übermittelt wurden. Diesem Mangel an Transparenz soll baldigst Abhilfe geschaffen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird vorbehaltlich anderweitiger bundes- und landesgesetzlicher Vorschriften aufgefordert, allen im Landtag vertretenen Fraktionen auf deren Ersuchen hin Regierungsbeschlüsse längstens innerhalb einer Woche zu übermitteln.

Diesen Antrag stellen wir in dieser Form, und das Abstimmungsverhältnis aller im Landtag vertretenen Fraktionen wird uns jetzt zeigen, ob sie bereit sind, uns diese Informationen zukommen zu lassen oder ob wir bestimmte Regierungsstücke tatsächlich nur unter der Hand über Journalisten kriegen, was ich als absolut unzumutbar empfinde.

Ich bitte um Unterstützung dieses Antrages, daß wir, natürlich berücksichtigend Datenschutz, hoheitliche Verwaltungskompetenzen und so weiter, die Möglichkeiten haben, an Regierungsbeschlüsse innerhalb einer Woche heranzukommen. Danke! (22.50 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet ist weiters die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Sie hat das Wort.

**Abg. Dr. Reinprecht** (22.50 Uhr): Ich hoffe, ich habe heute das letzte Wort, ich habe nämlich gerne das letzte Wort. (Abg. Vollmann: „Sonst wärs du keine Frau!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Der von mir vorgetragene Antrag wurde im Ausschuß von allen Fraktionen begrüßt, und es ist auch verständlich, warum. Dieser Antrag beschäftigt das Verhältnis von Regierung und Landtag. Wir Abgeordnete müssen ein Interesse daran haben, daß alles, was offiziell von der Regierung nach außen geht, auch den Abgeordneten bekannt ist.

Ich möchte dafür nur zwei Gründe anführen, es gibt sicher mehrere, aber diese beiden sind mir spontan eingefallen.

Es muß möglich sein, daß zum Beispiel bei der Diskussion von Beschlußanträgen oder auch in den Diskussionen von Ausschüssen, daß die Haltung der Landesregierung zu bestimmten Punkten einfach bekannt ist. Zum Beispiel habe ich mir das bei der Diskussion um die 380-kV-Leitung gedacht, die nicht so in meinem persönlichen Interesse liegt, aber ich habe mir vorgestellt, das ist schon merkwürdig, wahrscheinlich gibt es schon eine Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Punkt, nur ist sie wahrscheinlich nur Einzelpersonen bekannt.

Zum zweiten, es könnte auch sein, daß Abgeordnete von Dritten mit diesen offiziellen Stellungnahmen konfrontiert werden. Zum Beispiel man spricht mit Leuten von der Bundesregierung in Wien oder auch mit Leuten in der EU-Vertretung, behauptet dieses und jenes, sagt, unsere Meinung dazu ist die, und dann kommt einer mit einem Zettel hervor und sagt, aber das ist die offizielle Stellungnahme der Landesregierung. Jetzt, abgesehen von der Blamage, sollte es uns möglich sein, daß wir dann wenigstens sagen können, wir vertreten eine persönlich Meinung und nicht die Meinung der Landesregierung.

Ich persönlich begrüße diesen Antrag, weil er zu mehr Demokratie beiträgt und auch den kleineren

Parteien dieselben Informationen zukommen läßt wie uns. (Abg. Mag. Zitz: „Ilse, heißt das, du stimmst unserem Antrag zu?“)

Nein, aus einem anderen Grund. Außerdem stärkt dieser Antrag, und wenn es auch nur ein ganz kleiner Schritt ist, den Landtag, also das Parlament gegenüber der Regierung.

Jetzt zu diesen beiden Beschlüßanträgen. Herr Prof. Brünner, Ihren Antrag verstehe ich überhaupt nicht. Denn ich habe den Eindruck, und ich bin keine Juristin, hier genügt eine schriftliche Anfrage an die Regierung, oder wenn man es ganz genau wissen will, ein Rechtsgutachten. Wenn wir dieses Rechtsgutachten haben, wo genau geklärt ist, was wir von der Regierung verlangen können, dann können wir in Form von Anträgen weitersehen. Was den Beschlüßantrag der Grünen anbelangt, ich habe mir vor zirka einer Stunde die Geschäftsordnung der Landesregierung kopiert, und dazu ist zu sagen, die Landesregierung gibt sich diese Geschäftsordnung selbst. Der erste Satz, diese Dinge betreffend: Die Verhandlungen in den Regierungssitzungen sind vertraulich. Also es handelt sich hier nicht um öffentliche Dinge, wie zum Beispiel es hier die Landtagssitzung ist. Ich habe übrigens größtes Verständnis für den Antrag der Grünen, denn es folgt dann der Satz: „Der Landeshauptmann kann jedoch Veröffentlichungen in der Tagespresse über einzelne Beratungsgegenstände verfügen“, was ich persönlich für sehr merkwürdig halte, denn warum gerade die Tagespresse?

Der zweite Punkt ist, und da hat sich der Verfassungsdienst gemeldet, die Regierungsmitglieder sind zur Verschwiegenheit über alle ihnen aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse des Landes oder einer anderen Gebietskörperschaft oder der Parteien geboten ist. (Abg.

Mag. Zitz: „Du, Ilse, das heißt keine einzige Pressekonferenz eines Regierungsmitgliedes in dieser Legislaturperiode!“ Moment, Edith, ich sage dann gleich was dazu. Diese Amtverschwiegenheit besteht nicht gegenüber dem Landtag, wenn eine Auskunft ausdrücklich verlangt wird. Das heißt natürlich, daß eine Mehrheit dafür im Landtag vorhanden sein muß.

Edith, ich möchte dir jetzt ganz persönlich etwas sagen. Wir haben dir hier in dieser Sache den kleinen Finger gegeben, das nächste Mal kriegst du den Ringfinger und das übernächste Mal den Mittelfinger, aber nicht heute die ganze Hand. (Beifall bei der SPÖ. – 22.55 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Wir haben über drei Anträge abzustimmen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz. Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zum letzten Antrag, und zwar der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner. Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die Minderheit.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 22.56 Uhr.)